

DB_046

TV+Audio_Archiv

Inhalte ab 01.01.2019 bis 31.03.2019

170608/ = Audio:

z.M = Messen mit zweierlei Maß

-info

(bF) = böser Finger

(tP) = tricky Person

Tr.	DB_046	Aufn.
Zz003	<p>02/01/19/TELEPOLIS-NSU: Der So-tun-als-ob-Untersuchungsausschuss Thomas Moser Landtag von Baden-Württemberg legt zweiten Abschlussbericht zum Polizistenmord in Heilbronn vor: Ein Dokument der Unterordnung unter die Exekutive - Aufgeklärt ist nichts Auch der schlechteste Untersuchungsausschuss ist besser als gar kein Untersuchungsausschuss. Er gibt zumindest Auskunft darüber, wer alles kein Interesse an Aufklärung hat. Damit kommen wir nahtlos zum NSU-Untersuchungsausschuss von Baden-Württemberg, der seinen zweiten Durchgang beendet und kurz vor Weihnachten seinen zweiten Abschlussbericht vorgelegt hat. Erneut ist er dort gelandet, wo er gestartet war: Bei der hinlänglich bekannten offiziellen Zwei-Täter-Version der Bundesanwaltschaft. Das war das Ziel. Auch die zweite Arbeitsbilanz ist ein Dokument über sich selbst: die <u>Unterordnung eines Parlamentes unter den Sicherheitsapparat</u>. Der Autor dieses Textes war im ersten Durchgang als Sachverständiger in dem Gremium geladen und beobachtete beide Ausschüsse als Chronist. Er hat seine eigene Bilanz.</p> <p>Schlüsselfall Polizistenmord von Heilbronn</p> <p>Der Polizistenmord von Heilbronn gilt als einer der Schlüsselfälle des NSU-Komplexes, unter anderem zusammen mit der Nagelbombe in Köln und dem Mord in Kassel, bei dem ein Verfassungsschutzbeamter zur Tatzeit am Tatort war. Ein Schlüsselfall ist der Mord von Heilbronn vor allem, weil er so gar nicht zu den Morden an den neun Migranten passen will. Gerade deshalb könnte er den gemeinsamen unbekanntem Hintergrund der insgesamt zehn Morde und drei Sprengstoffanschläge enträtseln helfen. ...</p> <p>Zz003_02/01/19/Zu-Telepolis-NSU-Untersuchungsausschuss-49477_1 Einsendung nach Freigabe</p>	Papier
Zz004	<p>02/01/19/TELEPOLIS- Europas größte Polizeidatenbank wird ausgeweitet Matthias Monroy Das Schengener Informationssystem enthält 79 Millionen Einträge zu Personen und Sachen. Diese dürfen jetzt auch von den EU-Agenturen genutzt werden. Eine neue Regelung erlaubt die Befragung durch einfache Polizeibeamte Mit der Veröffentlichung im <u>Amtsblatt der Europäischen Union</u> sind drei neue Vorschriften für das Schengener Informationssystem (SIS) in Kraft getreten. Die teilnehmenden nationalen Behörden sind jetzt verpflichtet, für alle Fälle im Zusammenhang mit terroristischen Straftaten eine Warnmeldung zu erstellen. Werden bei einer Abfrage Treffer gefunden, muss darüber in jedem Fall die Polizeiagentur Europol informiert werden. Diese Regelung ist aber erst ab Ende 2019 verpflichtend. Das SIS ist das größte europäische Informationssystem im Bereich der inneren Sicherheit. Alle 28 EU-Mitgliedstaaten nehmen daran teil, außerdem Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz. Derzeit sind mehr als 79 Millionen Personen und Sachen im SIS zur Fahndung ausgeschrieben. ...</p>	Papier
Zz005	<p>03/01/19/TELEPOLIS-Arbeitssuchende: Französische Regierung überrascht mit harten Sanktionen Thomas Pany Die nächste Kommunikationspleite unter der Präsidentschaft Macrons. Ein Dekret fällt härter aus als</p>	Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>angekündigt</p> <p>Dann erfährt man plötzlich von härteren Sanktionen, als im Parlament besprochen ... In Frankreich gab es zum Jahreswechsel eine Überraschung, die der Regierung wahrscheinlich weitere Minuspunkte einbringt. Es geht um eine Verordnung, die Verpflichtungen und Rechte von Arbeitssuchenden neu regelt.</p> <p>Verabschiedet wurde das übergeordnete Gesetz zur "Wahlfreiheit bei der beruflichen Zukunft" Anfang August vergangenen Jahres im Parlament nach zwei Monate lang andauernden Debatten mit der Mehrheit der Regierungspartei <u>gegen die Stimmen der rechten und linken Opposition</u>. Seit dem 30. Dezember 2018 ist das dazugehörige Dekret über Verpflichtungen und Rechte von Arbeitssuchenden im Gesetzesblatt Journal Officiel <u>veröffentlicht</u>, womit es in Kraft getreten ist.</p> <p><u>Nun zeigt sich zur Überraschung der Öffentlichkeit</u>, dass in der nun erlassenen Verordnung <u>härtere</u> und drastischere Sanktionen für Arbeitssuchende aufgeführt werden, als sie die Regierung bei den Debatten zu ihrem Gesetzesentwurf vorgestellt hatte. ...</p>	
Zz006	<p>03/01/19/TELEPOLIS- US-Rüstungskonzerne werden mehrheitlich von Frauen geführt Florian Rötzer</p> <p>Auch im Pentagon rücken Frauen nach oben, aber es finden keine grundlegende Veränderungen der Rüstungs- und Wirtschaftspolitik statt</p> <p>Gerne wird gesagt, dass die männliche Vorherrschaft die Kultur und Wirtschaft prägt. Würden mehr Frauen an die Spitze der Gesellschaft rücken, würden sich diese ändern, beispielsweise weniger aggressiv werden. Ein Artikel in Politico, natürlich von einem Mann, lässt daran Zweifel entstehen. Die hätte man schon angesichts von Frauen wie Angela Merkel haben können, die als Regierungschefinnen auch faktisch keine andere Politik machen, auch wenn sie sich vielleicht im Stil unterscheiden.</p> <p>David Brown ist aufgefallen, wie er in Politico <u>schreibt</u>, dass in den USA mittlerweile im "militärisch-industriellen Komplex" die Frauen das Sagen haben. Erstmals sei die "Verteidigungshierarchie" nicht mehr von Männern beherrscht. Das betreffe nicht nur die Rüstungskonzerne, sondern auch das Pentagon, wo Frauen an den Hebeln sitzen, wenn es um Rüstungsbeschaffung geht.</p> <p>An der Spitze von vier der fünf größten US-Rüstungskonzerne stehen seit 1. Januar Frauen. Kathy Warden ist seit dem neuen Jahr Chefin von Northrop Grumman, Marillyn Hewson schon seit 2013 von Lockheed Martin, Phebe Novakovic, ebenfalls seit 2013, von General Dynamics und Leanne Caret seit 2016 von Boeing Defense, Space & Security. Nicht nur in der Wirtschaft, auch im Pentagon besetzen Frauen - wahrscheinlich trotz Trump - entscheidende Posten. Ellen Lord ist seit 2017 Staatssekretärin für Beschaffung, Heather Wilson ist Luftwaffenministerin, Lisa Gordon-Hagerty ist seit 2018 Leiterin der National Nuclear Security Administration, also der für Atomwaffen zuständigen Behörde, oder Andrea Thompson Staatssekretärin für Waffenkontrolle und internationale Sicherheit.</p>	Papier
Zz007	<p>03/01/19/TELEPOLIS- Wenn westliche Werte zur Richtschnur erhoben werden ...</p> <p>In den Neujahrsreden von EU-Politikern wird westlichen Werten viel Platz eingeräumt - Ein Kommentar von Bernd Murawski</p> <p>Die Beschwörung von Werten prägt nicht nur die Neujahresbotschaft der deutschen Kanzlerin, sondern sie steht auch im Zentrum der Reden anderer politischer Führer der EU. Nebenbei wurde konstatiert, dass manches falsch gelaufen ist. Für eine Selbstkritik hat es nur begrenzt gereicht, <u>eigenes Versagen wollte niemand eingestehen</u>.</p> <p>Der finnische Präsident Sauli Niinistö betrachtet den Unmut der EU-Bürger, wie er sich bei den politischen Aktionen und dem Wahlverhalten während der letzten Jahre artikulierte, als <u>Resultat verwirklichter westlicher Werte</u>. Demokratie, Gleichwertigkeit und Freiheit hätte es bislang nirgendwo in gleichem Umfang gegeben wie gegenwärtig auf dem europäischen Kontinent. <u>Indem Proteste ermöglicht würden, bestünde allerdings die Gefahr, dass Kräfte die Oberhand gewinnen, die jene Werte beseitigen wollen. Deren Verteidigung muss daher im Fokus der Bemühungen demokratisch gesinnter Politiker stehen.</u></p> <p>Da er selbst der Elite angehört, hat er keinen Zugang zu Personen, die den proklamierten Werten nicht viel abgewinnen können. Für prekär Beschäftigte oder neokolonial Ausgebeutete dürfte die Erfüllung materieller Bedürfnisse den Vorrang haben. Zudem sind sie überwiegend außerstande, ihre Interessen trotz formaler Meinungsfreiheit wirkungsvoll zu artikulieren und trotz demokratischer Strukturen gesellschaftlich durchzusetzen. ...</p>	Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	Konflikt zwischen Werten und Recht	
Zz008	<p>04/01/19/TELEPOLIS-ARD: Durchschnittliche Monatsvergütung von 9.400 € höher als bei DAX-Konzernen? Viktor Heese</p> <p>Werden Gebührenerhöhungen gefordert, um die üppigen Gehälter zu sichern? In der neuen Debatte um die GEZ-Erhöhung ist es legitim, das "Pekuniäre" bei ARD-Mitarbeitern zu hinterfragen. Sind die ARD-Gehälter wirklich so extrem hoch, wie vermutet wird? Um mehr darüber zu erfahren, muss der Bürger nicht spekulieren.</p> <p>Die Analyse der KEF-Berichte (Abk. <i>Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten</i>) und der Jahresabschlüsse einzelner Anstalten erlauben Gehaltsvergleiche mit verschiedenen Berufsgruppen (Normalverdiener, Staatsdiener, Beschäftigte bei DAX-Firmen). Das Studium dieser Rapporte verlangt allerdings Vorkenntnisse. Was herauskommt, erstaunt: Bei der durchschnittlichen Gesamtvergütung (Gehalt, Sozialabgaben, Altersversorgung) liegt die ARD tatsächlich vorne.</p> <p>Stammdaten zum "ARD-Konzern" ...</p>	Papier
Zz009	<p>04/01/19/TELEPOLIS- Bottrop und Amberg: "AfD-Sprech" ist längst in der Gesellschaft angekommen. Peter Nowak</p> <p>Die Diskussionen der letzten Tage zeigen, dass es falsch wäre, nur auf die AfD und nicht auf die Gesellschaft zu schauen. Eigentliche hätte dieser sachlich gehaltene kurze Text der Cottbuser Polizei den Sachverhalt am besten zusammengefasst:</p> <p style="padding-left: 40px;">Am Neujahrstag kam es im Bereich des Stadtbrunnens in der Cottbuser Innenstadt zu einer gefährlichen Körperverletzung. Dabei wurde ein 28-jähriger Mann verletzt und ins CTK gebracht.</p> <p style="padding-left: 40px;">Die Polizei sucht dringend Zeugen, welche sich im Tatzeitraum von etwa 03:00 Uhr bis 04:00 Uhr am Stadtbrunnen aufgehalten haben. <i>Polizei Brandenburg</i></p> <p>Hier wird deutlich, dass es eine gefährliche Körperverletzung gab und der gesamte Vorgang noch der Aufklärung bedarf. Doch schon einen Tag vorher war auf der Homepage der Stadt Cottbus eine Pressemeldung zu lesen, die eher als Vorlage für eine politische Rede, etwa der Union oder der AfD, tauglich ist denn für eine sachliche Information.</p> <p style="padding-left: 40px;">Sollte der oder die Täter hier noch ein Gastrecht genießen und kein unbeschriebenes Blatt sein, werden wir nicht zögern, ihm oder ihnen klarzumachen, dass er oder sie ein Ticket in die Heimat zu lösen haben. Wir hoffen, dass die rechtsstaatlichen Instanzen schnell und kompromisslos entscheiden. Wir lassen unsere Stadt nicht durch Typen beschädigen, die sich nicht benehmen können und denken, Konflikte auf diese Art lösen zu können.</p> <p style="padding-left: 40px;"><i>Pressemeldung Stadt Cottbus</i></p>	Papier
Zz010	<p>04/01/19/TELEPOLIS- China: Reduktion des Feinstaubs führt zur Erhöhung der Ozonbelastung Florian Rötzer</p> <p>Innerhalb weniger Jahre konnte China die Feinstaubkonzentration in den Megacities um 40 Prozent senken, aber Feinstaub hatte zuvor die Ozonbildung gebremst</p> <p>In China lässt sich gerade wieder beobachten, wie auch gut gemeinte Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit unerwartete Nebenwirkungen verursachen, die neue Maßnahmen erforderlich machen, welche möglicherweise wieder negative Nebenwirkungen zur Folge haben. Als Smog und Feinstaubbelastung in Chinas Städten besorgniserregend zunahm und die Menschen unruhig wurden, ordnete 2013 die chinesische Regierung einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Luftverschmutzung durch Feinstaub an. Dieser beeinträchtigt nicht nur die Gesundheit, sondern gefährdet auch die soziale Harmonie und Stabilität. Luftverschmutzung soll weiterhin jährlich zum vorzeitigen Tod von einer Million Chinesen verursachen. Im Herbst hüllte allerdings wieder dichter Smog Peking ein.</p> <p>Kohlekraftwerke und -heizungen wurden reduziert, Kraftwerke und Firmen geschlossen, Schadstoffe wie Schwefel und Stickstoff wurden vermehrt aus den Abgasen von Kraftwerken und Industrieanlagen herausgefiltert, mit Verkehrsmanagement wurde versucht, die Emissionen durch Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, Förderung von E-Autos und Fahrradfahren, Verbot von Altfahrzeugen, verbesserten Treibstoff etc. Überdies werden die gemessenen Werte der Luftbelastung in Echtzeit wie hier für</p>	Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	Peking veröffentlicht. ...	
Zz011	<p>04/01/19/TELEPOLIS- Unter der Herrschaft einer Form der milden Funktionärsdiktatur- Wolfgang J. Koschnick sehr wichtig! PQC</p> <p>Die soziale Struktur aller Volksparteien unterscheidet sich in allen Ländern drastisch von der der wahlberechtigten Bevölkerung. Zwischen den Volksparteien und dem Volk liegen Welten. Da gibt es kaum Gemeinsamkeiten oder Ähnlichkeiten.</p> <p>Parteimitglieder haben eine überdurchschnittlich hohe formale Bildung und arbeiten zu einem wesentlich höheren Anteil als der Bevölkerungsschnitt im öffentlichen Dienst. Krass unterrepräsentiert sind jüngere Leute im Alter von 18 bis 40 Jahren und Frauen. Während sich nur 8 Prozent der Wahlberechtigten der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht zurechnen, tun das 30 Prozent der Mitglieder aller politischen Parteien.<u>1</u></p> <p>Nach der Berufsstruktur ihrer Mitglieder haben sich die Parteien im Laufe der Jahrzehnte zunehmend aneinander angeglichen: Die SPD ist keine Arbeiterpartei mehr, die CDU/CSU keine Partei von Unternehmern und Landwirten und die FDP nicht mehr die Partei des alten und auch nicht des neuen Mittelstands. Alle versuchen, auf möglichst breiter Basis die Mitte für sich zu gewinnen.</p> <p>Das Dilemma einer politischen Missgeburt. Der Niedergang der klassischen Volksparteien ist unaufhaltsam - Teil 1</p>	Papier
Zz012	<p>05/01/19/23MB/swr2wissen- „Gesunde Gewalt - Wie aggressiv dürfen Kinder sein?“ Mirko Smiljanic.</p> <p>Kinder brauchen Regeln, an denen entlang sie Aggression und Gewalt erleben und ausleben können. Selbstredend sollen diese Regeln aber auch Aggression und Gewalt verhindern. Jedem Impuls nachzugeben, sofort draufhauen, treten und beißen ist destruktiv. Wie aber lernen Kinder, wann und wie dosiert sie Aggression einsetzen können? Indem sie ihre Gefühle kennen lernen! Wer seine Gefühle kennt, kann sich in die Gefühlswelt anderer hineinversetzen und Anteilnahme entwickeln mit der Folge, dass er oder sie nicht bei jedem Konflikt aggressiv reagieren muss. Und wie lernen Kinder ihre Gefühle kennen? Spielerisch! Die Augsburger Puppenkiste hat für das Gewaltpräventionsprogramm von Papilio e.V. das Stück „Paula und die Kistenkoblde“ geschrieben. Vier Koblde repräsentieren darin jeweils ein anderes Gefühl.</p>	28:00
Zz013	<p>05/01/19/64MB/wdr3hoerspiel Anatomie eines Spitzels (Die wahren Geschäfte des V-Manns Helmut G.) Von Peter F. Müller</p> <p>Helmut Gröbe, ein krimineller V-Mann im Dienst des Bundeskriminalamtes und der amerikanischen Drogenbehörde, macht gemeinsame Geschäfte mit seinen V-Mann-Führern. Verrat, Betrug und Anstiftung zu Verbrechen in schillernden Variationen. Bei einer Gerichtsverhandlung Ende der 90er Jahre, in der Gröbe als Kronzeuge aussagen sollte, wird der vom bezahlte V-Mann wegen Unglaubwürdigkeit ausgeschlossen. Er taucht in Florida ab. Seinen Biergarten in Miami hat er zum Verkauf angeboten. Kaum jemand weiß, wie Gröbe aussieht oder wie man ihn finden kann. Das Hörspiel erzählt in Prozessszenen und auf der Basis von Original-Interviews des Journalisten Peter F. Müller von den haarsträubenden Machenschaften eines Mannes, der von den Behörden gedeckt wird.</p>	53:16
Zz014	<p>05/01/19/5,7MB/df-Presestimmen zum Häckerangriff</p> <p>...Bundestag, Bundesregierung nicht betroffen!</p> <p>priv. Adressangaben, Händynummern, Chats, Fotos von fam. Mitgliedern, Rechnungen und Briefe ...der Staat hat die Aufgabe den Bürger zu schützen, egal ob prominent oder nicht. Sprecher des InnenMin.: ...das Cyber-Abwehrzentrum sei nicht zur Abwehr da, es reagiere nur auf Vorfälle! ...eine Bankrotterklärung folgert die Rheinische Post. Serbische Politika: hoch technisiertes Land BRD und erst spät erfahren und dann nix wissen wer und wie hoch der Schaden! Reutlinger Generalanzeiger: ...arg blauäugig.. und dann überrascht ...nicht jeder darf alles über alle wissen? Volksstimme aus Magdeburg verlangt schnelle Aufklärung. FAZ ...wer sind die Urheber des Datenklaus? Landeszeitung Lüneburg: ...zu wessen Vorteil? um Unsicherheit zu schaffen zum Vorteil für die „Law+Order</p>	05:58

Tr.	DB_046	Aufn.
	Fraktion? Mannheimer Morgen: ...es ist wahrscheinlich das rechte Aktivisten die Urheber sind, oder Ausländer aus Russland ...Die SZ...	
Zz015	<p>05/01/19/dlf- Häkerangriff+Veröffentlichung Nadin Lindner</p> <p>...teilweise veraltet, stellv. Pressesprecherin Martina Fietz: ..das auch gefälschte Daten darunter sind... Verfolgungsbehörde muss sich erstmal „Klarheit“ verschaffen. Die Geheimdienste? Dazu dieLinke Siegmар Bartsch ...ich bin dermassen entsetzt! ...der arme!</p>	03:27
Zz016	<p>05/01/19/jungeWelt- Cyberdetektive des Tages: Springers Bild Von Sebastian Carlens</p> <p>Von Politikern und Personen des öffentlichen Lebens sind Daten im Internet gelandet: Handynummern, Mail-Adressen, allerprivatestes Zeug wie Facebook-Chats oder oberkörperfreie Bilder. Nicht erst seit gestern, sondern seit Wochen. Aufgefallen ist das aber erst am Donnerstag, weil derjenige, der die Sachen auf Twitter veröffentlicht hat, zu unbekannt ist – es hat einfach niemanden interessiert. Das ist nun, nach Berichten in den Medien, anders; die Bundesregierung hat gar den »Cyberalarm« ausgelöst. Dem Schurken soll juristisch nachgestellt werden.</p> <p>Völlig unnötig, denn <i>Bild</i> weiß längst, was vorgefallen ist. Und nun lachen Sie nicht, denn dafür ist diese konstante Ration Hetze einfach zu hoch dosiert: »Als Urheber oder Unterstützer kämen Staaten wie Russland und China in Frage.« Und wenn das nicht reicht, haben die <i>Bild</i>-Pistoleros einen Kniff: »Zusammenwirken mit rechtsextremen deutschen Gruppen« sei nicht auszuschließen!</p>	Papier
Zz017	<p>05/01/19/jungeWelt- Plastik, Gift und Alufelgen</p> <p>Nach Havarie in der Nordsee: Umweltschäden und helfende Hände auf den niederländischen Inseln. Reederei verantwortlich gemacht Von Gerrit Hoekman Nasse Matratzen, Schuhe, Fernsehgeräte, Schränke aus Holz, Hunderte Glühbirnen und jede Menge Plastik – der breite Strand der niederländischen Nordseeinsel Schiermonnikoog ist übersät von Müll. »Es ist echt schlimm. Das ist eine ernste Situation«, sagte Bürgermeisterin Ineke van Gent Donnerstag abend dem <i>Algemeen Dagblad</i> (AD).</p> <p>Der Unrat stammt aus den 277 Containern, die das Frachtschiff »MSC Zoe« in der Nacht zum 2. Januar verloren hatte. Viele von ihnen waren im Wasser aufgegangen, der Inhalt wird jetzt auf die Inseln gespült oder – was fast noch schlimmer ist – ins Wattenmeer. Alleine wird das kleine Schiermonnikoog mit der Umweltkatastrophe nicht fertig, deshalb hat der Verteidigungsminister 100 Soldaten geschickt, die beim Aufräumen helfen sollen.</p> <p>Auf der Nachbarinsel Ameland sammelten die Helfer bereits 200 Tonnen Müll ein. Viele Touristen beteiligten sich an den Aufräumaktionen, schrieb die Lokalzeitung <i>Nieuwe Dockumer Courant</i>. Auch auf der deutschen Nordseeinsel Borkum wurden am Freitag die ersten Fernseh- und Haushaltsgeräte angespült, wie der <i>NDR</i> berichtete.</p>	Papier
Zz018	<p>05/01/19/TELEPOLIS-Nato setzt Russland Ultimatum Florian Rötzer</p> <p>Russland habe noch eine "letzte Chance", um den INF-Vertrag einzuhalten, den nur Russland, aber nicht die USA verletzt habe.</p> <p>Im Oktober letzten Jahres hatte bereits US-Präsident Donald Trump angekündigt, dass die USA aus dem 2021 auslaufenden Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (INF) einseitig aussteigen könnte. Der 1987 geschlossen Vertrag verbietet bodengestützte Raketen und Marschflugkörper kurzer und mittlerer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometer und kam damit vor allem Europa zugute.</p> <p>In den 1970er rüsteten die Russen mit den SS20-Mittelstreckenraketen, die eine Reichweite bis zu 5000 km hatten, auf, nach dem Nato-Doppelbeschluss 1979 wurden Pershing II (Reichweite bis 1800km) und Tomahawk-Marschflugkörpern (Reichweite 2500 km) in Westeuropa stationiert. Dadurch wuchs die Kriegsgefahr enorm, was aber vor allem die Europäer beängstigte, die Amerikaner sorgten sich primär um die Langstreckenraketen und die U-Boot-gestützten sowie von Bombern mitgeführten Atomwaffen, in den SALT-Verträgen waren die bodengestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen kein Thema gewesen.</p>	Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Außenminister Mike Pompeo hatte, sekundiert durch Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, schließlich Anfang Dezember Russland eine zweimonatige Frist gesetzt, die Verletzungen einzustellen. Dabei geht es vor allem um den Marschflugkörper Novator 9M729 (SSC-8). Jetzt drohte der Generalsekretär der Nato damit, dass Russland die letzte Chance habe, den INF-Vertrag wieder einzuhalten, obgleich nur die USA mit Russland Vertragspartner sind. Die Nato veröffentlichte auch eine gemeinsame Erklärung, die festhält, dass nur Russland den Vertrag verletzt habe. ...</p>	
Zz019	<p>06/01/19/26MB/swr2-wissen-aula Querdenker der Aufklärung (1/2) Leben und Werk von Jean-Jacques Rousseau Von Sabine Appel <i>mit Manuskript</i></p> <p>Rousseau war seiner Zeit weit voraus, er legte den Finger auf die Wunden, die die Moderne dem Menschen zugefügt hatte. Seine Zivilisationskritik hat bis heute nichts an Aktualität verloren.</p> <p>Er war der Erste in seiner Zeit, der feststellte, dass jeder Fortschritt auch seinen Preis hat, Opfer fordert und in gewissem Sinne auch Rückschritt bedeutet, derjenige, der die Selbstentfremdung des natürlichen Menschen beklagte und die Anmaßungen, mit denen die Zivilisation der Moderne einhergeht.</p> <p>Mit seiner Kritik an der hypostasierten Vernunft schlachtete er gleichsam die zweite heilige Kuh der Aufklärung, neben dem frenetischen Glauben an den unaufhaltsamen Fortschritt. Rousseau war derjenige, der die Aufklärung überwand und der sie damit vollendete.</p>	28:54
Zz020	<p>07/01/19/german-foreign-policy- BERLIN (Eigener Bericht) - Noch näher an den Konflikten Mit der Ankündigung neuer weltpolitischer Vorstöße und dem Aufruf, vor "schwierigen Entscheidungen" im Kontext globaler Konflikte nicht zurückzuschrecken, ist die Bundesregierung ins neue Jahr gestartet. Berlin müsse "Verantwortung" übernehmen und "globale Lösungen" anstreben, erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel. Außenminister Heiko Maas sieht Deutschland durch seine zweijährige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat, die am 1. Januar begonnen hat, "noch näher an die Krisen und Konflikte" der Gegenwart heranrücken. Berlin sucht seine Präsenz in dem Gremium zu nutzen, um die Formierung der EU-Außenpolitik zu forcieren und Paris zur Unterordnung unter gemeinsame, als "europäisch" bezeichnete Aktivitäten zu veranlassen. Aus der evangelischen Kirche werden einstweilen Rufe nach einer Ausweitung der Bundeswehreinsätze laut. Die Bundeswehr wiederum hat zum 1. Januar die Führung der NATO-"Speerspitze" übernommen, einer Eingreiftruppe, die binnen 72 Stunden eingesetzt werden kann. Kommt es dieses Jahr zu einem NATO-Einsatz, wäre sie wohl an vorderster Front dabei. ...</p>	Papier
Zz021	<p>07/01/19/ Freie Ärzteschaft Pressemitteilung stop-eGK Nach Datenklau bei Politikern: Freie Ärzteschaft fordert Schutz von Gesundheitsdaten und Stopp der Online-Anbindung von Arztpraxen</p> <p>Hacker haben massenhaft Dokumente und persönliche Daten von Hunderten deutschen Politikern und Prominenten im Internet veröffentlicht. Die Bundesregierung verspricht Aufklärung. Das reicht nicht, betont die Freie Ärzteschaft (FÄ) und verweist auf die Bedrohung von Gesundheitsdaten von Millionen Bundesbürgern. „Wir fordern ein generelles Umdenken beim Umgang mit so hochsensiblen Daten wie medizinischen Daten. Sie dürfen weder zentral gespeichert noch per Handy-App verwaltet werden“, sagte FÄ-Bundesvorsitzender Wieland Dietrich am Montag in Essen. „Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist aufgefordert, den digitalen Datenwahn im Gesundheitswesen sofort zu stoppen und sich um den Schutz medizinischer Daten zu kümmern.“</p> <p>Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Aufregung bei Cyberangriffen auf Daten von Politikern und Prominenten derartig groß sei, während Gesundheitsdaten und andere persönliche Daten der Bürger täglich bedroht seien und gestohlen würden. „Medizinische Daten“, betont FÄ-Vizevorsitzende Dr. Silke Lüder, „gehören ausschließlich dezentral gespeichert. Die Verpflichtung von Arztpraxen, sich an die zentrale Telematikinfrastruktur (TI) anzuschließen, ist sofort auszusetzen. Ebenso sind alle Sanktionen zu streichen, die den Ärzten bei Nichtanschlüssen an die TI drohen. Ärztinnen und Ärzte unterliegen der Schweigepflicht – die Politik hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie diese einhalten können.“ Zudem gelte für alle Bürger das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, besonders auch hinsichtlich ihrer Gesundheitsdaten. ...</p>	Papier
Zz022	<p>07/01/19/64MB/WDR5-dok5 Painkillers - Die Opiatkrise in den USA 7. Januar 2019, 20:04</p>	53:26

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>In den USA sterben mehr Menschen an einer Überdosis von Opioiden als durch Verkehrsunfälle. Millionen sind süchtig nach Schmerztabletten. US-Präsident Trump beschuldigt mexikanische Dealer. Doch die eigene Pharmaindustrie hat viele Menschen abhängig gemacht. // Von Lorenz Rollhäuser / Redaktion: Thomas Nachtigall / NDR/DLF 2018 / www.radiofeature.wdr.de</p>	
Zz023	<p>07/01/19/jungeWelt- Aufruf zum Putsch Venezuela: Parlamentspräsident mobilisiert zum Staatsstreich gegen Maduro. USA und ihre Vasallen stehen bereit Von André Scheer Wenige Tage vor Beginn der neuen Amtszeit des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro haben mehrere Regierungen Lateinamerikas, die USA sowie die rechten Oppositionsparteien im venezolanischen Parlament kaum verhohlen zu einem Staatsstreich aufgerufen. Der am Sonnabend zum neuen Präsidenten der Nationalversammlung gewählte Juan Guaidó verlangte, »eine Übergangsregierung zu schaffen und freie Wahlen auszurufen«. Das Militär rief er auf, sich an der »Wiederherstellung der Demokratie« zu beteiligen.</p> <p>Maduro hatte im vergangenen Jahr die auf Mai vorgezogene Präsidentschaftswahl mit 67,8 Prozent der abgegebenen Stimmen gewonnen. Da Venezuelas Verfassung aber festschreibt, dass der Wahlsieger sein Amt am 10. Januar anzutreten hat, regierte Maduro bisher noch auf Grundlage der Wahl von 2013. Am Donnerstag beginnt dann die neue, bis 2025 dauernde Amtszeit. ...</p>	Papier
Zz024	<p>07/01/19/jungeWelt- Hammer und Kompass Die Linke in Deutschland muss den »systematischen Tageskampf« wieder erlernen – ohne dabei ihre sozialistische Orientierung aufzugeben Von Lena Kreymann Kontakt: info[at]sdaj.org<i>hab mal ne mail geschickt!</i> Frieden sofort und auf Dauer, das war die Forderung der Revolutionäre vor 100 Jahren im November 1918. Vielen von ihnen war klar, dass die Voraussetzung dafür der Bruch mit dem Kapitalismus und der Übergang zum Sozialismus war. Es gelang ihnen, für kurze Zeit die Staats- und Militärmaschinerie eines der stärksten imperialistischen Länder der Welt zu lähmen, aber nicht, sie zu zerbrechen. Das wurde durch das Zusammenspiel von SPD- und Armeeführung verhindert. Unter dem Druck der Massen gestanden diese zwar die parlamentarische Republik, das Frauenwahlrecht, den Acht-Stundenarbeitstag und weitere Errungenschaften zu, auf die halbe Revolution folgte aber eine ganze Konterrevolution. Tausende Arbeiter und Soldaten wurden zu Beginn der Weimarer Republik ermordet, die schließlich in der faschistischen Diktatur, die den Zweiten Weltkrieg entfesselte, unterging.</p>	Papier
Zz025	<p>07/01/19/TELEPOLIS- Das Ende des konservativen Safe Space Fabian Goldmann Meinungsdiktatur! Gesinnungsterror! Regelmäßig beschwören Konservative den Untergang von Demokratie, Meinungsfreiheit oder gleich dem gesamten Abendland. Dabei geht nur eines unter: ihre Diskurshoheit</p> <p>Das Jahr war fast geschafft, da stand Deutschland doch noch einmal kurz vor dem Untergang. Von "grünlinker Bürgerkriegsgesinnung" schrieb ein Kommentator der Jungen Freiheit. "Bestmensen" würden die "politische Gesinnung im Lande diktieren", echauffierte sich ein AfD-Vorsitzender. Kinder von Mitgliedern dessen Partei seien "die neuen Judenkinder", befand Ex-CDU-Rechtsaußen Erika Steinbach auf Twitter.</p> <p>Was war da passiert? Hatten tatsächlich über Nacht Gestapo-ähnliche Antifa-Trupps die Macht übernommen, die Stammtische der Republik in Brand gesetzt und jeden, der kein "Refugees Welcome"-Logo vorweisen konnte, in die Gosse geprügelt?</p> <p>Natürlich nicht. Der wahre Anlass für die Empörung war weitaus banaler: Eine Waldorfschule im Berliner Süden hatte einem Kind die Aufnahme verwehrt. Die Begründung: die Parteimitgliedschaft des Vaters. Damit hatten die Schulvertreter nicht nur gegen die eigenen Anti-Diskriminierungsbestimmungen verstoßen, sondern womöglich auch gegen das Berliner Schulgesetz.</p>	Papier
Zz026	<p>07/01/19/TELEPOLIS- Wissenschaft - Helfer für Wirtschaft und Machteliten Karl Kollmann Die akademische Wissenschaft ist längst schon zur Entwicklungsstube der Industrie geworden (Missbrauchte Wissenschaft). In den Naturwissenschaften werden - ohne jegliche ethische Erdung und soziale Kontrolle - immer abenteuerlichere und monströsere Projekte (Biotechnologie, Genetik, Künstliche Intelligenz, Waffenrobotik, Quantenphysik, Large Hadron Collider (Teilchenbeschleuniger), Kernfusionsreaktor, Marskolonisierung) mit Milliardenaufwand und meist zugunsten des globalen militärisch-industriellen Komplexes gefördert.</p>	Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>In den Sozialwissenschaften verödet Forschung zu kleinstteiligen Arbeitsaufgaben, die empirisch durchkonjugiert werden und - im Fall der Verhaltensökonomie - behavioristische Psychologie der 1950er Jahre in unterkomplexer Form wieder entdecken. Dazu kommt, wissenschaftliche Ideenproduktion wurde in gesellschaftlich irrelevantes <u>Selbstmarketing</u>. Die großen Einfälle und widerständigen Entwürfe sind wie weggeblasen, belanglose <u>Selbstgefälligkeiten haben die authentische und für die Politik unbequeme Beschäftigung mit den großen Fragen von Gesellschaft weitgehend abgelöst</u>. In die Wissenschaften fließt immer mehr Geld, die revanchieren sich dann mit Forschungsergebnissen wie "<u>Kleine Hunde heben ihr Bein höher</u>".</p> <p>Und Politik ist, selbst wenn heute reichlich Geld für dienliche Studien und exorbitant viele Steuergelder sowie von den kalifornischen Internetgiganten viel Anschubgeld für die Wissenschaften <u>ausgegeben</u>, ziemlich wissenschaftsresistent, was kritische Sozialforschungsergebnisse, die es in Nischen noch gibt, anlangt. Gerne hingegen werden die Ergebnisse der Meinungsforschung angenommen, wenn sie sich nutzbringend publizistisch verwenden lassen, ist dies nicht der Fall, landen auch sie in Schubladen. ...</p>	
Zz027	<p><u>08/01/19</u>/dlf- Nachrichten -09:00</p> <p>>Bremer AfD- Landesvorsitzende BA Magnes ist von mehreren Angreifern schwer verletzt worden. Es sei von einer politisch motivierten tat auszugehen. Der <u>polizeiliche Staatsschutz ...wer ist denn das?</u> und die Staatsanwaltschaft leiteten Ermittlungen ein. eine „feige Attakke“ <u>„wie sieht denn eine mutige aus?</u> BRD AusMin. Maas: „Gewalt dürfe kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein, egal gegen wen!“ <u>„...so und die BRD im Ausland? ...und Bü90/Grüne Özdemir ...hat den Yugo-Krieg schon vergessen!</u></p> <p>>SPD innenPolitiker Lischka hat das BSI Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik mit dem Umgang des letzten Daten- Affaire kritisiert, Komunikationswirwar</p> <p>>CDU Brook nicht mehr für die EU-Wahl von NRW aufgestellt worden.</p> <p>>China begrüßt Kontakte zwischen Nord-Korea und USA</p> <p>>Wetter</p>	04:01
Zz028	<p><u>08/01/19</u>/german-foreign-policy-Die verschlungenen Pfade des Rüstungsexports DÜSSELDORF/ECKERNFÖRDE (Eigener Bericht) - Deutsche Waffenschmieden weiten ihre Produktion im Ausland aus und umgehen damit in zunehmendem Maß die Vorschriften für den Rüstungsexport. Der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern etwa erweitert eine Bombenfabrik auf Sardinien, von der aus er Saudi-Arabien beliefert - unabhängig von dem offiziellen Exportstopp, den die Bundesregierung im Herbst verkündet hat. Zudem wird die Kooperation zwischen Rheinmetall Denel Munition (RDM) in Südafrika und dem saudischen Rüstungskonzern SAMI intensiviert; SAMI will sogar Anteile an der Rheinmetall-Tochterfirma übernehmen. Auch Hersteller von Kleinwaffen weichen auf die Auslandsproduktion aus. So stellt SIG Sauer aus Eckernförde bei Kiel Schusswaffen für die Streitkräfte Mexikos her, die an die mexikanische Polizei in Unruheregionen des Landes weitergereicht werden. Bei Lieferungen aus Deutschland wäre das verboten. Allein die Ausfuhren der Rheinmetall-Tochterfirmen auf Sardinien und in Südafrika nach Saudi-Arabien belaufen sich auf mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr. ...</p>	Papier
Zz029	<p><u>08/01/19</u>/jungeWelt- Fakten nicht erwünscht</p> <p>Demonstration zum 14. Todestag Oury Jallohs in Dessau. Von Susan Bonath</p> <p>Aktivisten und Familie des Opfers fordern weiterhin Aufklärung</p> <p>Lautstark tönte am Montag der Sprechchor »Oury Jalloh – das war Mord« durch die Straßen Dessaus. Damit erinnerten etwa 800 Menschen bei nasskaltem Wetter an den Tod des Flüchtlings vor genau 14 Jahren. Ein Polizeiaufgebot erwartete sie am Bahnhof der Stadt. Der 36jährige Jalloh war 2005 an Händen und Füßen gefesselt in einer Polizeizelle bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Der Mord an dem Sierra Leoner durch Polizisten sei durch zahlreiche Beweise »faktisch belegt«, erklärte die »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh«. <u>»Aber die Justiz verweigert weiterhin jede Aufklärung.«</u> Zuletzt habe dies Sachsen-Anhalts Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad untermauert: <u>Im November hatte er die endgültige Einstellung des Verfahrens bestätigt. In ihrem Prüfvermerk dazu ignoriere seine Behörde in Naumburg »konsequent und hartnäckig die tatsächliche Faktenlage«,</u> so die Initiatoren der Demonstration. »Es ist heute wie 2005: Wir wissen, dass es Täter gibt, aber die Suche nach ihnen wird von ganz oben aktiv behindert«, sagte Mouctar Bah von der Initiative am Montag. ...</p>	Papier
Zz030	<p><u>08/01/19</u>/jungeWelt- Vergiftetes Angebot</p>	Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>China soll in einen neuen Abrüstungsvertrag gezwungen werden. Von Jörg Kronauer Dem Frieden dient das nicht. Auch Abrüstungsvorschläge können vergiftete Angebote sein. Außenminister Heiko Maas hat am Wochenende bekräftigt, den Sitz im UN-Sicherheitsrat, den Deutschland seit dem 1. Januar für zwei Jahre innehat, nutzen zu wollen, um »Fragen der Abrüstung und der nuklearen Nichtverbreitung prominent auf die Agenda« zu setzen. Seit dem Kalten Krieg hätten sich »die Gewichte verschoben«. Daher müssten »auch Länder wie China und Indien« in die Verhandlungen einbezogen werden. Im Gespräch ist seit geraumer Zeit etwa ein neuer INF-Vertrag unter Beteiligung nicht nur Washingtons und Moskaus, sondern auch Beijings.</p>	
Zz031	<p>08/01/19/jungeWelt- Von oben arrangiert Die Schuld für den Aufstieg der sogenannten Rechtspopulisten soll bei den verblendeten Unterklassen liegen – die Verantwortung der Eliten wird negiert. <i>Von Michael Klundt</i> Die soziale Frage ist in der Bundesrepublik inzwischen so präsent wie nie zuvor. Allerdings wird sie stärker von nationalistischer als von solidarisch-internationalistischer Seite thematisiert. Und wer für den weltweiten Aufstieg der rechten Bewegungen verantwortlich ist, scheint allzu klar: In der Diskussion stehen die angeblich dummen, fremdenfeindlichen Unterklassen, der Beitrag der ökonomischen, politischen, wissenschaftlichen, medialen und anderen gesellschaftlichen Eliten gerät kaum in den Blick der bürgerlichen Öffentlichkeit.</p>	Papier
Zz032	<p>08/01/19/TELEPOLIS- Der "gute autoritäre Herrscher" Thomas Pany Al-Sisi bekommt teure deutsche Rüstung, obwohl er am Jemenkrieg teilnimmt und repressiv gegen Medien und Opposition vorgeht. Als Feind der Muslimbrüder ist er im richtigen politischen Lager Man könnte im ehemaligen General al-Sisi ein <i>role-model</i> für die aktuell erfolgreiche Version eines autoritären Herrschers im Nahen Osten sehen. Dem ägyptischen Präsidenten wird zwar immer wieder mal vorgehalten, dass sein "neues Ägypten" noch repressiver sei als der alte Polizeistaat unter Alleinherrscher Mubarak. Aber die Vorwürfe, meist von Menschenrechtsorganisationen, verpuffen. Sie zeigen keinerlei Wirkung. Vor ein paar Tagen war im Spiegel zu lesen: einer Liste mit den aktuellen Genehmigungen des Bundessicherheitsrats billigte das geheim tagende Gremium den Export einer Fregatte vom Typ Meko 200 an Ägypten. ...</p>	Papier
Zz033	<p>09/01/19/german-foreign-policy- Das dreißigste Mitglied der NATO BERLIN/ATHEN/SKOPJE (Eigener Bericht) - Mit ihrem morgen beginnenden Besuch in Athen setzt Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Serie außergewöhnlicher Einmischung von NATO- und EU-Staaten in die inneren Angelegenheiten zweier südosteuropäischer Länder fort. Gegenstand der Einmischung ist der Namensstreit zwischen Griechenland und Mazedonien, das aufgrund griechischer Einwände international den Namen Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien trägt. Es soll nun gemäß einem Abkommen vom 17. Juni 2018 in Nord-Mazedonien umbenannt werden. Weil dies die Voraussetzung dafür ist, dass das Land in die NATO aufgenommen werden und EU-Beitrittsgespräche anstreben kann, machen das Kriegsbündnis und die Union Druck, den Prozess der Umbenennung rasch abzuschließen. Dazu wird Merkel in Athen Gespräche führen. Die Umbenennung erfolgt unter massiver Einflussnahme des Westens, der diese mit angeblicher russischer Einflussnahme begründet; sie geschieht gegen das Resultat eines Referendums in Mazedonien und ist bei einer kurz bevorstehenden abschließenden Abstimmung im mazedonischen Parlament auf die Zustimmung von Oppositionellen angewiesen, die mit offensichtlich korrupten Methoden zur Unterstützung des Namenswechsels veranlasst wurden. ...</p>	Papier
Zz034	<p>10/01/19/german-foreign-policy- "Jetzt auf Brasilien setzen" BERLIN/BRASÍLIA (Eigener Bericht) - Das Bundeswirtschaftsministerium wirbt nach dem Amtsantritt des ultrarechten Präsidenten Jair Messias Bolsonaro in Brasilien für eine Ausweitung der Geschäfte mit dem Land. Bolsonaros Regierung werde wohl "erleichterte Investitions- und Handelsbedingungen für ausländische Unternehmen" schaffen; man solle daher "jetzt auf Brasilien setzen", heißt es in einem Schreiben des Ministeriums, das für eine Geschäftsanbahnungsreise im Bereich der "zivilen Sicherheit" einlädt. Dort böten sich beste Chancen, da das südamerikanische Land eine der höchsten Mordraten weltweit aufweise und die Regierung zusätzliche Ausgaben zur</p>	Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Kriminalitätsbekämpfung angekündigt habe. Der jetzige Präsident hat sich im Wahlkampf für Polizeimorde an Kriminellen ausgesprochen. Über ein Drittel seines Kabinetts wird von Offizieren gestellt; sein Vizepräsident hat in der Vergangenheit mehrfach die Übernahme der Macht durch die Streitkräfte gefordert. Tatsächlich haben die Militärs bereits begonnen, offizielle Entscheidungen des Präsidenten nach ihren Vorstellungen zu korrigieren. ...</p>	
Zz036	<p>10/01/19/7,4MB/dlf- Nachrichten + Hartz-IV</p> <p>>Bukarest MinPräs. bei Erdogan zu Besuch ...BRD-Merkel nix dagegen solange das Verhältnis BRD-Türkei nicht gefährdet wird.</p> <p>>Polen und die Anerkennung von ukrainischen Flüchtlingen. Ohne diese würde die poln. Wirtschaft zusammenbrechen. Dazu Hintergrund ...</p> <p>...zu Hartz IV ...Essensgeld für Kinder. Bildungs- und Teilhabe Paket forderte mind. 1€ Beitrag. Schulbus sollte selbstverständlich sein! Kein Bürokratie abbau. Die Teilhabe zu kompliziert und zu wenig! Die Verhältnismäßigkeit wird nicht gewahrt! Trotz Arbeit zu wenig. EU-Vergleich. Nix mit Umverteilung. Macht ein richtiges Kindergeld!</p>	07:45
Zz037	<p>11/01/19/7,1MB/dlf- AfD und Europa</p> <p>Jörg Meuthen im Gespräch mit Christoph Heinemann</p> <p>>AfD Jörg Meuthen: ...Brexit ...EU an „Haupt und Gliedern“ zu erneuern. Europa der Vaterländer. Wie soll BRD die EU verlassen? ...Abschaffung des EU-Parlaments? ...eher sudra National wie UN oder NATO. ...Sind sie scharf auf die Diäten?</p>	07:25
Zz039	<p>11/01/19/4,5MB/dlf- Kurznachrichten</p> <p>>Sicherheitsmaßnahmen zum AfD Parteitag Poppenburg hat seinen Austritt erklärt. Dazu Co-Chef Meuthen.</p> <p>>US-Trump hat seine Forderung nach einem Grenzzaun zu Mexico bekräftigt. Dazu Artur Landwehr: ...Regierungsstillstand.</p> <p>>OLG Karlsruhe Vorwurf gegen Alexander Ringel er setze seine Richter unter „Arbeitsdruck“.</p> <p>>Süddeutschland Probleme mit extremen Schneefall nehmen zu. Dazu Karoline von Eichhorn.</p> <p>>Berlin/Neuköln gilt als Hochburg der Clan-Kriminalität. SPD-Bürgerm. Martin Hikel fordert ein Durchgreifen des Rechtsstaats. Mit Bemerkung auf den Diebstahl der 100Kg Goldmünze. Jugendliche ...Schwellentäter, Intensivtäter ...muss Strafe „auf dem Fuße,, folgen.</p>	04:39
Zz040-1	<p>11/01/19/13MB/dlf- Mobbing gegen gründlichen Richter</p> <p>>Freiburg RA- Christina Goldmeier erhebt Vorwurf gegen JustizMin. von Baden-Württemberg Justiz nach „Kassenlage“ Zwang zu einer Rechtsanwendung „light“ ? Der Richter T. Schulte-Kellinghaus werde seit nun mehr 7Jahre gemobbt und gedemütigt, weil er die Fallzahlen nicht erledigt! Verantwortlich sei dafür die ehem. Präsidentin und des OLG und ihr Nachfolger Alexander Riedel <i>im folgenden Interview</i> CDU-JustizMin. Guido Wolf dulde dieses beispiellose Mobbing. Riedel zum Richtereid.</p>	14:26
Zz040-2	<p>11/01/19/ OLG Richter Schulte-Kellinghaus</p> <p>Interview mit RiOLG Thomas Schulte-Kellinghaus "Die Fixierung auf Zahlen ist von geringem intellektuellem Wert" .</p> <p>Interview von Constantin Baron van Lijnden</p> <p>Wie weit darf die Erledigungsquote eines Richters unter den Durchschnitt sinken, bevor er untragbar wird? Thomas Schulte-Kellinghaus erhielt 2012 eine Ermahnung, weil er nur auf 68% kam. Mit uns hat er erstmals über sein Verfahren gesprochen. RiOLG Schulte-Kellinghaus ist den Meisten wohl nicht namentlich ein Begriff, sondern unter Bezeichnungen, die ihm die Medien in den vergangenen Jahren verliehen haben, und die je nach gewünschter Stoßrichtung und Sachkenntnis des Verfassers zwischen "der gründliche Richter", "der langsame Richter" und weiteren, nicht immer schmeichel haften Zuschreibungen changierten. Sein Verfahren gegen die inzwischen pensionierte Präsidentin des Oberlandesgerichts (OLG) Karlsruhe, Frau Prof. Dr. Christine Hügel, die ihn 2012 wegen seiner rund 30 Prozent unter dem Durchschnitt liegenden Erledigungszahlen ermahnte, hat sowohl in der juristischen Fachpresse (Wittreck in NJW 2012, 3287 ff.) als auch in der Blawgosphäre und den Publikumsmedien Beachtung gefunden, und war auch auf der LTO schon</p>	Papier Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
Zz040-3	<p>Gegenstand mehrere Beiträge (etwa hier und hier).</p> <p>11/01/19/DLF-Hintergrund Gerichtsverfahren „Richterliche Unabhängigkeit“ Gerichtsverfahren, „Richterliche Unabhängigkeit ist Kernelement des Rechtsstaates“ Die richterliche Unabhängigkeit sei kein subjektives Privileg des einzelnen Richters, sagte Alexander Riedel, Präsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe im Dlf. Damit sei er verpflichtet, die zu bearbeitenden Fälle in angemessener Zeit zu erledigen. Die Mobbingvorwürfe eines Richters wies er zurück. Alexander Riedel im Gespräch mit Christoph Heinemann</p>	
Zz043	<p>11/01/19/TELEPOLIS- Was heißt es, dass psychische Störungen Gehirnstörungen sind? - Ein neurophilosophischer Versuch Stephan Schlem</p> <p>Milliarden an Steuer- und anderen Geldern werden Jahr für Jahr in die genetische und neurowissenschaftliche Erforschung psychischer Störungen gesteckt. Dabei wird stillschweigend vorausgesetzt, dass sich die Probleme der Menschen auf dieser Ebene verstehen und behandeln lassen. Zehntausende Forscher gehen weltweit diesen Fragen nach und potenziell hunderte Millionen Patienten sind davon betroffen, was diese Forscher finden - oder auch nicht finden.</p> <p>Die Frage, was psychische Störungen sind und auf welcher Ebene sie am besten beschrieben werden können, ist darum nicht nur theoretisch interessant, sondern auch unmittelbar praktisch relevant. Tatsächlich <u>kritisierten</u> einige führende Psychiater erst 2016 im British Journal of Psychiatry, dass der Neurohype in ihrem Fach zu viel Geld verschlinge. Für wichtige Ansätze etwa zur Suizidprävention, zur Förderung von Eltern mit psychischen Problemen oder für bessere Lernumgebungen für benachteiligte Kinder bleibe dann kein Geld übrig. Von dem National of Institute of Mental Health (NIMH), der vielleicht größten psychiatrischen Forschungseinrichtung der Welt, heißt es in dem Aufsatz, dass 85% des Milliardenbetrags, den das Institut Jahr für Jahr bekommt und in Forschung investiert, in die Neurowissenschaften gehe. Ob das Patienten jemals etwas nutzen wird, steht in den Sternen. ...</p> <p>Aber man sollte niemals nie sagen. Und im DSM-5 finden sich ja, je nach zählweise, rund 200 bis 600 verschiedene psychische Störungen. Da muss es irgendwann doch einmal klappen. Wenigstens bei einer.</p> <p>Um es etwas spannender zu machen, will ich (einmalig) EUR 500,- für Ärzte ohne Grenzen spenden, wenn jemand auch nur <i>eine</i> Störung aus dem DSM-5 findet, die die drei Bedingungen erfüllt, die also in diesem Sinne eine Gehirnstörung ist.</p> <p>Und wenn das nicht gelingt, sollte man dann nicht so ehrlich sein und einräumen, dass das Gefasel von den psychischen Störungen als Gehirnstörungen nicht mehr ist als ein PR-Trick? Finden wir es heraus!</p>	Papier
Zz044	<p>11/01/19/TELEPOLIS- "Traditionelle Männlichkeit ist psychologisch schädlich" Florian Rötzer</p> <p>Der US-Psychologenverband APA hat Richtlinien für einen Umgang mit Jungen und Männern veröffentlicht und spricht von "Maskulinitäten", die auf Normen konstruiert werden. Der amerikanische Psychologenverband APA hat erstmals <u>Richtlinien</u> für den psychologischen Umgang mit Jungen und Männern <u>veröffentlicht</u>. Für Mädchen und Frauen gibt es solche bereits seit 2007, auch für sexuelle oder ethnische Minderheiten. Man habe 13 Jahre lang an denen für das männliche Geschlecht gearbeitet, gibt er sich allerdings selbstkritisch. Bis in die 1960er Jahre hinein sei die Psychologie die der (weißen) Männer gewesen. Die meisten Untersuchungen seien mit Männern durchgeführt worden, <u>zudem habe man geglaubt, eine "gesunde" Psychologie müsse daran ausgerichtet sein, dass sich Männer und Frauen mit ihren gegensätzlichen Rollenbildern identifizieren.</u> Die "Psychologie des Mannes" werde noch kaum gelehrt, obgleich sie mit "komplexen und unterschiedlichen wirtschaftlichen, biologischen, entwicklungsbedingten, psychologischen und soziokulturellen Faktoren" assoziiert sei. Männer hätten allgemein wegen ihres Geschlechts Vorteile und größere Macht, aber es gebe auch viele</p>	Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>negative Folgen. Sie würden unverhältnismäßig harter Disziplin unterworfen, scheitern häufiger an der Universitätsausbildung, haben mehr psychische Probleme (vollendeter Suizid), mehr körperliche Probleme (Herz-Kreislauf) oder andere Probleme wie Gewalt, Gefängnis, Drogen, früher Tod oder Beziehungsprobleme. Aus psychologischer Sicht kommt dazu auch noch, dass Männer oft nicht Hilfe suchen, wenn sie das brauchen, und es viele Hürden gibt, geschlechtsspezifische Behandlung anzunehmen.</p>	
Zz045	<p>11/01/19/TELEPOLIS- "Kinderzuschlag und das Bildungs- und Teilhabepaket- bleiben Bürokratie-Monster" Manuel Schumann Katja Dörner, Vize-Vorsitzende der Grünen im Bundestag, über Kinderarmut, die Kindergrundsicherung und das Starke-Familien-Gesetz Fast jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Die Vize-Vorsitzende der Grünen im Bundestag, Katja Dörner, erklärt, warum sie Franziska Giffey's Gesetze für schlecht gemacht hält - und weshalb die Grünen seit langem eine Kindergrundsicherung fordern. Zudem spricht sie über die Debatte um Robert Habecks Twitter-Abschied. Das Gespräch wurde geführt, bevor die Absicht der SPD, eine Grundsicherung einführen zu wollen, bekannt wurde. Frau Dörner, werfen Sie der schwarz-roten Koalition noch immer vor, sie nehme das Problem der Kinderarmut nicht ernst? Katja Dörner: Wenn es gezielt um die Bekämpfung von Kinderarmut geht, macht die Bundesregierung viel zu wenig. Bestes Beispiel ist Ministerin Giffey's neues Vorhaben (das sogenannte Starke-Familien-Gesetz, Anm. d. Red.). Es gibt kleine Verbesserungen, aber der Kinderzuschlag und das Bildungs- und Teilhabepaket bleiben Bürokratie-Monster, von denen viel zu viele Kinder und Jugendliche weiterhin gar nicht profitieren - und deshalb in versteckter Armut leben werden. ...</p>	Papier
Zz046	<p>11/01/19/TELEPOLIS- Die Nächte werden immer länger Wolfgang Pomrehn Weshalb es auf der dunklen Seite des Mondes nicht immer dunkel ist und weshalb hier unten die Nächte immer länger werden. Chinas neuestes Raumfahrtunternehmen zeigt nicht nur, wie weit man in der Volksrepublik technologisch inzwischen ist, sondern beleuchtet auch einen interessanten, dem Laien wenig bewussten Aspekt des Erde-Mond-Systems. Wie berichtet, ist die nach einer Mondgöttin benannte Sonde <i>Chang'e-4</i> am 3. Januar (nach Beijinger Zeit) auf der Rückseite des Mondes gelandet. Am gestrigen Freitag meldete die in Hongkong erscheinende <i>South China Morning Post</i>, dass alles planmäßig laufe und die Übertragung der Daten begonnen habe. Neben chinesischen Wissenschaftler sind unter anderem auch ihre schwedischen, US-amerikanischen und deutschen Kollegen gespannt, was ihre mitgeschickten Apparate messen und beobachten werden. Doch was hat es mit dieser Rückseite des Mondes eigentlich auf sich, die stets der Erde abgekehrt und daher niemals von dieser einsehbar ist? Weshalb muss die Kommunikation der Sonde mit der Bodenstation, wie in der verlinkten ersten Meldung beschrieben, sozusagen um die Ecke über einen Relais-Satelliten erfolgen?</p>	Papier
Zz047	<p>12/01/19/TELEPOLIS-Den staatlichen Rundfunk hässlich gerechnet Ralf Hutter Eine Replik auf den "Kommentar" von Viktor Heese <i>siehe: Zz008</i> Vor ein paar Tagen hat Telepolis einen Kommentar veröffentlicht, in dem dem staatlichen Rundfunk vorgeworfen wird, viel zu hohe Lohnkosten zu haben. Dass der Text mit älteren Zahlen schon mal weitgehend identisch im Mai 2017 woanders erschienen ist, spricht nicht automatisch gegen ihn oder für eine Schmutzkampagne. Der Inhalt hingegen schon, vor allem in der ersten Version. Da spricht Viktor Heese sogar von der "Abschaffung" des Rundfunkbeitrags und wünscht "die grundlegende Politikwende" (was auch immer das sein soll) und eine "Mitsprache über die Politikinhalt der ARD", also eine direkte politische Steuerung herbei. Dem Artikel sind einige Tage nach Erscheinen einige Erläuterungen, "Update" genannt, hinzugefügt worden, weil es viel Kritik gegeben haben soll. "Es war nicht die Absicht des Verfassers, irgendwelche Neiddebatten oder politische Diskussionen zu entfesseln", steht da, was ich als Lüge betrachte. In der ersten Version steht schließlich sogar: "Die Zahlungsverweigerungen der GEZ-Gebühren sind erst der Anfang, dem bald 'Neid-Debatten' um die Gehälter folgen könnten." Heese will sich offensichtlich nicht ernsthaft mit Vorteilen und Stärken der deutschen Öffentlich-Rechtlichen auseinandersetzen,</p>	Papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	sondern mit undifferenziertem Kampagnenjournalismus ihre Grundlagen angreifen.	
Zz048	<p data-bbox="288 259 526 293">12/01/19/jungeWelt-</p> <p data-bbox="643 259 1018 293">Großen Bruder düpiert</p> <p data-bbox="288 300 1353 360">Ostseepipeline »Nord Stream 2«: Verschärfter Konflikt zwischen Bundesregierung und US-Administration Von Jörg Kronauer</p> <p data-bbox="288 367 1449 589">Im Streit um die Ostseepipeline »Nord Stream 2« bezieht Außenminister Heiko Maas offen Position gegen die Vereinigten Staaten. »Fragen der europäischen Energiepolitik müssen in Europa entschieden werden, nicht in den USA«, erklärte Maas am Donnerstag abend. Hintergrund sind die anhaltenden US-Drohungen, Sanktionen gegen Unternehmen zu verhängen, die in den Bau der Pipeline involviert sind. Dies treffe nicht zuletzt die beiden deutschen Energiekonzerne Uniper (ehemals Eon) und Wintershall. Sanktionen seien im Falle der Erdgasleitung »nicht der richtige Weg«, bekräftigte Maas beim Neujahrsempfang des Ostausschusses und Osteuropavereins der Deutschen Wirtschaft in Berlin.</p>	Papier
Zz049	<p data-bbox="288 611 526 645">12/01/19/7,8MB/dlf-</p> <p data-bbox="603 611 804 645">Nachrichten</p> <p data-bbox="288 651 943 685">>US-Trumps Streit um, wer bezahlt die Mauer zu Mexico</p> <p data-bbox="288 692 1369 752">>18jährige. aus Saudi-Arabien geflohene erhält, mit Hilfe des UN-Hilfswerks, Asyl in Kanada, Frauenrechte Verteidigen.</p> <p data-bbox="288 759 1114 792">>AfD-Parteitag in Riesa. Gegner der Partei haben Proteste angekündigt.</p> <p data-bbox="288 799 1449 936">>vor der Klausur des CDU-Bundesvorstands gibt es Forderungen nach einem schärferen Wirtschaftspolitischen Profil. Steiger fordert (in der Funke-Medien-Gruppe) die früheren Vorschläge von März aufzugreifen. nach 5Jahren Groko wirken diese wie ein Befreiungsschlag meint <i>auch Strobel</i>, außerdem in der Migrations- und Sicherheitspolitik stärker Position zu beziehen. CDU-März stellte ein 7-Punkte Programm vor in dem er ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik fordert.</p> <p data-bbox="288 943 938 976">>Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte weiter gesunken.</p> <p data-bbox="288 983 1433 1097">>Berlin die Linke unterstützt Volksbegehren von Mietern zur Enteignung privater Wohnungseigentümer. Linke Schubert sehe Chancen auf Erfolg über GG Art. 15. ...und die zu große Marktmacht! „Deutsche Wohnen & CO enteignen“. SPD Müller : ..mal wolle „tausende“ Wohnungen kaufen.</p> <p data-bbox="288 1104 1358 1164">>CSU Söder beklagt eine Veränderung in der Diskussionskultur in BRD. ...das Ignorieren von Fakten...</p> <p data-bbox="288 1171 1437 1205">>der aus Ägypten abgeschobene Deutsche wird auch in BRD als Islamist IS-Unterstützer verdächtigt.</p> <p data-bbox="288 1211 1417 1272">>Burkina Faso, Überfall auf ein Dorf. ..es komme vermehrt zu Überfällen von Dihadisten deshalb Notstand ausgerufen.</p> <p data-bbox="288 1279 1385 1339">>Mazedonien Parlament stimmt Staats-Namensänderung zu, jetzt Republick-Nord-Mazedonien. Ermöglicht dadurch Aufnahme in die EU und NATO! ...na, was'n Glück!</p>	08:07
Zz050	<p data-bbox="288 1386 596 1420">13/01/19/swr2-wissen-aula</p> <p data-bbox="624 1386 1078 1420">Querdenker der Aufklärung</p> <p data-bbox="288 1426 1342 1460">(2/2) Leben und Werk von Jean-Jacques Rousseau Von Sabine Appel <i>mit Manuskript</i></p> <p data-bbox="288 1467 807 1500">Was Jean-Jacques Rousseau uns zu sagen hat.</p> <p data-bbox="288 1507 1437 1592">1742 hatte sich Rousseau in Paris niedergelassen. Er nahm allerdings Abstand von den intellektuellen vorrevolutionären Zirkeln und ihrem Denkklima. Gerade deren zynische Wortakrobatik war für den Puristen und Authentizitätsfanatiker ein Gegenmodell seiner Vorstellungen.</p> <p data-bbox="288 1599 1449 1704">Als er sich 1751 entschied, künftig als freier und unabhängiger Mann vom Notenabschreiben zu leben, dokumentierte er diesen Wandel auch äußerlich: Alles Gold, allen Glitter tat er von sich, so schreibt er, sodann auch die weißen Seidenstrümpfe, den Degen, die Puderperücke - und seine Uhr.</p> <p data-bbox="288 1711 1461 1771">Es war Ausdruck eines Bruchs mit der Zivilisation, vor allem aber mit der Hof- und Gesellschaftskultur von Paris.</p>	28:54
	Zz051_frei	
Zz053	<p data-bbox="288 1845 624 1879">13/01/19/64MB/WDR5-dok5</p> <p data-bbox="707 1845 994 1879">Lärm in der Tiefe</p> <p data-bbox="288 1886 836 1919">Wie Unterwasser-Krach die Meere kaputt macht</p> <p data-bbox="288 1926 1437 2040">Walgesänge, sanftes Blubbern, große Stille. So stellen wir uns den Klang der Unterwasserwelt vor. In Wahrheit wird es in den Meeren immer lauter: Schiffsmotoren, Sonare, Echolote, Bohrinseln und Bagger machen permanent Lärm. Was macht das mit den Meeresbewohnern? / Von Brigitte Kramer / Redaktion: Leslie Rosin / BR 2018 / www.radiofeature.wdr.de</p>	53:37

Tr.	DB_046	Aufn.
Zz054	<p data-bbox="288 208 869 241">14/01/19/ g-f-p- "Rebellen" (II)</p> <p data-bbox="288 241 1461 629">BERLIN/IDLIB (Eigener Bericht) - Ein Al Qaida-Ableger hat faktisch die Kontrolle über die gesamte nordsyrische Region Idlib übernommen - dank auch deutschen Drucks auf die Regierung in Damaskus und deren russischen Verbündeten. Die Bundesrepublik und die anderen westlichen Mächte hatten im Spätsommer teils sogar mit Angriffen gedroht, um Syrien und Russland von der militärischen Niederwerfung der Jihadisten abzuhalten. Ziel war es, der syrischen Regierung die Kontrolle über ganz Syrien zu verweigern. Schon damals hatte in der Region Idlib Hayat Tahrir al Sham (HTS) dominiert, eine Jihadistenmiliz, die per Umbenennung aus dem Al Qaida-Ableger Jabhat al Nusra entstanden war. Beobachter warnten vor der Entstehung eines "Al Qaida-Emirats". Die Bundesregierung, die die brutale Kriegführung gegen den IS in Mossul und Raqqa stets gebilligt und unterstützt hat, gab vor, lediglich eine humanitäre Katastrophe verhindern zu wollen. Die Jihadisten, die damals öffentlich stets als ehrbare "Rebellen" verteidigt wurden, haben die Monate seither genutzt, um sich gesellschaftlich tiefer zu verankern.</p> <p data-bbox="288 667 683 701">Das nächste Jihadistenregime</p>	papier
Zz055	<p data-bbox="288 745 983 808">14/01/19/ dlf- Frankreich startet Bürger-Debatte Emmanuel Macrons letzte Chance</p> <p data-bbox="288 808 1436 909">Ganz Frankreich habe eine Antwort seines Präsidenten auf die Forderungen der Gelbwesten erwartet, meint Jürgen König. In seinem „Brief an die Franzosen“ fordere Macron zwar zur nationalen Debatte auf, doch fände sich nichts zu den Anliegen der Demonstranten – ein großer Fehler.</p> <p data-bbox="288 920 496 954">Von Jürgen König</p> <p data-bbox="288 976 1449 1070">Mit seinem „Brief an die Franzosen“, mit der ganzen „großen nationalen Debatte“, geht Emmanuel Macron ein enormes Risiko ein. Scheitert dieser Versuch, mit den Bürgern seines Landes ins Gespräch zu kommen, geht die letzte Chance dahin, seine Präsidentschaft noch zu retten.</p> <p data-bbox="288 1111 826 1144">Macron gibt sich bürgernah als Landesvater</p> <p data-bbox="288 1155 1457 1413">Macron stellt in dem Brief vor allem Fragen, sie sollen die Grundlage für jene Debatten sein, die Regional- und Landespolitiker in den nächsten Wochen in Rathäusern, Festsälen, Bahnhöfen, auch auf Wochenmärkten mit den Bürgern führen sollen, auch die Regierung und der Präsident werden sich auf den Weg machen. Erkennbar ist der Wille des Briefschreibers Macron, einen neuen Stil zu finden: Hatte er sich bisher als „jupitergleichen“ Präsidenten definiert, formuliert er jetzt im Tonfall eines besorgten Landesvaters in einfachen, klaren Sätzen. Wie machen wir unser Steuersystem gerechter und das staatliche Handeln effizienter? Müssen wir die Zahl der Abgeordneten generell verringern? Brauchen wir mehr Volksentscheide?</p> <p data-bbox="288 1435 1457 1592">Und Macron gibt sich bürgernah, fragt etwa: Wie können wir den ökologischen Wandel so gestalten, dass jeder Einzelne auch wirklich die Möglichkeit hat, seine alte Heizung, sein altes Auto zu ersetzen? Bei alledem bleibt Macron sich und seinem Reformkurs treu und wirbt um Verständnis dafür. Ein Staat könne nun einmal nur so viel ausgeben, wie er auch einnimmt. Die Proteste werden weitergehen</p> <p data-bbox="288 1615 1449 1715">So weit, so gut. Gerichtet ist der Brief an alle Franzosen, doch insbesondere dürften jene gemeint sein, die seit Wochen Kreisverkehre und Straßen blockieren. Dabei werden die „Gelben Westen“ direkt nie erwähnt; auch zu ihren zentralen Themen findet sich nichts in dem Brief – ein großer Fehler.</p> <p data-bbox="288 1749 1461 1939">Ganz Frankreich hatte erwartet, der Präsident werde eine Antwort geben auf die Forderungen der Demonstranten mit gelber Weste: auf die Fragen, wie der Präsident etwa der anhaltend zurückgehenden Kaufkraft von Niedrigverdienern entgegenwirken will, wie die Wohnungsmisere behoben, den vielen Obdachlosen geholfen werden könnte – zu alledem: nichts. Die Dialogbereitschaft nicht nur der radikalen Gelbwesten dürfte nach diesem Brief keine besonders große sein, die Proteste werden weitergehen, die Forderung nach Macrons Rücktritt wird für viele weiterhin die wichtigste sein.</p> <p data-bbox="288 1973 635 2007">Die Chancen stehen schlecht</p> <p data-bbox="288 2029 1461 2051">Auch deshalb stehen die Chancen für einen ernstzunehmenden, landesweit geführten Bürgerdialog über</p>	

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>die Zukunft des Landes eher schlecht. Ihn zu organisieren und auszuwerten wird schwer genug sein; 70 Prozent der Franzosen glauben schon jetzt nicht an den Erfolg des Projekts; Oppositionspolitiker wie Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon wittern ihre Chance, bei Neuwahlen selber in den Elysée-Palast einzuziehen – von ihnen wird nichts Konstruktives zu erwarten sein. Viel wird davon abhängen, ob Präsident Macron zu jener Kraft der öffentlichen Rede zurückfindet, die ihm im Wahlkampf so große Sympathien einbrachte. Es könnte seine letzte Chance sein.</p>	
Zz056	<p>15/01/19/3,9MB/dlf- 09:30- Nachrichten</p> <ul style="list-style-type: none"> >Österreichischer Vorschlag zum Brexit. >BRD Sicherheitspersonal streikt an Flughäfen. >Polen/Danzig nach Messerangriff auf Bürgermeister Demo gegen politischen Hass! >Afghanistan/Kabul bei Anschlag vermutlich mehr als 110 Verletzte. >Schneebehinderungen weitgehend beseitigt. 	04:04
Zz057	<p>15/01/19/11,3MB/dlf- Bettler-Mafia</p> <p>>Die Bettel-Mafia Shiva trifft die Bettel-Mafia In Indien sitzen besonders viele Kinder am Straßenrand, vor sich eine Blechbüchse, daneben ein frommes Bild. Wer ihnen ein Almosen gibt, stimmt die Götter gnädig. Die bettelnden Kindern sind oft Opfer krimineller Organisationen, die nicht davor zurückschrecken, die Kinder zu verstümmeln, damit sie hilfsbedürftiger wirken.</p> <p>Am Mikrofon: Benedikt Schulz</p>	11:43
Zz058	<p>15/01/19/9,9MB/dlf- Genmanipulation am Erbgut</p> <p>...darf man Menschen genetisch manipulieren? 2 genetisch veränderte,optimierte, Kinder in China geboren. Glaubensgemeinden bedienen sich des „Dammbrucharguments“. Mit Crisp-cas9 durch geführt, Ziel Resistens gegen HIV erzeugen. Kritische Stimmen und Protest. Auch eine der Entwicklerinnen warnte vor der Anwendung beim Menschen. Das Tabu ist überholt meint Prof. Jochen Traupe an der Akademie Leopoldina, ...die hinreichende Genauigkeit! Dazu Bedford Strohm.</p>	10:19
Zz059	<p>15/01/19/23,5MB/dlf-tag-fuer-tag Genmanipulation am Erbgut</p> <p>>Zwei Babys, viele Fragen Der chinesische Forscher He Jiankui hat vor einigen Wochen zwei Babys präsentiert, die resistent sein sollen gegen Aids. Er habe ihr Erbgut mithilfe der Genchirurgie verändert, sagt er. Dafür erntete er Zweifel und Kritik. Doch auch deutsche Forscher sagen: Die bisherige rote Linie – kein Eingriff in die Keimbahn – ist nicht zu halten. Von Peter Kreysler</p>	
	Zz060_frei	

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Im Schatten der Netzwelt – The Cleaners link von Andrea download?</p> <p>16.01.2019 01:25:15 Verfügbar bis 23.01.2019 WDR Von Hans Block, Moritz Riesewieck</p> <p>28.08.2018 21:50 Uhr Im Schatten der Netzwelt - The Cleaners Dokumentarfilm Deutschland 2018 arte</p> <p>Soziale Medien beeinflussen das Weltgeschehen. Pro Minute entstehen 500 Stunden Videomaterial auf YouTube, 450.000 neue Tweets auf Twitter, 2,5 Millionen Posts auf Facebook. Doch wer entscheidet, was die Welt zu sehen bekommt? Auf den Philippinen arbeiten Zehntausende Content-Moderatoren, die Unmengen an Bildern sichten. Sie entfernen unerwünschtes Material, fällen wichtige Entscheidungen innerhalb weniger Sekunden. Ein einziger Fehler kann verheerend sein. Ihre Arbeit wirft Fragen von Zensur auf, denn die Kriterien ihrer Löschprozesse sind unbekannt, und sie dürfen nicht darüber sprechen.</p> <p>Es gibt eine gigantische Schattenindustrie digitaler Zensur in Manila, dem weltweit größten Standort für Content-Moderation. Dort löschen Zehntausende Menschen im Auftrag der großen Silicon-Valley-Konzerne belastende Fotos und Videos auf Facebook, YouTube, Twitter & Co.</p> <p>Komplexe Entscheidungen über Zensur oder Sichtbarkeit von Inhalten werden an die Content-Moderatoren abgegeben. Die Kriterien und Vorgaben, nach denen sie arbeiten, sind eines der am besten geschützten Geheimnisse des Silicon Valley. Die Dauerbelastung dieser traumatisierenden Arbeit verändert die Wahrnehmung und Persönlichkeit der Content-Moderatoren, denen es verboten ist, über ihre Erfahrungen zu sprechen.</p> <p>Parallel zu den Geschichten von fünf Content-Moderatoren zeigt der Dokumentarfilm die globalen Auswirkungen der Online-Zensur und wie Fake News und Hass durch die sozialen Netzwerke verbreitet und verstärkt werden.</p> <p>Die Vision einer vernetzten globalen Internetgemeinde wird zum Alptraum, wenn hochrangige ehemalige Mitarbeiter der sozialen Netzwerke Einblicke in die Funktionsweisen und Mechanismen der Plattformen geben. Gezielte Verstärkung und Vervielfältigung jeglicher Art von Emotionen machen die Plattformen zu Brandbeschleunigern, die soziale, politische und gesellschaftliche Konflikte anheizen und die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben.</p> <p>Hans Block und Moritz Riesewieck erzählen in ihrem Debütfilm vom Platzen des utopischen Traums der sozialen Medien und stellen die drängende Frage nach den Grenzen des Einflusses von Facebook, YouTube, Twitter & Co. auf den Einzelnen und die Gesellschaft.</p>	
Zz063	<p>16/01/19/german-foreign-policy- Die Souveränität der Macht BERLIN/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Mit Drohbriefen des US-Botschafters in der Bundesrepublik an deutsche Unternehmen und mit heftigen Reaktionen aus Berlin eskaliert der deutsch-amerikanische Machtkampf um die Ostseepipeline Nord Stream 2. Dass Botschafter Richard Grenell einzelnen Konzernen wegen ihrer Beteiligung am Bau der Erdgasröhre schriftlich Strafen in Aussicht gestellt habe, sei "eine vollkommen inakzeptable Bedrohung", protestiert ein deutscher Spitzenmanager aus der Energiebranche. Außenminister Heiko Maas hat bereits in der vergangenen Woche insistiert, "Fragen der europäischen Energiepolitik" würden "in Europa entschieden ..., nicht in den USA". Washington wiederum bedroht nun auch italienische, niederländische und Schweizer Firmen wegen ihrer Beteiligung am Bau der Pipeline mit Strafen. Könnte Berlin Nord Stream 2 nicht durchsetzen, nachdem es schon das Iran-Geschäft deutsch-europäischer Unternehmen nicht retten konnte, dann hätte es seinen zweiten großen Machtkampf gegen Washington verloren: schlechte Voraussetzungen für die angestrebte deutsch-europäische Weltpolitik. ...</p>	papier
Zz064	<p>16/01/19/TELEPOLIS- Diskussion um die Gestaltung- des technologischen Fortschritts am Beispiel der Künstlichen Intelligenz. Lars Jaeger Zu den neuesten Vorschlägen der High Level Expertengruppe der EU-Kommission Es dämmert vielen Menschen immer mehr, dass zukünftig Technologien nicht nur wie in der Vergangenheit die Natur um uns herum verändern, sondern bald schon auch den Menschen selbst</p>	

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>umformen werden. Möglichkeiten einer grundlegenden Veränderung unserer Biologie, unserer Psyche und Wahrnehmung und unseres Bewusstseins zeichnen sich bereits ab. Wie wir damit umgehen und diese Möglichkeiten gestalten, bestimmt die Zukunft unseres Menschseins, sowie die unserer individuellen Freiheit.</p> <p>Das macht vielen Menschen Angst. Denn sie glauben, dass der technologische Fortschritt in all seiner Gewaltigkeit eine autonome Kraft darstellt, die einfach so wirkt, ohne dass wir irgendetwas daran ändern können. Wir sind ihren Entwicklungen unrettbar ausgesetzt. Doch sind wir tatsächlich nur passive Zuschauer und Leidtragende, über die neue Technologien einfach so hinwegrollen? Oder können wir diese nicht vielleicht selber gestalten, und dies vielleicht zum Besten unserer aller? Um die letzte Frage positiv zu beantworten, braucht es sicherlich folgendes: 1. Wissen; 2. Bereitschaft und Mut zum Engagement; 3. Klare Grundsätze und Ziele.</p> <p>Am ehesten wird noch dem Staat und seiner politischen Spitze eine Führungsrolle in dieser Frage zugesprochen. Doch in der Realität sind politische Akteure zumeist sowohl vom Inhalt als auch von der Geschwindigkeit des technologischen Wandels überfordert. Andere Teile des gesellschaftlichen Führungspersonals und der meinungsbildenden Berufe (Intellektuelle, Wissenschaftler, Kulturschaffende, Journalisten, Kirchen, Pädagogen, etc.) erweisen sich den Herausforderungen des technologischen Fortschritts gegenüber oft als nicht weniger hilflos. ...</p>	
Zz065	<p>16/01/19/TELEPOLIS- Macron bleibt stur Thomas Pany Beginn der "großen Debatte": Der französische Präsident inszeniert seine Überzeugungen; den Protest der Gelben Westen hält er auf größtmöglichen Abstand Macron ist nicht so leicht aus der Spur zu bringen. "Man muss die Menschen, die in Schwierigkeiten stecken, mehr bei ihrer Verantwortung packen, denn es gibt unter ihnen solche, die es gut machen und solche, die Mist machen", <u>sagte</u> er vor der Auftaktveranstaltung zum großen Dialog mit den Bürgern. Ein Teil der Behandlung der Armut müsse sich mit der Person auseinandersetzen, die in einer solchen Situation sei, so Macron im Off der Kameras. "Alle sind Akteure", fuhr der Präsident fort. Um ihnen zu helfen, sei es nötig, sie verantwortlich zu machen. Die Lösung liege "nicht in einer Gegenüberstellung von denjenigen, die profitieren und den anderen, die die Milchkühe sind. Das ist nicht wahr. Die Lösung liegt in einer kollektiven Arbeit, die sehr fein ist". ...</p>	
Zz066	<p>16/01/19/TELEPOLIS- Rüstungskonzerne profitieren von Migration im Ärmelkanal Mathias Monroy Der Markt für die Überwachung von Seegrenzen boomt. Zu den Gewinnern der europäischen Abschottungspolitik gehören zwei deutsche Firmen. Grenzbehörden in Frankreich beobachten Schiffsbewegungen im Ärmelkanal jetzt <u>mit deutscher Technik</u>. Zum Einsatz kommt ein Schiffsverfolgungssystem nahe der Hafenstadt Calais. Die Anlage mit dem Namen "STYRIS" stammt von der Firma Signalis und ist in einem Lagezentrum am <u>Leuchtturm des Cap Gris-Nez</u> untergebracht. Signalis ist ein Zusammenschluss der Rüstungskonzerne Airbus und ATLAS Elektronik und auf die Überwachung maritimer Grenzen spezialisiert.</p>	
Zz067	<p>17/01/19/german-foreign-policy- Va banque BERLIN/BRÜSSEL/LONDON (Eigener Bericht) - Das Scheitern des Brexit-Abkommens im britischen Parlament löst Alarmstimmung in der deutschen Wirtschaft aus. Ein unregelmäßiger Brexit müsse um jeden Preis verhindert werden, fordert der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) - denn er könnte "Zehntausende von Unternehmen und Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Deutschland" gefährden. Tatsächlich ist die Ablehnung des von Brüssel durchgesetzten Abkommens, das Großbritannien laut einem Experten des Münchner ifo-Instituts "auf den Status einer Handelskolonie" herabgestuft hätte, von Brüssel provoziert worden - wohl in der Hoffnung, damit eine Wiederholung des Referendums erzwingen zu können, wie sie etwa in Irland mehrfach praktiziert worden ist. Eine Mehrheit der britischen Bevölkerung hält eine solche Wiederholung für undemokratisch; das Ergebnis wäre laut Umfragen nicht klar. Auch Brexit-Gegner warnen, die britische Demokratie werde schwere Schäden erleiden, sollte das Ergebnis des Referendums vom 23. Juni 2016 nicht umgesetzt werden. ...</p>	
Zz068	<p>17/01/19/jungeWelt- Dauerüberwachung im Knast geplant NRW will mittels »künstlicher Intelligenz« Selbsttötungen von Gefangenen verhindern. Linkspartei fordert statt dessen mehr Fachpersonal Von Markus Bernhardt</p>	

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Obwohl die Zahl von Häftlingselbstmorden in nordrhein-westfälischen Haftanstalten rückläufig ist, plant Landesjustizminister Peter Biesenbach (CDU) eine schärfere Überwachung der Zellen. Dort sollen »intelligente Kameras« Suizide künftig verhindern. Bereits am 5. Dezember hatte der Minister im Rechtsausschuss einen Bericht vorgelegt, der den Titel »Künstliche Intelligenz (KI) in der Justiz« trägt.</p> <p>Die Überwachungssysteme könnten das Gefängnispersonal bei der engmaschigen Überwachung suizidgefährdeter Gefangener entlasten. Die Kameras würden bei Hinweisen auf Selbsttötungsabsichten – wie etwa dem Versuch, sich mit einem Handtuch zu strangulieren – Alarm auslösen. Dem Justizministerium zufolge böte die KI »auch im Bereich des Justizvollzuges neue Möglichkeiten«. »Verbunden mit der besonderen Fürsorgepflicht, die der Staat für seine Gefangenen hat«, genieße die Suizidprävention höchste Priorität, heißt es im Bericht. Vor diesem Hintergrund werde die Durchführung eines Forschungsprojektes »Ereignisgesteuerte Videoüberwachung mit automatisierter Situationseinschätzung als Instrument der Suizidverhinderung in Justizvollzugsanstalten« angestrebt, kündigte das Ministerium an. Im vergangenen Jahr hatten sich elf Menschen in Haftanstalten des Landes selbst getötet. 2017 waren es 13 Personen. ...</p>	
Zz069	<p>17/01/19/jungeWelt- Verrottetes System Die EU und der »Brexit« Von Christian Bunke Am Dienstag abend stimmten 432 Abgeordnete des britischen Unterhauses gegen den von Premierministerin Theresa May und der EU ausgehandelten »Brexit-Deal«. Noch nie ist eine Regierung auf der Insel derartig abgesoffen. Unter normalen Umständen wäre die Premierministerin rücktrittsreif. Doch die Umstände sind nicht normal. Die Abstimmungsniederlage wird vorerst nichts an der Lähmung des bürgerlichen Parlamentsbetriebes in Großbritannien ändern. Das könnte nur eine Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Labour-Partei leisten. Das ist auch die eigentlich vorgesehene Rolle für die offizielle Opposition ihrer Majestät der Königin. Doch deren Chef ist ein Jeremy Corbyn, dessen Programm einen moderaten Bruch mit dem neoliberalen Konsens der vergangenen Jahrzehnte vorsieht. Damit verknüpfen sich große Hoffnungen einer unter Preissteigerungen, Armut, Niedriglohnjobs und zunehmend schlechteren Lebensbedingungen leidenden Bevölkerung. Die britische Arbeiterbewegung könnte eine Corbyn-Regierung zu Schritten drängen, die weit über sein derzeitiges Programm hinausgehen. ...</p>	
Zz070	<p>17/01/19/TELEPOLIS- Brütende Hitze Down under gibt es auch diesen Sommer wieder extreme Temperaturen Australien erlebt gerade eine schwere Hitzewelle. Das ist für sich genommen nicht ungewöhnlich, denn auf der Südhalbkugel ist Sommer. Ungewöhnlich sind allerdings die Temperaturen. Wie der Sender SBS berichtet, sind für einige Regionen Temperaturen über 40 Grad angekündigt. Die Tagestemperaturen könnten zwölf und die Nachttemperaturen noch zehn Grad über dem für diese Jahreszeit Üblichen liegen. Die Hitzewelle soll in diesen Tagen ihren Höhepunkt erreichen und dann zunächst wieder abklingen. Für Außenbezirke von Sidney werden für Freitag Temperaturen um 45 Grad Celsius vorhergesagt. Auch im südlichen Adelaide soll das Thermometer über 40 Grad Celsius klettern. Die Behörden fordern alle Einwohner Südaustraliens auf, Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Insbesondere bei Kindern und alten Menschen besteht bei derartigen Temperaturen die Gefahr der Dehydrierung.</p>	
Zz073	<p>17/01/19/TELEPOLIS- Donald Trump als neuer Hitler: Michael Moores "Fahrenheit 11/9" Thomas Barth Rechtzeitig zur Kongresswahl brachte Michael Moore seinen Trump-Film auf die Leinwand, dessen Kinoplakate Trump "Tyrann, Lügner und Rassist" nennen. In Berlin könnte anecken, dass Trump dort mit Adolf Hitler verglichen wird. Doch vielleicht sind die Zeiten auch vorbei, wo man bei solchen Vergleichen eine Verharmlosung der Nazi-Diktatur befürchtete. Zu viele Hitlers wurden uns von den Medien inzwischen präsentiert. Neu ist allerdings, dass einer davon in Washington regieren soll. Doch dies ist nur der Höhepunkt der satirisch-unterhaltsamen bis ernsthaft-bitteren Kritik Michael Moores an Trump, seinen Republikanern und</p>	

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>dem ganzen Establishment der USA.</p> <p>In gewohnter Manier montiert Moore Trump-Bilder aus Interviews, TV-Debatten und Talkshows mit diversem Archivmaterial zusammen, um den Präsidenten als Egomane, Sexisten und Rassisten zu entlarven, nebenbei seine dubiosen Immobilien-Geschäfte, seine Beziehung zu Putin und generell seine Lächerlichkeit bloßzustellen. Dabei fällt auf, dass Moore, der in seinen Filmen meist nicht dazu neigt, sich selbst bescheiden im Hintergrund zu halten, diesmal vergleichsweise zurückhaltend auftritt.</p>	
Zz074	<p>17/01/19/TELEPOLIS- Festnahmewelle in Katalonien Ralf Streck Zwei Bürgermeister, ein Fotojournalist und 13 Aktivisten wurden von nicht identifizierbaren, maskierten Bewaffneten "entführt"</p> <p>Eine Festnahme ohne richterliche Anordnung, ohne dass sich maskierte und bewaffnete Personen zu erkennen geben, nennt Gabriel Rufián eine "Entführung". Während alle Welt auf die Brexit-Vorgänge und die Amtseinführung der andalusischen Regierung mit Hilfe der rechtsextremen VOX geschaut hat, schlug die spanische Repression in Katalonien erneut zu.</p> <p>Rufián, der katalanische Abgeordnete im spanischen Parlament, erklärte via Twitter zu den Festnahmen von zwei Bürgermeistern, eines Fotojournalisten und 13 Aktivisten: "Das sind Entführungen und wenn du schweigst, könntest du der nächste sein." In einem weiteren Tweet schrieb Rufián, seine Republikanische Linke Kataloniens (ERC) habe gefordert, dass der Innenminister sich zu den "Festnahmen/Entführungen durch die Nationalpolizei" im Parlament erklärt.</p> <p>Ähnlich sieht das auch die Bürgermeisterin von Barcelona. Obwohl Ada Colau nicht dem Unabhängigkeitslager angehört wie die Bürgermeister der linksradikalen CUP von Celrà und Verges, hat sich Colau mit Dani Cornellà und Ignasi Sabater solidarisiert: "In einer Demokratie ist es NICHT normal und darf nicht normal werden, dass Bürgermeister sogar ohne gerichtliche Anordnungen festgenommen werden." ...</p>	
Zz075	<p>17/01/19/TELEPOLIS- USA: Politische Spaltung über Trump die Mauer und den Shutdown vertieft sich Florian Rötzer In einer Umfrage liegt die jüngste demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez nur knapp hinter Trump, rechte Medien heizen die Angst vor Migranten an Ähnlich wie die Briten mit dem Schauspiel über den Brexit die politische Spaltung weiter verstärken und sich darin festfahren, scheint es auch in den USA zu sein. Der Shutdown von Teilen der Regierung über die Gelder für Trumps Mauer vertieft die schon zementierte Kluft zwischen Demokraten und Republikanern. Im Hintergrund der beiden Länder dürften nicht nur die politischen Fragen stehen, sondern auch das Wahlsystem, das besonders in den USA zu einem lähmenden Zwei-Parteien-System führt.</p> <p>Nach einer aktuellen Pew-Umfrage, die zwischen dem 9 und 14. Januar geführt wurde, herrscht derzeit die größte politische Spaltung des Landes seit 60 Jahren (davor gibt es keine Zahlen). Nach Pew sind gerade einmal 37 Prozent mit Trumps Arbeit als Präsident zufrieden. Das sagen 80 Prozent der Anhänger der Republikaner. Hier bleibt die Unterstützung weiterhin stabil. Aber 97 Prozent der Anhänger der Demokraten sind unzufrieden. In aller Regel schwankt die Zustimmung zu den amtierenden Präsidenten während der Amtszeit und geht an deren Ende nach unten. Trump bildet auch insofern eine Ausnahme, weil die Zustimmung zu ihm mit kleinen Schwankungen immer ähnlich blieb und er schon mit 39 Prozent Zustimmung, was auch die Erwartung angeht, weit tiefer seine Amtszeit als seine Vorgänger antrat, die mit über 50 Prozent, Obama sogar mit 64 Prozent Zustimmung angingen. Entsprechend wird auch zum Shutdown und der Mauer Position bezogen. Eine Mehrheit von 58 Prozent lehnt nach der Umfrage die Mauer ab, nur 40 Prozent sind dafür, was in etwa den Anteil der Trump-Anhänger ausmacht. 88 Prozent der Gegner wollen auch nicht, dass ein Gesetz gebilligt wird, in dem das Geld für die Mauer enthalten ist, während 72 Prozent der Befürworter gegen eine Beendigung des Shutdowns sind, wenn es das Geld nicht enthält. ...</p>	
Zz076	<p>17/01/19/TELEPOLIS- US-Soldaten bei Anschlag in Nordsyrien getötet- Thomas Pany</p> <p>Der IS soll für den Sprengstoffanschlag in Manbidsch verantwortlich sein. Gegner des US-Abzugs aus Syrien sehen sich bestätigt</p>	

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>"Bleiben oder gehen?" Das US-Militär hat gerade mit dem Abzug aus Syrien begonnen, wie die Medien meldeten, dann ereignet sich Tage darauf ein Anschlag im Norden des Landes, in Manbidsch (häufig: Manbij). Vier US-Amerikaner kommen dabei ums Leben und die Frage drängt sich neu auf die Nachrichten-Bildschirme.</p> <p>US-Präsident Trump sollte sich den Truppen-Abzug aus Syrien nochmal überlegen, lautet die eine Reaktion. Als Wortführer für diese Seite fungiert gerade der republikanische Senator Lindsey Graham, ein naher Vertrauter des US-Präsidenten, der kürzlich als Kritiker des Abzugs einer internationalen Öffentlichkeit bekannt wurde. Er war zunächst wenig überzeugt von Trumps Vorhaben "Raus aus Syrien", dann aßen sie zusammen und danach wusste Graham angeblich mehr über Syrien, wie er aller Welt mitteilte. Der Republikaner zeigte sich anschließend einverstanden mit dem Truppenabzug, plädierte allerdings für ein "langsames" Vorgehen. ...</p>	
Zz077	<p>17/01/19/TELEPOLIS- Verhaltenskontrolle: Messung der Aufmerksamkeit von Schülern Florian Rötzer</p> <p>In China wurden bereits EEG-Stirnbänder getestet, um den Unterricht und die Konzentration der Schüler zu optimieren - ein Schnittstelle, die trennt</p> <p>Das Internet der Dinge wird systematisch ausgelegt, um die Dinge zu vernetzen und zu steuern sowie Daten der Nutzer und Besitzer zu erheben. Das Internet der Personen ist zwar längst geknüpft, aber ist noch sehr lückenhaft, was körperliche oder physiologische Daten betrifft. Das verändern Apps, Programme und Sensoren, die von den quantifizierungssüchtigen Selbstoptimierern gerne aufgenommen werden. Bislang speisen die Menschen ihren Aufenthaltsort, ihre Bewegung, ihre Kommunikation mit Menschen, Agenten/Assistenten und Geräten, ihre Suchen, ihre Bestellungen und Transaktionen und das, was sie sich anschauen/anhören, in die Maschinen der Datensammler ein. Schon länger werden aber auch die menschlichen Körper mit Pulsuhren oder Smartwatches direkt und in Echtzeit angeschlossen, um Puls, Herzfrequenz, Körpertemperatur, Hautwiderstandm Sauerstoffsättigung, Schrittzählung, Geschwindigkeit, Schlafracking, Energieverbrauch etc. zu erfassen und das Körperliche zu quantifizieren.</p> <p>Längst lassen sich viele andere Funktionen messen, aber um den Körper in die digitale Welt mitzunehmen, ist es entscheidend, möglichst viele Funktionen dauerhaft und in Echtzeit zu messen.</p> <p>Einen nicht uninteressanten Schritt macht jetzt die US-Firma BrainCo, die ein Stirnband zur EEG-Messung mit dem Namen Focus entwickelt haben, das nur 90 Gramm wiegt und dauerhaft tragbar. Wie genau dies ist, muss offen bleiben, Studien werden von der Firma nicht vorgelegt, behauptet wird, es sei medizinisch präzise. ...</p>	
Zz078	<p>18/01/19/german-foreign-policy- Die Schlacht um Huawei (II)- BERLIN/WASHINGTON/BEIJING (Eigener Bericht) - Unter heftigem Protest der Wirtschaft bereitet die Bundesregierung den Ausschluss des chinesischen Huawei-Konzerns vom Aufbau des 5G-Netzes in Deutschland vor. Wie es in einem Medienbericht heißt, soll die Ausschreibung für 5G so formuliert werden, dass Huawei sich nicht bewerben kann. Grundlage sind Spionagevorwürfe von US-Geheimdiensten, für die bislang weltweit kein einziger Beleg vorgelegt worden ist. Die Trump-Administration sucht den US-Markt gegen den Konzern und weitere chinesische High-Tech-Unternehmen abzuschotten, um sie in den Ruin zu treiben. Von ihren Verbündeten verlangt sie, sich anzuschließen. Mitte Dezember hat eine US-Delegation im Auswärtigen Amt diesbezüglich Druck gemacht. Die Aggression soll Chinas Aufstieg stoppen. Protest kommt aus der Industrie: Huawei gilt als führend bei 5G; ein funktionierendes 5G-Netz wiederum wird zwingend benötigt, um die modernsten Zukunftstechnologien anwenden zu können. Manager warnen, ein Ausschluss von Huawei sei mit höheren Kosten und einem schmerzlichen Rückstand bei 5G verbunden. ...</p>	
Zz079	<p>18/01/19/jungeWelt- German Kapitalangst</p> <p>Der Bundesverband der Deutschen Industrie macht sich wie immer Sorgen um die Konjunktur. Wegen der Briten schaut er 2019 sogar in den »Abgrund« Von Arnold Schölzel</p> <p>Hauptfeind von Bauernlobby und Bahn sind die vier Jahreszeiten. Hauptfeind von Banken und Industrie sind Löhne, Steuern und Sozialklimbim. Grund für Trübsal und Muffensausen wegen angeblich gefährdeter Rendite ist stets ausreichend vorhanden. 2019 ist der Brexit ein schöner Anlass für Zusatzschlottern – vorgeführt bei der Pressekonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zum Jahresauftakt am Donnerstag in Berlin.</p> <p>Die wahre Regierung rechnet, erläuterte dort BDI-Präsident Dieter Kempf, für 2019 zwar mit einem Wirtschaftswachstum auf Vorjahresniveau von 1,5 Prozent – nach 2,2 Prozent 2017. Aber: »Bei</p>	

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>massiven Störungen im Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU bliebe im besten Fall noch die Eins vor dem Komma.« Und noch dramatischer: »Ein chaotischer Brexit rückt nun in gefährliche Nähe, Unternehmen schauen in diesen Wochen in den Abgrund.« Der Wirtschaft auf beiden Seiten des Ärmelkanals bleibe nichts anderes übrig, als alle Vorkehrungen für einen unregelmäßigen EU-Austritt Großbritanniens zu treffen: »Einige Firmen haben bereits angekündigt, die Produktion im Königreich ab April ruhen zu lassen.« ...</p>	
Zz080	<p>18/01/19/jungeWelt- Teure Machtpolitik- Schlechte Aussicht für deutsche Industrie Von Jörg Kronauer Ohne viel Federlesen hat BDI-Präsident Dieter Kempf die Öffentlichkeit auf eine weitere Abschwächung des deutschen Wirtschaftswachstums eingestimmt: »Die besten Zeiten sind vorbei«, sagte er am Donnerstag beim Jahresauftakt des Industriellenverbandes in Berlin. Bereits 2018 hat die Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik nicht mehr um 2,2 Prozent wie in den beiden Vorjahren zugenommen, sondern nur noch um 1,5 Prozent. Für 2019 erhofft sich der BDI wenigstens eine Stabilisierung auf diesem Niveau. Ob das allerdings erreicht werden kann, steht in den Sternen: Manche sind in ihren Schätzungen deutlich skeptischer und sagen allenfalls eine Zunahme um 1,2 Prozent voraus. Gewinnzuwächse sind nicht mehr im gewohnten Maß garantiert. ...</p>	
Zz083	<p>18/01/19/jungeWelt- Vertrauensfrage überstanden- Parlament in Griechenland steht noch hinter Ministerpräsident Tsipras. Weg frei für NATO-Anschluss Mazedoniens Von Hansgeorg Hermann Alexis Tsipras hat sich am Mittwoch abend mit der hauchdünnen Mehrheit von nur einer Stimme im griechischen Parlament als Ministerpräsident bestätigen lassen. Die Vertrauensfrage hatte er selbst gestellt, nachdem ihm zu Beginn der Woche sein Koalitionspartner abhanden gekommen war. Sein rechtskonservativer, fundamentalchristlicher Armeeminister Panagiotis Kammenos war am Dienstag zurückgetreten, weil er die von Tsipras mit dem mazedonischen Regierungschef Zoran Zaev ausgehandelte Vereinbarung zur Namensgebung des Nachbarlandes nicht mittragen will. Das Parlament soll den Vertrag in der kommenden Woche ratifizieren und damit auch den Weg für die in Europa und den USA dringend gewünschte Aufnahme Mazedoniens in die NATO freimachen, die Griechenland wegen des Namensstreits bisher blockiert hatte. ...</p>	
Zz084	<p>18/01/19/TELEPOLIS- Bayern: Arbeiter- und Bäuerinnen-Staat zu Ende Albrecht Goeschel, Markus Steinmetz Bayern-Saga: Wie man am eigenen Erfolg scheitert - Teil 2</p> <p>Nach 60 Jahren gefühlter Alleinherrschaft in Bayern muss die Christlich-Soziale Union seit der Landtagswahl 2018 in einer ungewünschten Koalition regieren. Wer hat ihr das eingebrockt oder wer hatte da genug von den älteren Herren, nachdrängenden Babypräsidenten oder bebrillten Parteibuben?</p> <p>Wenn man die Wahlanalysen liest, waren es wohl vor allem die Frauen, die diesmal ihre Stimmzettel anders als noch vor vier Jahren ausgefüllt haben. 2013 haben die bayerischen Frauen mit 50 Prozent noch deutlicher als die Männer "C" gewählt. 2017 waren es dann auf einmal nur noch 38 Prozent.¹ Dabei ist die CSU eigentlich traditionell eine Partei der Frauen und mittlerweile vor allem der Rentnerinnen. Die älteren Frauen stellen aber auch in Bayern, dank längerer Lebenserwartung, einen größeren Bevölkerungsanteil als die Männer. Wenn sie dann der herrschenden Altpartei die Zustimmung entziehen, schlägt das ordentlich ins Wahlkontor.</p> <p>Spannend wird das ganze, wenn man sich das Profil der Bayernbevölkerung in den Jahren ansieht, in denen die CSU ihre Dauerherrschaft begründet hat: Die Fünfziger Jahre. Diese waren der Wirtschaftszyklus mit dem höchsten Wirtschaftswachstum in ganz Westdeutschland.² ...</p>	
Zz085	<p>18/01/19/TELEPOLIS- Hyperschallwaffen erzwingen Wettrüsten der autonomen Systeme Florian Rötzer Angeblich erfolgreicher Test des bodengestützten Aegis-Raketenabwehrsystems mit dem Abschuss einer SM-3-Rakete von der Pacific Missile Range Facility (PMRF) in Kauai, Hawaii, mit der eine ballistische Mittelstreckenrakete getroffen und zerstört wurde. Bild: MDA.mil</p> <p>Mit der Verkürzung der Reaktionszeiten auf wenige Minuten wächst die weltweite Kriegsgefahr wie im</p>	

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Kalten Krieg mit den mobilen Mittelstreckenraketen in Europa</p> <p>Es wird gefährlich und eigentlich Zeit für eine neue Friedensbewegung. Mit den Hyperschalldrohnen und -raketen, die Russland, China und die USA entwickeln und die wahrscheinlich bald einsatzfähig sind, geht es wieder einmal um die Geschwindigkeit in der militärischen Logik (Sputnik-Schock bei Hyperschallraketen?). Die vorhandenen Raketenabwehrsysteme sind nicht in der Lage, manövrierbare Hyperschallwaffen, die mit nuklearen Sprengköpfen ausgestattet werden können, abzuschießen, zumal wenn mehrere gleichzeitig Ziele angreifen. Und dann ist da auch noch das Zeitfenster, das auf jeden Fall Menschen ausschließt und die Entscheidung von autonomen Systemen erzwingt. ...</p>	
Zz086	<p>18/01/19/47MB/DLF- Madarejúwas Entscheidung Feat</p> <p>Indianer im Regenwald <i>mit Manuskript+Textvariante</i> (Teil 1/4, 2/4, 4/4 am 25.01.2019) holen!!!!!!</p> <p>Madarejúwa Tenharim, ein junger Indianerkrieger aus dem brasilianischen Amazonasgebiet, steht vor der Entscheidung seines Lebens. Soll er weiter der jahrtausendealten Tradition seines Volkes folgen, also nomadisch im Wald nach Tieren jagen, Nüsse und Früchte sammeln? Oder ist es besser, in die Stadt zu ziehen, eine Schulausbildung abzuschließen, einen Job zu ergreifen und in die Welt der Weißen einzutreten?</p> <p>Das Volk der Tenharim zählt ungefähr 900 Menschen, sie leben im südwestlichen Amazonaswald. Ihr Reservat hat etwa die Größe von Schleswig-Holstein. Es ist ein riesiges Stück tropischer Regenwald, der von Flüssen durchzogen und hier und da von Sumpflandschaften unterbrochen ist. Die Tenharim bewahren sich bis heute eine ursprüngliche Lebensweise, ein großer Teil von ihnen zieht mehrere Monate pro Jahr nomadisch durch das Stammesgebiet. Sie jagen Tiere, sammeln Nüsse und Früchte. Doch die Idylle täuscht. Längst wird das Reservat von Holzfällern und Goldsuchern eingekreist. Landspekulanten und Agrarunternehmer wollen den Wald durch Weiden und Ackerland ersetzen. Gewaltsame Zusammenstöße nehmen zu. Nach aller Erfahrung wird dort, wo die Tenharim leben, in zwanzig Jahren kein Baum mehr stehen. Madarejúwa Tenharim, 23 Jahre alt, ist ein junger Krieger seines Volkes, und er steht vor der Entscheidung seines Lebens. Soll er versuchen, sein Land zu verteidigen? Oder soll er aufgeben, in die Stadt ziehen, eine Schulbildung abschließen und einen Job suchen? Beides ist schwierig. Den illegalen Holzfällern wäre mit Pfeil und Bogen kaum beizukommen, und Proteste oder Anzeigen bei den Behörden haben bisher wenig gebracht. In der Stadt sind Indigene wie er auch nicht willkommen. Sie gelten als Wilde mit Pfeil und Bogen, als Mörder und sogar als Menschenfresser, denen nicht zu trauen ist.</p> <p>In diesem Feature erzählt Madarejúwa seine eigene Geschichte, und er erklärt, wie er sich entscheiden wird.</p> <p>Thomas Fischermann hat das Volk der Tenharim über vier Jahre hinweg besucht. Er nahm an ihrem Leben teil, begleitete den Krieger Madarejúwa zu Expeditionen in die Tiefen des Stammesgebiets und wurde als erster Weißer zu den Heiligen Stätten des Volkes geführt.</p> <p>Anfang 2018 erschien ein gemeinsames Buch der beiden: „Der letzte Herr des Waldes: Ein Indianerkrieger aus dem Amazonas erzählt von der Zerstörung seiner Heimat und den Geistern des Waldes“ (erschienen bei C.H.Beck), seither haben sie ihre Gespräche.</p>	49:44
Zz087-1	<p>18/01/19/37MB/dlf- Nachrichten 05:00 +Co</p> <p>>Bundestag Abstimmung Abänderung des Asylrechts, zur Einstufung von Georgien, Algerien Tunesien, Marokko als sichere Herkunftsstaaten. Abschiebungen sollen dadurch beschleunigt werden.</p> <p>>AfD Spendenzahlungen aus der Schweiz.</p> <p>>Italien 2Wahlversprechen „auf den Weg“ gebracht. Grundsicherung von 780€. Rentenreform.</p> <p>>BRD + China wollen den Marktzugang für Banken und Versicherungen verbessern. <i>SPD Scholz und BuBankPräs. Weidmann mit dabei.</i></p> <p>>VW-Abgasbetrug USA Anklage gegen 4Führende AUDI Mitarbeiter. Vorwurf fast 10 Jahre andauernden Verschwörung. Gezielte Manipulation von Emissionstests.</p> <p>Informationen am Morgen</p>	04:27
Zz087-2	<p>>USA -shut down Haushaltsstreit (Demokraten-Republikaner) viele Behörden geschlossen. Dazu Thorsten Teichmann.</p> <p>>US-Trump will an Reagens Star-Wars anknüpfen, hat neue Pläne vorgestellt. Tilo Kössler hat die Details. ...Entwicklung der Hyperschall-Raketen zur Abwehr von Russland +China Iran und Nord-Korea. Abwehrsysteme im Weltall. Auch mit Angriffspotential! Trump fordert EU-Unterstützung</p>	16:49

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>besonders von BRD die geforderte 4%. Die US-Kündigung des INF-Vertrag mit Russland? BRD H. Maas trifft S. Lawrow in Moskau, betrifft gegenseitige Schuldzuweisung. BRD hat eine 60 tägige Frist ausgerufen. Zum Hintergrund Thielko Grieß.</p> <p>>Zum Brexit Präm.Min. May und den „No-Deal Brexit“. Jörg Müncheberg.</p> <p>>“Grüne Woche“ in Berlin dazu Dieter Nürnbergger ...die größte „Fressmeile“ der Welt. Das Tierwohl-Lable. Standart diseser Zertifikate? Die Intensivierte Landwirtschaft. Zu hohe Pestizid und Düngemittel Einsätze. Negative Auswirkungen der Agrarindustrie immer mehr sichtbar, z.B. das Insektensterben. CDU-Landw.Min. J. Klöckner und die Digitalisierung der Landwirtschaft.</p>	
	Zz088_frei	
Zz089	<p>18/01/19/40MB/ dlf die Deutsche Bahn</p> <p>>die Missstände der Deutsche Bahn seit der Privatisierung dazu Martin Zagatta mit K-P. Naumann von Fahrgastorganisation Pro-Bahn</p>	05:16
	Zz090_frei	
	Zz091_frei	
Zz092	<p>21/01/19/german-foreign-policy Five Eyes sehr sehr wichtig!</p> <p>BERLIN/WASHINGTON/BEIJING (Eigener Bericht) - In den Auseinandersetzungen um einen Boykott des chinesischen Konzerns Huawei zieht die Bundesregierung das Einschwenken auf eine Kampagne des Geheimdienstpakts "Five Eyes" in Betracht. Dies geht aus Medienberichten in Kanada und Australien hervor. Demnach ist die Boykottkampagne im Juli von Geheimdienstchefs der fünf englischsprachigen Five Eyes-Länder unter Führung der USA gestartet worden. Sie diente nicht nur dazu, die zunächst aus wirtschaftlichen Gründen widerstrebenden Regierungen der Five Eyes-Mitglieder Großbritannien und Kanada in Sachen Huawei-Boykott unter Druck zu setzen, sondern auch dazu, den Druck unter anderem auf Deutschland und Japan zu erhöhen. Experten in Australien spekulieren, Berlin könne für eine Teilnahme an dem Boykott die Aufnahme in die Five Eyes erhalten, die der BND seit vielen Jahren anstrebt. Zugleich heißt es in Berlin, man müsse 5G von Konzernen aus der EU errichten lassen, um "die eigene Technologie-Kompetenz zu erhalten". Deutsche Manager fürchten einen unaufholbaren Rückstand gegenüber China und laufen Sturm.</p> <p>Ein US-geführter Geheimdienstpakt</p> <p>Die aktuelle Kampagne gegen Huawei ist laut Recherchen australischer und US-amerikanischer Journalisten auf einem Treffen der Geheimdienstchefs der "Five Eyes" Mitte Juli in Kanada gestartet worden. Bei den Five Eyes handelt es sich um einen Verbund von Geheimdiensten, der letztlich aus gemeinsamen Aktivitäten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Ihm gehören neben den beiden Gründern auch Kanada, Australien und Neuseeland an.</p> <p>Erste Schläge gegen Huawei</p> <p>.....Geheimdienstzugriff gesichert Der Zugriff fremder Geheimdienste auf das deutsche 5G-Netz wäre allerdings womöglich gerade bei einer solchen Lösung gesichert. Die Five Eyes haben im September klargestellt, dass sie von Kommunikationsanbietern "Hintertüren" verlangen, über die sie Zugriff auf die Kommunikation erhalten - genau das also, was sie Huawei vorwerfen. In einem Statement, das die australische Regierung damals online publizierte, inzwischen aber aus dem Netz entfernt hat, heißt es explizit, man ziehe zur Durchsetzung solcher "Hintertüren" auch "technische, gesetzgeberische, Zwangs- oder andere Maßnahmen" in Betracht.[17] Dem könnten sich auf Dauer wohl nur Unternehmen entziehen, die an den 5G-Netzen der Five Eyes nicht beteiligt sind - Huawei zum Beispiel.</p>	papier
Zz093	<p>22/01/19/42MB/DLF-Featcher Das Tal der Gefallenen Spanien und seine franquistische Vergangenheit Von Barbara Eisenmann</p> <p>Die Verbrechen der spanischen Franco-Diktatur sind bis heute ungesühnt, die Täter straffrei wegen des Amnestiegesetzes von 1977. Doch inzwischen wird in Spanien über den Umgang mit der faschistischen Vergangenheit heftig gestritten.</p>	43:53

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Monumentales Symbol des Franquismus ist das „Tal der Gefallenen“ mit dem Grabmal des Diktators, 58 km nordwestlich von Madrid. Francisco Francos Mausoleum ist nach wie vor ein Pilgerort der spanischen Rechten. Über 33.000 Tote, ca. 12.000 von ihnen unidentifizierte Republikaner, liegen in der Krypta der Basilika mit der Inschrift: „Gefallen für Gott und Spanien. 1936 – 1939“.</p> <p>In der gegenwärtigen Auseinandersetzung geht es u.a. um die Revision des Amnestiegesetzes, die Reparationsfrage und um die Exhumierung der in Massengräbern überall im Land verscharrten Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur. Vergeblich kämpfen Angehörige der Opfer bis heute darum. Jetzt haben Regierung und Parlament beschlossen, wenigstens die Gebeine des Diktators umzubetten.</p>	
Zz094	<p>22/01/19/german-foreign-policy-- Der Vertrag von Aachen <i>sehr sehr wichtig!</i> (Eigener Bericht) - Übershattet von Protesten gegen die französische Regierung steht an diesem Dienstag die Unterzeichnung des deutsch-französischen "Vertrages von Aachen" bevor. Das Abkommen, das offiziell als ergänzende "Aktualisierung" des Élysée-Vertrags aus dem Jahr 1963 bezeichnet wird, sieht unter anderem eine Ausweitung der bilateralen Zusammenarbeit bei der Militarisierung Europas vor. So sollen "gemeinsame Verteidigungsprogramme" erstellt und auf eine "gemeinsame Kultur" der Streitkräfte beider Länder hingearbeitet werden. Hinzu kommt eine bilaterale Beistandsverpflichtung, die auch jenseits von NATO und EU gilt. Zudem sagt Paris zu, Berlin beim Kampf um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu unterstützen. Frankreich wiederum willigt in eine punktuelle Schwächung seiner traditionellen Zentralstaatlichkeit ein. Parallel fordern Experten eine breite deutsch-französische PR für eine offensivere Militärpolitik - TV-Auftritte der Verteidigungsminister inklusive. Unterdessen versagt Berlin Paris weiterhin jedes echte Zugeständnis in Sachen Austeritätspolitik. Militarisierungspläne</p>	papier
Zz095	<p>23/01/19/ german-foreign-policy-Das Erfolgsbarometer der EU <i>sehr sehr wichtig!</i> BERLIN/BRÜSSEL/TRIPOLIS (Eigener Bericht) - In einem flammenden Appell fordert die UN-Flüchtlingsagentur eine Wende in der EU-Flüchtlingsabwehr auf dem Mittelmeer. Es könne nicht angehen, dass es für Politiker "das einzige Erfolgsbarometer" sei, die Anzahl der in die EU gelangenden Flüchtlinge zu reduzieren, "wenn Menschen an Europas Türschwelle ertrinken", heißt es in einer Stellungnahme des UNHCR. Man müsse die desolate Situation auf dem Mittelmeer "als humanitäre Angelegenheit" behandeln und nicht als Anlass, "um politische Punktgewinne zu erzielen". Der UNHCR protestiert insbesondere dagegen, dass Zehntausende Flüchtlinge zurück nach Libyen gebracht werden, wo sie in Lagern dahinvegetieren müssen, in denen misshandelt und gefoltert wird. Die Situation in den Folterlagern hat im Dezember ein Bericht der UNO umfassend dokumentiert. Vertreter der Bundesregierung und der EU haben eingeräumt, über die Situation in den Lagern vollauf im Bilde zu sein. Dennoch setzt die Union ihre Unterstützung für die libysche Küstenwache fort, die Flüchtlinge in die Lager verschleppt. "Mit wachsender Sorge"</p>	papier
Zz096	<p>23/01/19/ TELEPOLIS-Afghanischer Wahlzirkus Emran Feroz Der Amtsinhaber, sein ehemaliger Sicherheitsberater und einige Warlords - ein großer Kritikpunkt bei den aktuellen Wahlkampagnen ist der Mangel an Frauen, die kaum präsent sind In Afghanistan überschlagen sich die politischen Entwicklungen in diesen Tagen. Während am Montag allein in der Provinz Wardak nahe Kabul über 100 Soldaten der afghanischen Armee bei einem Taliban-Anschlag getötet wurden, ist die Polit-Elite des Landes anderweitig beschäftigt. 2019 finden nämlich Präsidentschaftswahlen am Hindukusch statt. So ist es zumindest vorgesehen. Vor einigen Tagen wurden die Wahlen, die eigentlich auf März ausgelegt waren, verschoben. Sie sollen nun im Juli stattfanden. Die wichtigsten Kandidaten haben sich bereits in der vergangenen Woche aufstellen lassen. Neue Gesichter lassen sich kaum unter ihnen finden. Das Team des Präsidenten Ashraf Ghani</p>	papier
Zz097	<p>23/01/19/ TELEPOLIS- Hineingetrieben in die Entfremdung Karl Kollmann Städte verändern die Menschen, die sie bewohnen. Und die bekommen das gar nicht mit. Georg</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Simmel hat es in seinem kleinen Essay: Die Großstädte und das Geistesleben bereits 1903 eindrucksvoll beschrieben. Großstädte - das ist eine Entwicklung der Industrialisierung, des verdichteten Handels, des Verkehrs und vor allem der Geldwirtschaft; dazu der Bildung, der Wissenschaften, auch der Medizin, einschließlich des Spitalwesens, sowie der Staatsverwaltung. Hier verhungert man nicht, da es Arbeitsplätze gibt und ein breites Feld an kriminellen Möglichkeiten.</p> <p>Das Wachstum dieser Großstädte ging schnell vor sich, in eineinhalb Jahrhunderten explodierten die Einwohnerzahlen in europäischen Städten auf das rund Siebenfache. Der erwähnte Georg Simmel hat nun den Existenzmodus dargestellt, wie er in der Großstadt, anders als auf dem Land oder in der Kleinstadt, funktioniert. Die kontinuierliche und enorme Reizüberflutung, etwa wenn einer sich am Gehsteig unter lauter Fremden bewegt, führt zur Reserviertheit in der Haltung all diesen Eindrücken gegenüber. Die Stadt macht zwar frei, da man selbst Fremder bleibt und mehr oder weniger tun und lassen kann, was man will, andererseits führt das jedoch zu einer abwehrenden, gelangweilten Blasiertheit.</p> <p>Dazu kommt, dass die Fülle der Entwicklungen der materiellen Kultur (heute würde man dazu Zivilisation sagen), welche gerade in der Großstadt immerfort präsent sind, die jedoch der Einzelne überhaupt nicht mehr überblicken, geschweige denn kennen kann, zu einer Atomisierung der Person in dieser Kultur führt. Die Menschen sind nicht mehr Herren der Wirklichkeit, der Geschichte, die sie eigentlich - mit der Entlassung aus Unmündigkeit und der starren Gegebenheiten der Vergangenheit - hätten werden können.</p>	
Zz098	<p>23/01/19/ TELEPOLIS- Putschversuch in Venezuela Harald Neuber</p> <p>Der Chef des Oppositionsparlaments erklärt sich zum "amtierenden Präsidenten". US-Regierung gab grünes Licht für die Aktion. Maduro bricht Beziehungen zu Washington ab.</p> <p>In Venezuela hat sich Parlamentschef Juan Guaidó während Protesten von Oppositionellen und Regierungsanhängern zum "amtierenden Präsidenten" des südamerikanischen Landes ausgerufen. "Ich schwöre, die Regierungsgewalt als amtierender Präsident von Venezuela zu übernehmen, um die Usurpation zu beenden", sagte der 35-jährige Politiker der rechtspopulistischen Partei Volkswille (Voluntad Popular). Er wolle eine Übergangsregierung einsetzen und Neuwahlen anberaumen, fügte er bei einer Demonstration gegen Präsident Nicolás Maduro an.</p> <p>Guaidó war Anfang des Jahres zum Präsidenten der oppositionell dominierten Nationalversammlung gewählt worden. Das Parlament hat angesichts einer parallel tagenden, regierungstreuen Verfassungsgebenden Versammlung kaum mehr Einfluss.</p> <p>"Heute erkenne ich den Präsidenten der venezolanischen Nationalversammlung, Juan Guaidó, offiziell als Interimspräsidenten Venezuelas an", heißt es in einem Statement von US-Präsident Donald Trump. Die Nationalversammlung als "einzige legitime Regierungsinstitution" habe Nicolás Maduros Präsidentschaft für unrechtmäßig erklärt, so dass das Amt des Präsidenten vakant sei. Das venezolanische Volk habe sich mutig gegen Maduro und sein Regime ausgesprochen und Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gefordert. "Ich werde weiterhin das volle Gewicht der wirtschaftlichen und diplomatischen Macht der Vereinigten Staaten nutzen, um auf die Wiederherstellung der venezolanischen Demokratie zu drängen", so Trump. Anerkannt wurde Guaidó bislang auch von den Rechtsregierungen in Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Chile sowie von Kanada und der Organisation Amerikanischer Staaten.</p>	papier
Zz099	<p>23/01/19/ TELEPOLIS-Syrien: Erdogan braucht die Lizenz aus Moskau- Thomas Pany</p> <p>Beim Treffen zwischen dem türkischen Präsidenten und Putin geht es auch um die Einrichtung einer von Ankara gewünschten Pufferzone in Syrien. Es wäre die Erlaubnis zum Krieg gegen die YPG Was wird aus Idlib und was wird aus dem kurdischen Rojava-Projekt in Nordsyrien? Der türkische Präsident Erdogan ist am heutigen Dienstag nach Moskau geflogen, um mit seinem russischen Amtskollegen Putin über eine "politische Lösung der verheerenden Krise in Syrien" zu sprechen, wie aus Ankara berichtet wird. Die zwei <i>strong men</i> halten in Syrien wichtige Strippen in der Hand.</p> <p>Putin steht der syrischen Regierung als Verbündeter um einiges näher als Erdogan, der mit islamistischen Milizen verbunden ist, die allesamt Assad-Gegner sind. Genau deswegen ist der syrische Präsident - jedenfalls bis zu einem gewissen Grad - auf die Kooperation der Türkei angewiesen, um</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>seinem Ziel, der Wiedererlangung der Regierungskontrolle über ganz Syrien näherzukommen. Verhandlungen zwischen Kurden und Damaskus ...</p>	
Zz100	<p>23/01/19/ TELEPOLIS- Verräterische Freunde <u>Florian Rötzer</u> Wissenschaftler sagen, ein Profil einer Person aus deren Kontakten in einem Sozialen Netzwerk ableiten zu können Es liegt auf der Hand, dass sich Rückschlüsse auf die Persönlichkeit eines Menschen machen lassen, wenn man dessen Freundinnen und Freunde kennt. Wer sich auf den Sozialen Netzwerken herumtreibt, vernetzt sich in der Regel mit seinen Freunden. Australische und amerikanische Wissenschaftler haben versucht, aus dem persönlichen Netzwerk von Twitter-Usern deren Aktivitäten und Interessen vorherzusagen. Angeblich reichen 8-9 Kontakte eines Menschen, um das mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent machen zu können, ohne zuvor etwas von diesem selbst zu wissen.</p> <p>Wissenschaftler und Behörden haben schon längst den Datenschatz erkannt, den die Sozialen Netzwerke auch ihnen übergeben. Da lässt sich dann die Ausbreitung von Epidemien ebenso wie von Memen oder Fake News nachvollziehen, Gerüchte oder Protestwellen lassen sich nachvollziehen, aber auch Netzwerke und eben Verhaltens- und Persönlichkeitsmerkmale des Einzelnen. Allerdings, so schreiben die Wissenschaftler in ihrer Studie, die in Nature Human Behaviour erschienen ist, sei die Quantifizierung des Informationsflusses schwierig. Die Komplexität der natürlichen Sprache sei ein Hindernis, aber auch die Quantifizierung und Objektivierung von Information. Die Verbindung des Inhalts von Kommunikation mit der genauen zeitlichen Aktivität, könne aber soziale Verbindungen besser erkennen lassen. Normalerweise würden die Menschen auch denken, dass sie auf Sozialen Netzwerken nur Informationen über sich preisgeben. Das sei aber falsch, sagt James Bagrow, einer der Autoren: "Das liegt nicht in der Hand einer Person: Sie geben auch Informationen über ihre Freunde preis." In den Kontakten spiegeln sich die Kommunikationspartner. Man könnte auch wie Lacan sagen: "Das Ich ist ein Anderer."</p>	papier
Zz103	<p>24/01/19/DLF- Nachrichten -11:04- >Venezuela Putschversuch von Juan Guaidó der sich zum Präsidenten erklärt hat. Die US-Regierung und „viele“ lat.amerik. Staaten haben sich hinter Guaidó gestellt. Die EU sicherte dem venezulan. Parlament ihre Unterstützung zu. >BRD-Einigung im Tarifstreit mit dem Flugsicherheitspersonal >CSU-Verk.Min Scheuer fordert sachliche Debatte über die Grenzwerte Feinstaub und Stickoxyde. Zurückhaltung mit Fahrverboten! SPD- Lauterbach, es gibt keine Studien die an den Gefahren zweifeln. >Kiew Janukowitsch in Abwesenheit wegen Hochverrats verurteilt. Beihilfe zur Anektion der Krim. >Israel ein israel. Jugendlicher muss sich vor Gericht, wegen des gewaltsamen Todes, einer Palästinenserin verantworten. >Wetter</p>	03:36
Zz104	<p>24/01/19/DLF- Nachrichten >OPEL wird seine Produktion in Rüsselsheim fast um die Hälfte zurückfahren. >CSU-Min. Scheuer verlangt neue Debatte über Grenzwerte Feinstaub und Stickoxyde. (wie Zz103) >Städte und Gemeindebund fordert stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus. >Chef-Unterhändler der EU für die Brexit-Gespräche Barnie skeptisch über die Verschiebung des Austritts. Schließt den „Back-Stopp“ (Nord-Irland-Grenze) aus. FDP-Lambsdorf für Anerkennung von Guaidó ..EU sollte dem Beispiel der US-Regierung folgen. >Wetter</p>	03:53
Zz105	<p>24/01/19/german-foreign-policy- Proteste im Sudan sehr sehr wichtig! BERLIN/KHARTUM (Eigener Bericht) - Ungeachtet der blutigen Niederschlagung der Massenproteste im Sudan setzt die Bundesregierung ihre Unterstützung für die dortige Regierung fort. Die Proteste, die bereits am 19. Dezember begonnen hatten, hatten sich zunächst gegen eine</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>dramatische Erhöhung der Lebensmittel- und Treibstoffpreise gerichtet. Inzwischen fordern die Demonstranten längst auch den Rücktritt der Regierung, die für ihre brutale Repression berüchtigt ist. Hatten die westlichen Mächte, auch Deutschland, die Regierung von Omar al Bashir beinahe zwei Jahrzehnte lang erbittert bekämpft, weil Al Bashir außenpolitischen Forderungen nicht entsprach, so haben sie vor einigen Jahren einen radikalen Kurswechsel eingeleitet und begonnen, eng mit Khartum zusammenzuarbeiten: Washington nutzt die Kenntnisse des sudanesischen Geheimdiensts NISS für seinen Krieg gegen Jihadisten in der Sahara und im Sahel; Berlin arbeitet mit Khartum bei der Flüchtlingsabwehr zusammen. Sudanesische Oppositionelle berichten, die Bundesrepublik sei "der größte Unterstützer Sudans" in der EU.</p> <p>Gegen die Repression Die Massenproteste im Sudan hatten am 19. Dezember begonnen und binnen kürzester Zeit nicht nur die Hauptstadt Khartum, sondern praktisch alle bedeutenderen Städte des Landes erreicht. Auslöser war zunächst eine Verdreifachung des Brotpreises, die zahlreiche Demonstranten auf die Straße trieb. Rasch richteten sich die Proteste nicht nur gegen weitere Preiserhöhungen, sondern auch gegen die Regierung von Präsident Omar al Bashir, die für ihre Repression berüchtigt ist. Schon nach wenigen Tagen berichteten Menschenrechtsorganisationen, die Repressionsapparate hätten bei ihren Bestrebungen, die Proteste mit aller Gewalt niederzuschlagen, bereits mindestens 37 Menschen getötet. Seitdem halten sowohl die Massendemonstrationen als auch die Repression unvermindert an.</p> <p>Der erste Kurswechsel Der Bundesregierung</p>	
Zz106	<p>24/01/19/jungeWelt- Die rote Gefahr Friedensverhandlungen zwischen linker Rebellenbewegung und Duterte gescheitert: Präsident macht Jagd auf Progressive Von Thomas Berger</p> <p>Rodrigo Duterte hatte zu Beginn seiner Präsidentschaft noch Hoffnungen auf einen baldigen Friedensschluss mit der von der maoistisch orientierten Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) angeführten linken Rebellenbewegung Nationale Demokratische Front (NDFP) und ihrem bewaffneten Arm NPA. 2017 aber wurden die eingeleiteten Gespräche abgebrochen. Seither sind CPP/NDFP/NPA für den Präsidenten wieder »Terroristen«, denen nur mit Gewalt begegnet werden könne, und eine verstärkte Jagd auf »Rote« setzte ein. Die Regierung wirft der CPP vor, an Universitäten Studenten für den Guerillakampf zu rekrutieren, und will so linke studentische Kreise ins Visier nehmen. Doch damit nicht genug. Inzwischen werden immer mehr progressive, nicht einmal linke Verbände von der Duterte-Regierung als »kommunistisch unterlaufen« gebrandmarkt.</p> <p>In der zweiten Januarwoche wurde öffentlich, dass der kritische Lehrerverband Alliance of Concerned Teachers (ACT) von der Geheimdienstabteilung der Polizei beobachtet wird. Diese hatte an alle Schulen einen Fragebogen verschickt, in dem vermerkt werden sollte, welche Lehrer ACT-Mitglieder sind oder mit dem Verband in Verbindung stehen.</p>	papier
Zz107	<p>24/01/19/jungeWelt- Ein Funken Hoffnung- Ende Dezember entschied ein Gericht über die Neuverhandlung von Berufungsanträgen Mumia Abu-Jamals. Jetzt sind bisher unbekannte Akten zum Fall des ehemaligen Black-Panther-Aktivisten aufgetaucht Von Dave Lindorff</p> <p>Die überraschende Anordnung eines Oberrichters am Court of Common Pleas, dem Staatsgericht Philadelphias, vom 27. Dezember 2018 bietet Mumia Abu-Jamal im Jahr 2019 eine neue Chance, seine 1982 erfolgte Verurteilung wegen des angeblichen Mordes an dem weißen Polizisten Daniel Faulkner anzufechten. Der Richter Leon Tucker erteilte mit seiner Entscheidung dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania den Auftrag, erneut vier nach dem »Post Conviction Relief Act« (PCRA) erfolgte Berufungsanhörungen sowie Anträge für weitere Anhörungen zu verhandeln. Diese hatte das höchste Gericht des Bundesstaates im Laufe einiger Jahre unter fragwürdigen Umständen abgewiesen. Das PCRA-Gesetz bietet rechtskräftig Verurteilten das Recht auf Wiederaufnahme ihres Verfahrens.</p> <p>Der weltbekannte Gefangene, Journalist und ehemalige Black-Panther-Aktivist Mumia Abu-Jamal sitzt seit mehr als 37 Jahren im Gefängnis, davon 29 Jahre in der Einzelhaft eines Todestrakts. Das gegen ihn verhängte Todesurteil war im Dezember 2001 von Bundesrichter William Yohn aus verfassungsrechtlichen Gründen aufgehoben worden.¹ Aufgrund von eingelegten Berufungen der Bezirksstaatsanwaltschaft von Philadelphia erlangte Yohns Beschluss jedoch keine Rechtskraft, und so blieb Abu-Jamal zunächst im Todestrakt, bis alle Rechtsmittel der Anklagebehörde ein volles</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Jahrzehnt später ausgeschöpft waren. Erst 2011 wurde das Todesurteil durch ein Bundesberufungsgericht rechtskräftig als verfassungswidrig aufgehoben und in lebenslange Haft umgewandelt. ...</p> <p>Befangener Richter...</p> <p>Neue Aktenfunde Inmitten der neuen, durch Tuckers Entscheidung veränderten Situation teilte die Bezirksstaatsanwaltschaft von Philadelphia dem Richter nun am 3. Januar 2019 mit, in einem abgeschlossenen Lagerraum des Gebäudes der Anklagebehörde seien sechs Archivkartons mit Aktenmaterial zum Fall Abu-Jamal aufgefunden worden. ...</p>	
Zz108	<p>24/01/19/jungeWelt- Israel fordert Iran heraus Militärinstitut in Tel Aviv empfiehlt Vorbereitung auf einen Dreifrontenkrieg – in Syrien, im Libanon und im Gazastreifen Von Knut Mellenthin</p> <p>Die meisten Medien Israels befinden sich seit drei Tagen im Siegesrausch. In der Nacht vom Sonntag zum Montag hatte die israelische Luftwaffe mehrere Ziele in Syrien angegriffen, bei denen es sich zum Teil um Militäranlagen der iranischen Revolutionsgarden gehandelt haben soll. Die Presse berichtet, dass »Iran in Israels Falle getappt« sei, und schwärmt von einem »Knockout-Sieg über den Iran«, den der neue Stabschef Aviv Kochavi errungen habe. Diese Darstellung wäre sogar dann maßlos übertrieben, wenn die Angaben der Militärsprecher stimmen würden, dass Waffen- und Munitionslager, ein Ausbildungszentrum und eine Geheimdienstanlage der Iraner zerstört worden seien.</p> <p>Der Ablauf der Ereignisse stellt sich nach den bisherigen Angaben der israelischen Streitkräfte so dar: Am Sonntag habe es gegen Mittag, also bei Tageslicht, einen »erfolgreichen« Luftangriff auf ein Ziel in Syrien gegeben. Normalerweise operiert die israelische Luftwaffe nur nachts oder in den ganz frühen Morgenstunden. Etwa eine Stunde später sei aus der Gegend von Damaskus eine einzelne Rakete in Richtung der von Israel seit 1967 besetzten Golanhöhen abgeschossen, aber vom Luftabwehrsystem »Eiserne Kuppel« zerstört worden. ...</p>	papier
Zz109	<p>24/01/19/jungeWelt- USA putschen in Venezuela Oppositionspolitiker erklärt sich zu »Übergangspräsident« und wird von Trump anerkannt. Maduro will nicht weichen.</p> <p>Update 23.1., 23:30 Uhr: Venezuelas Opposition putscht. Parlamentspräsident Juan Guaidó von der ultrarechten Partei »Volkswille« (VP, Voluntad Popular) erklärte sich selbst bei einer Kundgebung zum »Beauftragten Staatspräsidenten« des südamerikanischen Landes. Mit erhobenem rechten Arm schwor er »vor dem Allmächtigen Herrgott und Venezuela«, die Befugnisse der Regierung zu übernehmen. Nur wenig später teilte US-Präsident Donald Trump per Twitter mit, dass er Guaidó als rechtmäßigen Staatsherrn Venezuelas anerkannt habe. Chile, Paraguay, Brasilien, Peru, Kolumbien und Kanada folgten diesem Schritt. Auch der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Luis Almagro, schickte dem Oppositionspolitiker seine Glückwünsche. Dagegen teilte die Regierung Mexikos mit, dass sie weiter Maduro als Staatsherrn Venezuelas anerkenne. Auch Boliviens Präsident Evo Morales solidarisierte sich mit seinem venezolanischen Amtskollegen.</p> <p>In Madrid verweigerte Spaniens Außenminister Josep Borrell eine sofortige Bewertung der Ereignisse in Venezuela und verwies darauf, dass sich die Europäische Union schnell auf eine gemeinsame Haltung einigen müsse.</p>	papier
Zz110	<p>24/01/19/TELEPOLIS- Was soll eine VS-Beobachtung der AfD bringen? Peter Nowak "Eine Partei unter Beobachtung" titelte die Zeit, meinte allerdings nicht die AfD sondern die Linke. Der Artikel stammt von 2012. Es scheint, in der aktuellen Debatte etwas in Vergessenheit geraten zu sein, dass die AfD nun wahrlich nicht die erste Partei ist, für die der Verfassungsschutz sich besonders interessiert. Das Beispiel der Linken zeigt auch deutlich, dass die Überwachung einer Partei kein Hinderungsgrund ist, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Noch immer werden einige Untergliederungen der Linken vom Verfassungsschutz beobachtet.</p> <p>Daher ist die Aufregung wenig zu verstehen, die allein die Ankündigung, Teile der AfD zum Prüffall zu machen, in der Partei und bei ihren Gegnern ausgelöst hat. Da wird in der Wochenzeitung Kontext</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>noch einmal ausführlich referiert, was der Verfassungsschutz über verschiedene AfD-Politiker zusammengetragen hat. Nur hat gerade Kontext immer wieder sehr gründlich nach den Rechten gesehen und dabei juristische Probleme in Kauf nehmen müssen. Zeitungen wie Kontext brauchen doch wahrlich nicht den Verfassungsschutz, um über die Rechten informiert zu sein. ...</p>	
Zz111	<p>25/01/19/g-f-p- Umsturzversuch in Caracas CARACAS/BERLIN (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung unterstützt den venezolanischen Umstürzler Juan Guaidó und fordert wenige Tage nach der Amtseinführung von Präsident Nicolás Maduro Neuwahlen in Venezuela. Guaidó hatte erklärt, Maduro nicht anzuerkennen, und sich am Mittwoch selbst zum Präsidenten ausgerufen. Führende deutsche Außenpolitiker vor allem aus der CDU drängen Berlin, noch einen Schritt weiterzugehen und Guaidó als Präsidenten anzuerkennen. Dies haben die Vereinigten Staaten und eine Reihe rechtsgerichteter Regierungen Lateinamerikas, darunter die vom Militär kontrollierte Regierung Brasiliens, bereits getan. Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik, zum Teil auch die Bundesregierung selbst haben in der Vergangenheit regelmäßig die den alten, wohlhabenden venezolanischen Eliten entstammende Opposition in dem Land unterstützt. Vor allem die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) hat dabei auch Organisationen gefördert, die an Putschversuchen beteiligt waren. Deren Vertreter fanden sich mehrere Male zu politischen Gesprächen im Auswärtigen Amt und im Bundeskanzleramt ein.</p> <p>Rückendeckung aus Berlin ...</p>	papier
Zz112	<p>25/01/19/28MB/ NDR-I Streitkräfte+Strategien</p> <ul style="list-style-type: none"> >Erweiterung der US-Raketenabwehr – Weichenstellung für Rüstungswettlauf? >Kostenexplosion und Korruptionsvorwürfe – Gorch Fock vor dem Aus? >Personalprobleme – Marine will ausgeschiedene Soldaten rekrutieren >Afghanistan-Abzugsdiskussion – Künftig private Sicherheitsdienstleister statt Soldaten? 	28:00
Zz113	<p>25/01/19/ swr2wissen Der Kunde ist Kind sehr sehr wichtig! Wie Werbung die Kleinsten lockt <i>mit Manuskript</i> von Anja Schrum Als Konsumenten von Morgen sind die Kleinen längst im Visier der Marketingstrategen. Wie funktionieren die Werbe-Strategien genau - und wie kann man Kinder davor schützen? Kinder sind heute mehr denn je auch Konsumenten. Bewusst oder unbewusst beeinflussen sie in den meisten Familienhaushalten viele Kaufentscheidungen, beobachtet Tobias Effertz, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Hamburg. Etwa wenn es um den Kauf des Familienautos oder um die Buchung des Familienurlaubs ginge. Vielleicht klappe das nicht immer, so Effertz, aber: „Es klappt zumindest so häufig, dass sich ein Werben um die Kinder und ein Kinder-Marketing auf die Kinder gerichtet lohnt.“ Allein im Lebensmittelbereich liegt der Werbe-Etat von Unternehmen in Deutschland bei etwas mehr als drei Milliarden Euro, schätzt Wirtschaftswissenschaftler Effertz. Mehr als die Hälfte des Geldes werde gezielt für Werbung an Kinder und Jugendliche ausgegeben. „Die junge Zielgruppe ist eben die, die sich prägen lässt, die sich konditionieren lässt, die eben für diese Produkte auch noch empfänglich und gewinnbar ist“, sagt Effertz. Viele Unternehmen versuchen deshalb, Kinder möglichst früh an die eigene Marke zu binden. Denn Kinder sind loyale Kunden. Wenn sie sich einmal für eine bestimmte Marke entscheiden, bleiben sie ihr als Konsument in der Regel lange Zeit treu. Werbung für Kinder funktioniert anders als für Erwachsene Kleinkinder können nicht lesen. Also setzen Marketing-Experten auf Figuren, die Kinder kennen und mit denen sie positive Gefühle verbinden. Comic-Figuren etwa oder die sprechenden Tiere aus ihren Lieblingsserien. Erwachsene lassen sich beim Shopping davon kaum beeindrucken. Aber auf Kinder wirken Joghurtbecher mit Micky Mouse oder Chipstüten mit dem Pommbär besonders anziehend.</p> <p>OT 32 Schmiedel: Man muss den Eltern die Möglichkeit geben, zu protestieren auch. Und das tun wir durch Pinkstinks, durch unsere Plattform, wir haben 100.000 Abonnentinnen in unseren verschiedenen Social Media-Accounts, die gemeinsam shitstormen, die gemeinsam laut werden, die unsere Blogbeiträge weiterleiten, weil sie glauben, hier läuft irgendwas schief.</p>	27:24

Tr.	DB_046	Aufn.
	Zz114_frei	
	Zz115_frei	
Zz116	<p>27/01/19/ndr ARD- Befehlsempfänger Gottes Feat Über evangelikalen Einfluss in Kirche und Politik Von Michael Weisfeld</p> <p>Sie versuchen ihre teilweise christlich fundamentalistischen Vorstellungen in Politik und Kirche durchzusetzen. Mit der Bibel kämpfen sie gegen die "Ehe für alle", verlangen Enthaltensamkeit vor der Ehe und Treue sowieso. Ihr Verhältnis zur Amtskirche ist ambivalent, sie kritisieren die "Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)", arbeiten aber auch mit ihr zusammen. Ihren Glauben leben sie teils innerhalb, teils außerhalb der EKD in Freikirchen. Politisch stehen viele Evangelikale den Rechtspopulisten nahe - etwa der Arbeitsgemeinschaft "Christen in der AfD". Die bemüht sich um Einfluss in Kirchen und Parlamenten, und einige AfD-Christen sitzen inzwischen im Deutschen Bundestag. Lautstark vertreten sie evangelikale Positionen, oft kombiniert mit antimuslimischer Rhetorik. Aber auch Bundestagsabgeordnete der CDU bekennen sich zur evangelikalen Bewegung. Wie mächtig ist diese heute? ab ca 12:00 Die Evangelikalen Olaf Laske der Radikale beruft sich auf das 1. Gebot: ... keine Götter neben mir!</p> <p>Die Strömung der „Idealen“ gegen gleichgeschlechtliche Ehe, sexuellerziehung Genderwahn, auch Bundestagsmitglieder Politiker der CDU/CSU u.a. Kauder. Auch bei der AfD. Vergleich mit den Evangelikalen in den USA. Stuttgart: Petition der „Politically incorrect“ eine extrem islamfeindliche Internetseite unterstützt durch die „Initiative Familienschutz“ mit dabei Beatrix von Storch. „Demo für alle“. 26:50 der „Schulterschluss“ zwischen evangelikalen Christentum und konservativer Politik hat sich weltweit als schlagkräftig erwiesen. Zuletzt in Brasilien auch in Mexiko, Kolumbien und Peru. Guatemala wird heute von einem Evangelikalen regiert. Auch US-Trump wäre ohne die Evangelikalen nicht Präsident geworden US-Pence und US-Pompey mit dabei. 30:57 ein Rückblick die „Evangelikalen (Pietisten): weder einzig noch artig“ 31:53 dem CSU-Söder seine „verordnete Kreuzpflicht“ hat bei den Evangelikalen große Freude ausgelöst. Volker Münz AfD.</p>	52:52
Zz117	<p>27/01/19/51MB/BR2- Wie aus Liebe emotionale Gewalt wird ZFG „Ich habe Angst vor meiner Ex“</p> <p>– ein Protokoll Von: Jan Drees Markus ist von Tinka fasziniert. Die Beziehung mit ihr: Ein Wahnsinn! Doch immer häufiger flippt Tinka aus, macht ihn runter. Aber Markus schafft es nicht sich zu lösen. Protokoll einer fatalen Liebe.</p> <p>„Es begann 2018 in der Nacht vor Ostern. Ich lernte Tinka auf einer Party kennen: eine schillernde Frau – groß, brünett, lustig. Sie trug an dem Abend ein umwerfendes Kleid. Wir hatten Spaß. Wir tanzten. Und obwohl Tinka in dieser Nacht auch mit einem verheirateten Familienvater rumknutschte, nahm sie mich mit nach Hause und ließ die anderen Männer stehen. Wir landeten sofort im Bett. Der Sex war toll. Es fühlte sich richtig an. Meine Ex und ich waren noch nicht lange getrennt. Ich fühlte mich zu der Zeit niedergeschlagen - bis Tinka kam und mein Leben zu einem besseren Ort machte. Das dachte ich damals wirklich, ohne zu ahnen, dass mir die schlimmsten Monate meines Lebens bevorstanden.“</p> <p>Zum Zeitpunkt dieser vermeintlichen Liebesgeschichte, die sich mehr und mehr in einen emotionalen Missbrauch verwandeln wird, ist Markus, der Mann, der hier erzählt, Mitte Dreißig und Tinka* zwei Jahre älter. Er ist Freiberufler. Sein Geschäft läuft schlecht. Markus hat Schulden. Tinka ist Anwältin. Sie will bald eine eigene Kanzlei eröffnen. Markus erinnert sich:</p>	52:54
Zz118	<p>28/01/19/5MB/DLF-das-Kalenderblatt- Feuerzangenbowle super Grusel</p>	05:12
Zz119	<p>28/01/19/3,3MB/DLF- Nachrichten</p> <ul style="list-style-type: none"> >Grenzwerte von Feinstaub und Stickoxyde >Versorgungsnotstand im Pflegedienst >immer weniger Studenten und Schüler bekommen BAFÖG. Regioerung will Reform anstreben. >Venezuela Guaido hat zu neuen Protesten gegen Präs. Maduro aufgerufen. Guaido: das Militär müsse sich auf die Seite des Volkes stellen. Proteste um dem EU-Ultimatum an Maduro Nachdruck zu verleihen. mehrere EU-Staaten darunter BRD haben Maduro eine Frist bis zum 3. Feb 2019 gesetzt um Neuwahlen auszurufen, andernfalls wollen auch sie Guaido anerkennen. 	03:28

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>>Arab.-Staaten/Bahrain lebenslange Haftstrafe gegen den schiitischen Oppositionsführer Ali Salman bestätigt, Spionage.</p> <p>>Philippinen, Anschlag auf katholische Kirche, der IS reklamierte den Anschlag für sich.</p>	
Zz120	<p>german-foreign-policy- Die Weltenherrscher-28_01_19.odt <i>sehr sehr wichtig!</i></p> <p>BERLIN/CARACAS (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung fordert ultimativ Neuwahlen in Venezuela und will am kommenden Wochenende einen Umstürzler als "Interimspräsidenten" des Landes anerkennen. Dies hat eine Regierungssprecherin am Samstag via Twitter mitgeteilt. Der beispiellose Schritt, mit dem sich Berlin eine Entscheidungsgewalt über Oberhäupter fremder Staaten anmaßt, ist gemeinsam mit der ehemaligen Kolonialmacht über das heutige Venezuela, Spanien, erfolgt. Er zielt darauf ab, die Opposition im Land an die Macht zu bringen, die von dessen reichen, weißen Eliten getragen wird und in den Jahren, als sie das Land beherrschte, stets loyal zu den transatlantischen Mächten war. Der aktuelle Umsturzversuch ist der jüngste in einer langen Reihe früherer Staatsstreich-Bestrebungen, deren Protagonisten sich oft auf die Förderung durch deutsche Stellen verlassen konnten. Der Umstürzler Juan Guaidó sucht das Ultimatum der Bundesregierung zu nutzen, um Militärs zu einem ergänzenden Putsch zu veranlassen. Für die westlichen Mächte geht es auch darum, im globalen Machtkampf gegen Russland und China die Reihen zu schließen.</p> <p>Nach Kolonialherrenart</p>	papier
	Zz121_frei	
	Zz122_frei	
Zz123	<p>28/01/19/TELEPOLIS- Afghanistan: Das Ende des US-Militäreinsatzes Thomas Pany</p> <p>Die USA und die Taliban haben laut Medienberichten große Fortschritte bei einer Vereinbarung erzielt, die den Abzug aller US-Truppen und ihrer internationalen Verbündeten regelt.</p> <p>Die USA sind dabei, sich aus einem Schlamassel und einer Mördergrube herauszuziehen, die sie vor 40 Jahren selbst angelegt haben. 1979 begannen die USA damit, dschihadistische Guerillakämpfer in Afghanistan, "Mudschahedin", mit reichlich Waffen und Geld zu versorgen, um es der Sowjetunion im Kalten Krieg im strategischen wichtigen Land so schwer wie möglich zu machen. Manche sprechen deutlicher davon, dass die Taktik der USA unter Präsident Carter darin bestand, die russische Armee, die ein halbes Jahr später in Afghanistan einmarschierte, <u>in die Falle laufen zu lassen</u>.</p> <p>Die Bewaffnung der Guerilla-Einheiten hat die Verhältnisse in Afghanistan und in Pakistan seit 1979 stark verändert. Das Aufkommen von al-Qaida und der Taliban ist Teil dieser Entwicklung. Kurz nach den Anschlägen am 11. September 2001 sind die USA an der Spitze einer Koalition in Afghanistan einmarschiert mit dem Ziel, die Verantwortlichen, die Planer des Anschlags von al-Qaida und deren Gastgeber, die Taliban, zur Rechenschaft zu ziehen, zu bestrafen und dafür zu sorgen, dass von Afghanistan aus nie wieder solcher Terror ausgehen kann. <i>siehe dazu den Threat-Report</i></p> <p>Am Wochenende hieß es, dass die Zeichen für einen Rückzug der USA aus Afghanistan gut stehen. "Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Taliban sind nach sechs Tagen einer der bislang ernsthaftesten afghanischen Friedensverhandlungen dabei, eine Vereinbarung abzuschließen", <u>meldete</u> die New York Times.</p>	papier
	Zz124_frei	
Zz125	<p>28/01/19/TELEPOLIS- Ausgebeutet und überzüchtet</p> <p>Wie viel ist uns ein Schweineleben wert?</p> <p><u>Susanne Aigner</u></p> <p>Eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht und eine Studie über Landwirtschaft und Feinstaub: Es gibt viele Gründe, um Bedingungen in der Schweinehaltung zu verbessern</p> <p>In Deutschland verstößt die konventionelle Schweinehaltung gegen Tierschutzgesetz und Verfassung. Zu diesem Schluss gelangten zwei Hamburger Rechtsanwälte in einem <u>Rechtsgutachten von April 2017</u>, nachdem sie entsprechendes Filmmaterial und Fotos von Greenpeace gesichtet hatten.</p> <p>Darauf zu sehen waren Schweine, die auf engstem Raum zusammengepfercht, ohne ausreichendes Tageslicht oder Beschäftigungsmöglichkeiten und mit teilweise blutigen Verletzungen zentimetertief im eigenen Kot standen oder lagen. Zum Teil <u>vegetierten</u> sie im Hundesitz hockend - bei Schweinen</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>ein Ausdruck von Trauer - vor sich hin. 2016 wurden für den in- und ausländischen Markt rund 60 Millionen Schweine geschlachtet. Zwar halten sich die meisten konventionellen Tierhalter an die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Die aber hat mit Tierschutz oder Tierwohl wenig zu tun. "Die Tiere werden der Haltung angepasst statt die Haltung den Bedürfnissen der Tiere anzupassen", kritisiert Stephanie Töwe, Expertin für Landwirtschaft bei Greenpeace.</p> <p>Deutschland sei in Sachen Schweinehaltung sehr rückständig - im Gegensatz zu Dänemark, Schweden, der Schweiz und Österreich, wo man die Ställe einer artgerechteren Haltung anpasst. In Schweden müssen die Ställe getrennte Liege-, Fress- und Kotbereiche aufweisen, um dem Bedürfnis der Schweine nach Sauberkeit gerecht zu werden.</p>	
Zz126	<p>29/01/19/german-foreign-policy--Das Herzstück Europas BERLIN (Eigener Bericht) - Mit Blick auf die zunehmende wirtschaftliche Rivalität mit China warnen Wirtschaftsfunktionäre und Außenpolitiker vor einem Erfolg EU-kritischer Kräfte bei der Europawahl im Mai. "Kein einzelnes europäisches Land" werde in der globalen Konkurrenz "für sich eine große Rolle spielen" können, urteilt DIHK-Präsident Eric Schweitzer; der EU-Binnenmarkt, das "Herzstück Europas", sei als ökonomische Basis auch für deutsche Unternehmen unverzichtbar, wolle man sich auf Weltebene gegen Firmen aus der Volksrepublik, aber auch aus den USA behaupten. Sollten EU-kritische "Populisten" gleich welcher Couleur im Europaparlament größeren Einfluss gewinnen, dann stehe auch "die Zukunft der deutschen Wirtschaft" auf dem Spiel, wird DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben zitiert. BDI-Präsident Dieter Kempf plädiert dafür, dass sich Wirtschaftsvertreter "hörbar zum offenen Europa" bekennen. Gleichzeitig fordern deutsche Unternehmen die offene Durchsetzung ihrer Interessen in der EU - ein Hauptgrund für das Erstarken von "Populisten" in anderen Mitgliedsländern der Union. ...</p>	papier
Zz127	<p>29/01/19/jungeWelt- Die Musterschüler Viel Lob von allen Seiten. Was es mit Portugals linker Regierung und deren auch im Sinne der EU vorbildlichen Politik auf sich hat Von Nikolas Sisis Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass Portugal innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft eine randständige Rolle spielt. Der portugiesische Staat herrscht über eine Bevölkerung von kaum mehr als zehn Millionen Einwohnern, gebietet über ein sehr bescheidenes Stückchen Land am Atlantik ohne nennenswerte Rohstoffquellen und darf, weil es an einen einzigen Nachbarn grenzt, als geopolitisch unbedeutend eingestuft werden. Was sich indes in Portugal seit einigen Jahren abspielt, bildet einen nicht unwichtigen europapolitischen Einzelfall. Eine schöne Erzählung ...</p>	papier
Zz128	<p>29/01/19/jungeWelt- Ein Putschist inszeniert sich Juan Guaidó ruft zu neuen Protesten gegen Venezuelas Präsident Maduro auf. Doch für ihn könnte die Zeit knapp werden Von André Scheer und Modaira Rubio, Caracas Der selbsternannte »Präsident« gab sich staatsmännisch. Am Sonntag (Ortszeit) wandte sich Juan Guaidó mit einer im Internet übertragenen Ansprache an seine Anhänger. Der Politiker saß an einem Schreibtisch, hinter ihm die Nationalflagge und eine Büste des Nationalhelden Simón Bolívar, vor ihm zwei in Leder gebundene Bände der »Großen Enzyklopädie Venezuela«. Die Rede war als »Bilanz« der bisherigen Maßnahmen angekündigt. Erfolge hatte Guaidó, der sich am vergangenen Mittwoch selbst zum »Übergangspräsidenten« Venezuelas ernannt hatte, allerdings wenige vorzuweisen. Statt dessen rief er seine Anhänger zu weiteren Protesten in dieser Woche auf, mit denen das Militär zum Sturz des gewählten Präsidenten Nicolás Maduro bewegt werden soll. Der <i>Washington Post</i> sagte Guaidó, dass es hinter den Kulissen Gespräche mit Militärs und zivilen Regierungsvertretern über einen Machtwechsel gebe. »Das ist eine sehr heikle Angelegenheit, bei der es auch um die persönliche Sicherheit geht. Wir treffen sie, aber diskret.« ...</p>	papier
Zz129	<p>29/01/19/jungeWelt- Keine Lust auf Polizeistaat Halbes Bundesland unter Generalverdacht: In Dresden protestierten bis zu 5.000 Menschen gegen geplante Gesetzesverschärfung Von Steve Hollasky Tausende Menschen haben am Samstag in Dresden gegen das neue sächsische Polizeigesetz</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>demonstriert. »Wir konnten uns nicht in dem Maß durchsetzen, wie wir es uns gewünscht hätten«, hatte Alexander Dierks, Generalsekretär der sächsischen CDU, wenige Tage zuvor gegenüber der <i>Leipziger Volkszeitung</i> eingeräumt. In den Verhandlungen mit ihrem sozialdemokratischen Koalitionspartner hatte die Regierungspartei in Detailfragen bezüglich der Telekommunikationsüberwachung zurückrudern müssen. Zudem sollen »Bodycams« nur in Leipzig und Dresden zum Einsatz kommen. Geht es nach der »schwarz-roten« Landesregierung, wird der Gesetzentwurf bereits im März vom Landtag abgeseget. ...</p>	
Zz130	<p style="text-align: center;">China testet brachiale, von Atomwissenschaftlern entwickelte Frackingmethode</p> <p>Florian Rötzer</p> <p>Mit einer Technik, die zur Zündung von Atomwaffen entwickelt wurden, sollen Schockwellen in großer Tiefe ausgelöst werden, um dort an Schiefergasvorkommen heranzukommen</p> <p>Eigentlich hat China die größten Schiefergasvorkommen der Welt, aber das Land führt gleichzeitig weltweit am meisten Gas ein. 2017 hat China gerade einmal 6 Milliarden Kubikmeter Schiefergas gefördert, meist durch Fracking, das ist ein Anteil von 6 Prozent an der gesamten Gasförderung. Die Energy Information Administration der USA geht davon aus, dass bis 2050 Schiefergas 40 Prozent der Gasförderung ausmachen wird, wodurch China nach den USA zum zweitgrößten Schiefergasproduzenten werden könnte.</p> <p>China war eigentlich einer der Pioniere im Fracking, die ersten kommerziellen Förderungen begannen bereits 2009. Es gibt in ganz China Vorkommen, am meisten im Sichuan-Becken. Das Problem liegt darin, dass 80 Prozent der Schiefergasvorkommen mehr als 3.500 Meter unter dem Meeresspiegel liegen. Das ist für die normalen Fracking-Methoden bei weitem zu tief, die Wasser und Chemikalien in die Spalten hineinpumpen, um das Gas freizusetzen. Die USA haben den Vorteil, dass die Vorkommen relativ knapp unter der Erdoberfläche liegen.</p>	papier
Zz131	<p>29/01/19/German-Foreign-Policy- Sorge um Deutschland</p> <p>Kolumne No. 1</p> <p>Bestimmt kennen Sie den deutschen Adler, der heutzutage sogar an den Fahnenmasten privater deutscher Vorgärten zu sehen ist – er ist auch die Staatsikone der Bundesrepublik. Was meist recht harmlos zwischen deutschen Blumenbeeten flattert, ist das Signum einer Herrschaft, die auf Europa schwere Schatten wirft. Man sieht sie nicht immer, weil diese Schatten (ökonomisch, politisch und kulturell) in der offiziellen Berichterstattung ständig retuschiert werden.</p> <p>Retusche ist nicht Zensur: Die offiziöse Berichterstattung verliert dabei ihre harten Konturen. Man erspart uns die empörenden Wirklichkeiten. Die Konturen werden weicher, sie werden Gewohnheit, solange sich niemand erhebt. In den wirklichen, in den alltäglichen Schatten grob ungleicher Lebensverhältnisse suchen die Einen in den europäischen Abfallbehältern nach Pfandflaschen, während die Anderen, die im Licht, es sich gut gehen lassen. Gut gehen reicht hier aber nicht. Sie verschwenden, sie vergeuden, Überlebenswerte - und das in einem Ausmaß, das den Reichtum nicht mehr wohligh aussehen lässt: So wie er aussieht, ist er obszön.</p> <p>Es ist die deutsche Herrschaft über Europa, die diese Verhältnisse stabilisiert – ökonomisch, politisch und auch kulturell.</p> <p>Die Ikone des Adlers an den deutschen Fahnenmasten, wo er seine Schwingen ausbreitet, geht auf die Idee eines kontinentalen "Reiches" zurück. Dafür wird im deutschen Aachen jährlich ein Preis ausgelobt, der den Namen eines mittelalterlichen Herrschers trägt, den wir nach unseren heutigen Maßstäben einen Barbaren nennen müssten. Sein "Reich", an das der sogenannte Karlspreis anknüpft, war ein Imperium, das in ständigen Kriegen seine Wirtschaftsbasis erweiterte.</p> <p>Die "Reichsidee" nach Karl, dem sogenannten Großen, ist in der deutschen Nationalgeschichte stets eine starke Versuchung gewesen – und für die deutschen Nachbarn in Europa eine immense Gefahr... Nach verlorenen Kriegen wurde der "Reichsadler" mit hängenden Flügeln dargestellt – so wie im Staatswappen der Weimarer Republik...</p> <p>...In Zeiten des Anspruchs, Europa erneut beherrschen zu wollen, wuchsen diese Flügel und die Krallen drohten mit Gewalt – wie im Staatswappen jenes "Deutschen Reiches", das 1945 militärisch zerschlagen worden ist....militärisch... Ökonomisch und politisch blieb es intakt. Der Adler kreiste weiter.</p> <p>Der heutige deutsche Staat meint, er sei "identisch mit dem Staat 'Deutsches Reich'". Die Adler-Ikone im Staatswappen der Bundesrepublik unterstreicht diesen "Reichs"-Anspruch. Als ein grober Schatten</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>fällt er inzwischen nicht nur auf Europa:</p> <p>Berlin ist zum Hegemon des Kontinents geworden.</p>	
Zz132	<p>29/01/19/TELEPOLIS-Wie gleich ist Gleichheit?</p> <p>Thomas Pany Drei Tage lang ist der französische Präsident Macron in Ägypten zu Gast, "um wirtschaftliche Verbindungen zu verstärken". Die französische Wirtschaftsdelegation gibt Hinweise auf die Art der Geschäfte, die eine wichtige Rolle spielen. Mitgereist sind die Chefs der Firmen: Dassault, Naval Group und Airbus Helicopter. "Es ist nicht ausgeschlossen, dass Ägypten seine Rafale-Flugzeugflotte in den nächsten Wochen und Monaten vervollständigen will", so die Auskunft aus dem Elysée-Palast in Paris, die vom Online-Magazin Mediapart wiedergegeben wird. Dort steht man Macron um einiges kritischer gegenüber als in Le Monde. Im traditionellen französischen Referenzmedium wird herausgestellt, wie der Chef des Elyséepalastes seinen ägyptischen Amtskollegen bei einer Pressekonferenz über die Menschenrechtssituation in Frankreich belehrt:</p> <p style="padding-left: 40px;">Es gibt in unserem Land eine Freiheit, die durch die Verfassung garantiert wird, das ist die Demonstrationenfreiheit. Und wir passen gut darauf auf, sie zu schützen. Bei den Demonstrationen der Gelbwesten, die niemals verboten waren, haben einzelne Personen, Randalierer und Extremisten manchmal Schlimmes angerichtet, Ausschreitungen, bei denen Geschäfte geplündert und verwüstet wurden, auch öffentliche Gebäude, bei denen Gewalt gegen Sicherheitskräfte oder andere Personen ausgeübt wurde. Sie wurden nach dem Gesetz festgenommen. Sie wurden nicht festgenommen, weil sie etwas sagten. Nicht, weil sie etwas dachten. Sie wurden festgenommen, weil sie etwas zerstörten, weil sie andere Bürger angriffen oder Institutionen.</p> <p style="padding-left: 40px;"><i>Emmanuel Macron in Kairo</i></p>	papier
Zz133	<p>29/01/19/TELEPOLIS-Macron: Lehrstunde in Freiheitsrechten-</p> <p>Thomas Pany Drei Tage lang ist der französische Präsident Macron in Ägypten zu Gast, "um wirtschaftliche Verbindungen zu verstärken". Die französische Wirtschaftsdelegation gibt Hinweise auf die Art der Geschäfte, die eine wichtige Rolle spielen. Mitgereist sind die Chefs der Firmen: Dassault, Naval Group und Airbus Helicopter. "Es ist nicht ausgeschlossen, dass Ägypten seine Rafale-Flugzeugflotte in den nächsten Wochen und Monaten vervollständigen will", so die Auskunft aus dem Elysée-Palast in Paris, die vom Online-Magazin Mediapart wiedergegeben wird. Dort steht man Macron um einiges kritischer gegenüber als in Le Monde. Im traditionellen französischen Referenzmedium wird herausgestellt, wie der Chef des Elyséepalastes seinen ägyptischen Amtskollegen bei einer Pressekonferenz über die Menschenrechtssituation in Frankreich belehrt:</p> <p style="padding-left: 40px;">Es gibt in unserem Land eine Freiheit, die durch die Verfassung garantiert wird, das ist die Demonstrationenfreiheit. Und wir passen gut darauf auf, sie zu schützen. Bei den Demonstrationen der Gelbwesten, die niemals verboten waren, haben einzelne Personen, Randalierer und Extremisten manchmal Schlimmes angerichtet, Ausschreitungen, bei denen Geschäfte geplündert und verwüstet wurden, auch öffentliche Gebäude, bei denen Gewalt gegen Sicherheitskräfte oder andere Personen ausgeübt wurde. Sie wurden nach dem Gesetz festgenommen. Sie wurden nicht festgenommen, weil sie etwas sagten. Nicht, weil sie etwas dachten. Sie wurden festgenommen, weil sie etwas zerstörten, weil sie andere Bürger angriffen oder Institutionen.</p> <p style="padding-left: 40px;"><i>Emmanuel Macron in Kairo</i></p>	papier
	Zz134_frei	
	Zz135_frei	10:06
	Zz136_frei	03:41

Tr.	DB_046	Aufn.
Zz137	<p>31/01/19/TELEPOLIS- Volksparteien als klassische Regierungsorgane- Die Parlamente sind nur zum Abnicken bestimmt - 4. Teil Wolfgang J. Koschnick</p> <p>Als auf dem Höhepunkt der Euro-Staatschuldenkrise 2011 Entscheidungen über die Verwendung von vielen Milliarden Euro im Wesentlichen in Zweiergesprächen zwischen der deutschen Bundeskanzlerin und dem französischen Staatspräsidenten getroffen wurden, beschwerten sich sogar einige Bundestagsabgeordnete der Regierungsfraktion, der Bundestag diene nur noch dazu, diese Entscheidungen ergeben "abzunicken".</p> <p>Das Problem dabei war: Nur dazu sind sie immer schon wirklich da. Sonst zu nix. Sie nicken immer nur ab, was die Regierung ihnen aufträgt. Das ist ihr Lebenszweck und -sinn. Aber in der theoretischen Fiktion demokratischer Prozesse und Strukturen, sollen die Entscheidungen stets in der anderen Richtung gehen: von unten nach oben statt von oben nach unten.</p> <p>Teil 3: Volksparteien: Selbsttötung per Fraktionszwang Teil 2: Unter der Herrschaft einer Form der milden Funktionärsdiktatur Teil 1: Das Dilemma einer politischen Missgeburt</p> <p><i>...hat sich mir gegenüber als Hochmütiger herausgestellt!</i></p>	papier
Zz138	<p>01/02/19/TELEPOLIS- Anmerkungen zur Feinstaub-Diskussion Christian Kreiß</p> <p>Die aktuelle Feinstaub-Diskussion wurde von vier Autoren ausgelöst, den Professoren Köhler, Koch, Hetzel und Klingner. Auch wenn es häufig heißt, "eine Gruppe von klinischen Forschern und Lungenärzten" (Pressemeldung Lungenärzte im Netz) habe die grundlegende Kritik geäußert, so sind doch zwei von den vier Initiatoren, die beiden Professoren Koch und Klingner, keine Ärzte, sondern bekanntermaßen äußerst autoindustriefreundliche Ingenieure.</p> <p>Herr Koch war vor seiner Berufung zum Professor in Karlsruhe 10 Jahre in der Nutzfahrzeugmotorenentwicklung der Daimler AG tätig. Das von ihm heute geleitete Institut für Kolbenmaschinen finanzierte sich im Jahr 2018 zu etwa 15% durch Drittmittel aus der Industrie. 2018 war das Institut zudem an drei Projekten vorwettbewerblicher Forschung beteiligt. Partner waren die AVL List GmbH, die Ford Werke GmbH und Shell. Begleitet wurden die Projekte unter anderem von Autobauern wie BMW, Porsche, Audi oder Volkswagen. Herr Koch äußerte sich in einem Interview von 2016 sehr autoindustriefreundlich (Interview Stuttgarter Zeitung: "Der Diesel ist kein Stinker mehr"). ...</p>	papier
Zz139	<p>01/02/19/TELEPOLIS- Venezuela: Debatten um uneingeschränkte Solidarität mit Opposition Harald Neuber Mehrheit in Bundestag und Europaparlament stellt sich hinter "Interimspräsidenten" Guaidó. 30-Tage-Frist für Neuwahl wird ignoriert</p> <p>Die konservative Mehrheit im Europäischen Parlament hat heute inmitten des Machtkampfes in Venezuela den selbsternannten "Interimspräsidenten" Juan Guaidó anerkannt. 439 der Abgeordneten votierten für den Beschluss konservativer und liberaler Fraktionen, 104 stimmten dagegen, 88 Parlamentarier enthielten sich.</p> <p>Die Befürworter des Papiers forderten die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten auf, ihrer Entscheidung zu folgen. Als Grund führten sie Äußerungen des amtierenden Präsidenten Nicolás Maduro an. Dieser hatte die EU-Forderung nach einer umgehenden fairen Neuwahl des Präsidenten öffentlich abgelehnt und stattdessen die Neuwahl des Parlaments erwogen. Ob sich die EU-Staaten auf eine gemeinsame Linie in der Frage der Anerkennung Guaidós einigen können, ist allerdings unklar. Vor allem Deutschland, Frankreich und Großbritannien drängen auf die EU-weite Übernahme eines achttägigen Ultimatums, mit dem die Maduro-Regierung aufgefordert wurde, neue Präsidentschaftswahlen anzuberaumen. Griechenland wendet sich dagegen, Italien und Schweden sollen nach Angaben aus Brüssel Gesprächsbedarf angemeldet haben. ...</p>	papier
Zz140	<p>01/02/19/TELEPOLIS- Syrien: Al-Qaida bleibt unberechenbar Thomas Pany</p> <p>Längst hätte Hayat Tahrir al-Sham verschwinden müssen. Die Türkei versucht es mit Tricks In zwei Wochen, am 14. Februar, wollen sich Vertreter Russlands, Irans und der Türkei in Sotschi</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>treffen, um über Syrien zu sprechen. Das weitere Vorgehen in Idlib, der geplante Abzug der US-Truppen und die damit verbundene Frage, wie es in den von Kurden verwalteten Zonen in Nordsyrien weitergeht, werden zu den großen und schwierigen Themen gehören.</p> <p>Aus Sicht der Bewohner dieser Landesteile in Syrien sind Kriegshandlungen in Idlib und möglicherweise nordöstlich an der Grenze zur Türkei zu befürchten. Für beide Gebiete ist die Rolle der Türkei entscheidend. Sie ist die Garantmacht, die für die Opposition verantwortlich ist, und laut einem Abkommen, das Erdogan im vergangenen September mit Putin geschlossen hat, für die Durchsetzung von Regelungen in Idlib.</p> <p>Dazu gehört die Entfernung der "Terroristen der al-Nusra-Front bzw. der Hayat Tahrir al-Scham (HTS)" und dazu gehört, dass wichtige Verbindungstraßen, die durch Idlib laufen, frei befahrbar sind. Sie sind für die Regierung und das Land von zentraler strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Die Fristen für die beiden genannten Abmachungen wurden nicht eingehalten.</p> <p>Russland und Syrien zeigten bislang Geduld dafür, dass die Türkei die Verhältnisse in Idlib nicht auf die Weise kontrollieren oder regeln konnte wie vorgesehen. Man weiß in Moskau und in Syrien, wie schwierig die Aufgabenstellung ist. Dazu kommt, dass eine Offensive auf Idlib weder militärisch noch politisch ein leichtes Spiel ist, sondern im Gegenteil mit großem Aufwand, Verlusten, schlechtester Presse und Fluchtbewegungen von Zigtausenden verbunden ist. ...</p>	
Zz141	<p>01/02/19/TELEPOLIS- Kohleausstieg: Anwohner fühlen sich von RWE terrorisiert Wolfgang Pomrehn Der Braunkohle-Konzern übt weiter Druck auf Tagebau-Anwohner aus. Schüler streiken heute erneut für rascheren Kohleausstieg</p> <p>Konsens? Keine Spur. Die regierungsamtliche Konsenskultur, die spätestens seit der Kanzlerschaft Helmut Kohls wichtige politische Richtungsentscheidungen in Gremien ohne demokratische Legitimation auslagert, um die gesellschaftliche Debatte und vor allem den Meinungsbildungsprozess im Parlament zu minimieren, sollte mal wieder einen Beschluss generieren und den Konflikt um den Kohleausstieg befrieden. Heute Nachmittag wird das Ergebnis, der Abschlussbericht der Kohlekommission, offiziell der Öffentlichkeit präsentiert.</p> <p>Doch von Konsens kann keine Rede sein. Die Proteste der Schüler gehen heute mit Schulstreiks in mindestens 30 Städten weiter und auch die andere Seite, vertreten durch den Braunkohle-Konzern RWE, hat, wie es aussieht, keinerlei Interesse daran, den Konflikt zu entschärfen. Die Tinte unter dem Dokument war noch nicht trocken, da provoziert der Konzern im Rheinland weiter. ...</p>	papier
Zz142	<p>01/02/19/TELEPOLIS- Endlager und das längste geplante wissenschaftliche Experiment Florian Rötzer Das erste Endlager soll 2020 in Finnland für mindestens 100.000 Jahre in Betrieb gehen, britische und deutsche Wissenschaftler haben ein auf 500 Jahre angelegtes Experiment gestartet.</p> <p>Alle Länder, die Atomkraft nutzen, wissen, dass sie ein Endlager benötigen, in dem der Atommüll sicher und für sehr lange Zeit verwahrt werden kann. In Finnland hat man mit dem Ausbau eines Tunnelsystems in Granitgestein 450 m unter der Halbinsel Olkiluoto schon vor einigen Jahren begonnen. Möglicherweise wird das Endlager schneller betriebsbereit sein als der neue Reaktor Olkiluoto 3. Der Europäische Druckwasserreaktor (EPR) wird von Areva, Siemens ist ausgestiegen, seit 2005 gebaut, Ende 2018 wurde beschlossen, die Inbetriebnahme noch einmal auf 2020 zu verschieben.</p> <p>Im finnischen Endlager soll der Atommüll mindestens 100.000 Jahre lang bleiben, eine für ein Bauwerk und auch für die menschliche Geschichte unvorstellbar lange Zeit. Erst vor 10.000 Jahren wurden die Menschen während der neolithischen Revolution sesshaft, entwickelten die Landwirtschaft und bauten erste Städte. Wahrscheinlich entstand homo sapiens vor etwa 200.000 Jahren in Afrika. Wenn es in 100.000 Jahren noch Menschen geben sollte, werden sie dann noch wissen, wo sich der Atommüll befindet und welche Gefahr von ihm ausgeht? Werden sie Aufzeichnungen noch lesen und verstehen können? Wie kann Wissen auf welchen Datenträgern solange archiviert werden? ...</p>	papier
Zz143	<p>01/02/19/TELEPOLIS- Die Heimat ist der Clan Arno Kleinebecke Im Online-Themenforum der ambitionierten Ruhr-Konferenz (Slogan: "Menschen machen Metropole")</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>findet sich das Anliegen "Kriminelle Clans" noch vor den Schlüsselthemen Arbeit, Bildung, Digitalisierung und Energie. Hier, in Nordrhein-Westfalen (NRW) mit dem Schwerpunkt Ruhrgebiet, hat sich die organisierte Kriminalität in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Problem erster Ordnung ausgewachsen.</p> <p>Am Mittwoch stand ein Symposium in Essen zu dem Thema unter dem Motto: "360°-Maßnahmen gegen Clankriminalität". Und offenbarte zugleich, welches Potenzial dem verwandten Thema "Parallelgesellschaften" zukommt.</p> <p>Gefährliches Selbstverständnis ...</p>	
Zz144	<p>01/02/19/g-f-p- Wiederaufbau in Syrien (III) BERLIN/DAMASKUS/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Außenpolitikberater warnen vor empfindlichen Rückschlägen bei dem Berliner Versuch, über den Wiederaufbau Syriens Einfluss auf die politische Entwicklung in Damaskus zu nehmen. Bislang hatten Berlin und Brüssel stets darauf beharrt, sich lediglich dann am Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes zu beteiligen, wenn man nennenswerte politische Zugeständnisse erhalte. Nun brechen jedoch erste EU-Staaten aus der gemeinsamen Druckfront aus. Ursache ist, dass der Wiederaufbau längst ohne die EU begonnen hat und iranische, indische und chinesische Firmen erste Erfolge erzielen. Europäische Unternehmen hingegen sind bis heute außen vor. Verkompliziert wird die Lage dadurch, dass die Vereinigten Staaten an einem neuen Sanktionsgesetz arbeiten, das sämtliche Unternehmen und Personen mit schmerzhaften Strafen bedroht, die nennenswerte Geschäfte mit Syriens Regierung tätigen, etwa in deren Auftrag Bauvorhaben durchführen. Das Gesetz könnte Pläne deutscher Firmen in Syrien ebenso verhindern wie in Iran; Berlin bliebe in Damaskus einflusslos. ...</p>	papier
	Zz145_frei	
Zz146	<p>02/02/19/TELEPOLIS- Das Exkrement des Teufels Bernd Schröder Zur Geschichte der Erdölförderung in Venezuela</p> <p>Die erste Erdöllieferung Venezuelas soll bereits 1539 erfolgt sein, als ein einzelnes Fass nach Spanien geschickt wurde, um mit seinem Inhalt das Gichtleiden Kaiser Karls V. zu lindern. Zu jener Zeit waren große Teile des heutigen Venezuelas von der hoch verschuldeten spanischen Krone als Klein-Venedig an die Patrizier-Familie derer von Welser aus Augsburg verpachtet worden. Im ersten deutschen Kolonialprojekt spielte Öl jedoch noch keine Rolle - damals war es vor allem der Sklavenhandel, der das Verständnis von lukrativen Geschäften prägte. Darüber hinaus wurde ein beträchtlicher Teil der unternehmerischen Energie darauf verwendet, Eldorado zu finden, das sagemumwobene Goldland. In Venezuela sind seit jeher Orte bekannt, an denen das Öl aus eigener Kraft an die Oberfläche tritt, zum Beispiel am Guanoco-Asphaltsee, den Alexander von Humboldt als "Quelle des guten Priesters" verewigte.</p> <p>1875 wurde die kolumbianische Grenzstadt Cúcuta durch ein Anden-Erdbeben innerhalb von einer Minute fast vollständig zerstört. Das Beben brachte im benachbarten venezolanischen Bundesstaat Táchira viskose Wässer ans Tageslicht, bei deren Analyse die Anwesenheit von Öl bestätigt wurde. Diese Beobachtung führte 1878 zur Gründung von Táchira's Petrolia Mining Company, des ersten venezolanischen Ölunternehmens, bescheiden im Umfang und 60 Jahre später schon wieder verschwunden. ...</p>	papier
Zz147	<p>02/02/19/JungeWelt- Staatstragende Amnesie Verfassungsschutzbeamtin erinnert sich angeblich nicht an Dienstbesprechungen nach Terroranschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt Von Claudia Wangerin</p> <p>Tatsächliche oder vermeintliche Erinnerungslücken sind bei Geheimdienstlern vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen keine Seltenheit. Bei Petra M., Verbindungsbeamtin des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) im »Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum« von Bund und Ländern (GTAZ) in Berlin, sind die Leerstellen aber zu groß, um sie noch als Lücken zu bezeichnen. Als sie am Donnerstag vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags zum Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz aussagen musste, konnte sie sich angeblich nicht mal erinnern, was nach diesem einschneidenden Ereignis in den Behördengremien besprochen worden war – als der Name des Hauptverdächtigen Anis Amri nicht mehr einer von vielen sein konnte.</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Zu Beginn der Vernehmung wirkte die 35jährige noch wie eine selbstbewusste Karrierefrau, die nach eigenen Worten als feste Ansprechpartnerin des BfV im GTAZ saß und den »Überblick« behalten sollte – dann schrumpfte sie in ihrer Tätigkeitsbeschreibung zu einer Art Sekretärin ohne geheimdienstlichen Sachverstand zusammen. Sie habe »nicht inhaltlich« gearbeitet, sondern mehr oder weniger nur die Anliegen anderer Behörden an die zuständigen BfV-Mitarbeiter weitergeleitet, Termine koordiniert, Einladungen verschickt und bei wichtigen Treffen die Namensschilder aufgestellt. Sie sei aber im gehobenen Dienst, versicherte sie auf Nachfrage. ...</p>	
Zz148	<p>02/02/19/JungeWelt- Mangel im Überfluss EU-Studie zur Armut: Während die Wirtschaft brummt, Von Susan Bonath leiden Millionen Einwohner Deutschlands unter existentiellen Entbehrungen Hintergrund: Knausern mit System Während der Staat Großkonzerne gern freigiebig mit hohen Fördermitteln beglückt, hat das Knausern und Verschleppen bei den Armen im Hartz-IV- oder Sozialhilfebezug System. Das zeigen fünf Urteile des Bundessozialgerichts (BSG) vom vergangenen Mittwoch. Es ging um verwehrte Wohnkosten. Die klagenden Hartz-IV-Bezieher mussten wegen zu niedrig angesetzter Mietobergrenzen bis zu 100 Euro aus ihren mickrigen Regelsätzen zuzahlen, und dies teils für sehr lange Zeit. Denn der Marsch in die oberste Instanz dauerte bis zu acht Jahre. Die Richter in Kassel verwarfen in allen Fällen die zugrunde liegenden Wohnkostenregelungen der Landkreise Börde, Harz und Salzland in Sachsen-Anhalt sowie in Segeberg in Schleswig-Holstein als »nicht schlüssig«. Das Verfahren wiesen sie zurück in die Vorinstanz. Dort sollen die beklagten Jobcenter die Chance erhalten, neue Konzepte vorzulegen und diese zu begründen. Doch das kann erneut dauern. ...</p>	papier
Zz149	<p>02/02/19/15MB/DLF-Info-am Morgen- Nachrichten >INF-Vertrag mit Russland durch die US-Regierung gekündigt. Dazu Jürgen Tritin Bü90/Grüne. EU sollte eigene Politik entwickeln. Ernste Verhandlungsangebote an Russland auf den Tisch bringen. Und keine Solidaritätsbekundungen an die US-Regierung. >Venezuela US- Mike Pence hat offen zum Sturz von Maduro aufgerufen. Markus Plake berichtet: ...so angespannt wie vor 2Wochen. Guido hat mehr Anhänger als Maduro. Die Drohung der US-Regierung falls Maduro Gewalt gegen die Demonstranten von Guido anwendet. Organisation der Übergangsregierung auch mit ehem.Regierungsmitgliedern und Maduroanhängern. >Nachrichten 08:30 >US-Regierung will Russland offiziell über ihren Ausstieg aus dem INF-Vertrag informieren. 6Monate Zeit um Neufassung zu finden. Russland und US beschuldigen sich gegenseitig das Abkommen verletzt zu haben. >Zustimmung zum Grundsteuer Kompromiss zwischen Bund und Ländern. Kritik aus der Immobilienwirtschaft, ebenso Bund der Steuerzahler. >US-Regierung ruft offen zu einem Machtwechsel in Venezuela auf, Mike Pence sagte in Florida zu exil Venezulanern: es wäre Zeit den Maduro-Regime ein Ende zu bereiten. Jetzt sei nicht die Zeit für Dialog. >Israel/BRD-Regierung bedauert das die Beobachter-Situation in Hebron durch Netanjahu nicht verlängert wird. >US-Regierung Einspruch gegen den Baustopp von Pipeline Keystone (damals von Obama bewirkt). >Wetter ...im Norden meist Schnee.</p>	15:46
Zz150	<p>03/02/19/51MB/BR2-ZFG “You can grab `em by the pussy” sehr wichtig! Oder: Was Porno und Politik miteinander zu tun haben mit Manuskript Sprecherin: Achtung! Triggerwarnung! Die folgende Sendung enthält explizite Inhalte, die möglicherweise geeignet sind, Schamgefühl und Geschmacksnerven sensibler Gemüter zu verletzen. Allerdings kann man schlecht über Pornografie und Politik reden, ohne sich den Mund schmutzig zu machen. Wer weiter zuhört, tut das auf eigene Gefahr. 2. Sprecherin: Pornografie ist wie ein Spiegel, durch den wir uns selbst betrachten. Und manchmal sieht das, was wir darin sehen, nicht hübsch aus und wir fühlen uns deshalb SEHR (Großschreibung im Original) unwohl. Aber wie schön ist es doch hinzuschauen. Wahrheit zu entdecken und zu lernen. Alt Right-Expertin Veronika Kracher</p>	55:00

Tr.	DB_046	Aufn.
	DIE ANTWORT AUF SCHLECHTE PORNOS SIND NICHT KEINE PORNOS SONDERN BESSERE PORNOS!	
Zz151	<p>2/02/19/2,2GB/tagesschau24 Die Story im Ersten: Das Märchen von der Inklusion Eine Bilanz nach 10 Jahren Film von Hanna Möllers Kinder mit und ohne Behinderung lernen zusammen in einer Schule. Jeder Mensch kann überall dabei sein, am Arbeitsplatz, beim Wohnen oder in der Freizeit: Das ist Inklusion. Eine Idee, so schön wie ein Märchen. Der Film zeigt die Inklusion in der Schule, im Arbeitsleben und im Alltag. Menschen mit Behinderung, Eltern, Lehrer, Arbeitgeber und Politiker zeichnen das Bild einer zerrissenen Republik. Ist die inklusive Gesellschaft ein unerreichbares Ideal? Oder braucht sie einfach noch mehr Zeit? Zehn Jahre Inklusion: eine ernüchternde Bestandsaufnahme. Ein Märchen - bislang ohne Happy End. 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. Einige Bundesländer haben die Inklusion in der Schule radikal umgesetzt. In Bremen beispielsweise besuchen jetzt über 80 Prozent aller Kinder mit Behinderung eine Schule zusammen mit Kindern ohne Behinderung. Doch ob das so märchenhaft ist, wie es klingt, darüber gibt es große Uneinigkeit.</p> <p>Das Radio-Bremen-Team trifft die zehnjährige Nike. Auf der Regelschule wurde das Mädchen mit Down-Syndrom von Mitschülern ausgegrenzt. „Nike kann jetzt prima Basketball spielen, denn das geht auch allein“, sagt ihre Mutter. Sie schickte ihre Tochter lieber wieder auf eine private Förderschule.</p> <p>Amelie ist 14 Jahre alt, lebt mit Down-Syndrom und besucht eine Gesamtschule. Sie fühlt sich wohl dort, will später Fotografin oder Tierwirtin werden. Das sollte möglich sein, denken auch Eltern, Mitschüler und Lehrer.</p> <p>Doch selbst wenn die Inklusion an deutschen Schulen teilweise vorankommt, hat sich auf dem Arbeitsmarkt kaum etwas getan. Spätestens nach der zehnten Klasse endet, egal in welchem Bundesland, das inklusive Miteinander. Lukas möchte Lokführer werden. Der geistig behinderte 18-jährige war auf einer inklusiven Schule und doch bedeutet das Schulende für ihn: Endhaltestelle „Werkstatt für Menschen mit Behinderung“. Ganze 67 Euro im Monat verdient er dort. Selbstbestimmt leben kann er davon nicht.</p> <p>Nur knapp ein Prozent beträgt die Vermittlungsquote von Menschen aus einer Werkstatt auf den Arbeitsmarkt. Zwar sind Unternehmen in Deutschland verpflichtet, eine Fünf-Prozent-Schwerbehindertenquote einzuhalten. Doch sie können sich freikaufen. Und über 60 Prozent der Unternehmen tun das auch. Eine höhere Strafabgabe lehnen Politik und Wirtschaft rigoros ab. 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. Einige Bundesländer haben die Inklusion in der Schule radikal umgesetzt. In Bremen beispielsweise besuchen jetzt über 80 Prozent aller Kinder mit Behinderung eine Schule zusammen mit Kindern ohne Behinderung. Doch ob das so märchenhaft ist, wie es klingt, darüber gibt es große Uneinigkeit.</p> <p>Arbeitgeber überzeugen, künftig mehr Menschen mit Behinderung einzustellen. Doch in den letzten zehn Jahren hat das an den niedrigen Zahlen kaum etwas geändert.</p>	43:29
Zz152	<p>06/02/19/1,9GB/BR Fernsehen Süd - Kontrovers >Diesel-Fahrverbot: Dicke Luft wegen Stickstoffdioxiden Schon vier Samstage in Folge protestieren in Stuttgart hunderte Menschen gegen das Dieselfahrverbot in der Stadt. Am Wochenende gab es auch in München erste Demonstrationen. Dort drohen Fahrverbote. Jetzt kam heraus: Zum Teil haben Behörden die Stickstoffdioxidbelastung gar nicht gemessen, sondern nur hochgerechnet. Das Unverständnis der Bürger wächst.</p> <p>>TÜV-Süd warum prüft der einen brasilianischen Staudamm? Das Vertrauen in seine Zertifikate ist verloren gegangen. 11:53Für Prof. Michael Adams Uni-Hamburg liegt das Problem in der Gewinnorientierung im Geschäftsmodell des TÜV. Deshalb die Verführung das zu tun, was die „Kundschaft“ möchte. Mit einem TÜV-Siegel lässt sich fast alles verkaufen. 12:50 die TÜV-Siegel Betrügereien</p> <p>>Die „S - IMMOFIN“ Fremdwährungskredite in ausl. Währungen. Dazu Wirtschaftsdetektiv Medard Fuchsgruber: das Vertrauensiegel der Sparkassen „S“ benutzt. 25:08 RA Heiko Müller und RA Michael Strauß, es geht um Täuschung. Medard Fuchsgruber betroffen etwa ein paar 100tsd. Verluste ca. 1,5 bis 2Mrd.€</p>	42:57

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Nachgehakt:</p> <p>>Betrug und Veruntreuung bei der Kinderkrebs-Hilfe Bayern</p> <p>>KFZ-Scanner erfassen an 15 Standpunkten an Autobahnen verdeckt Kennzeichen. Dazu Patrik Breyer Piratenpartei. Verfassungsgericht: dieser Flächendeckende Datenabgleich ist verfassungswidrig. Florian Herrmann CSU <i>versucht schön zu reden!</i></p> <p>...die Staatsregierung muss auf Vorgaben anpassen.</p> <p>>Anwohnerprotest gegen Straßenerschließungsgebühren, den sie anteilig mitfinanzieren soll.</p> <p>>SPD-Putschgerüchte gegen Andrea Nahles. Ihre Wahl sollte ein Zeichen setzen - doch jetzt soll Sigmar Gabriel wieder ran meint exBuKanzler Schröder. „die Wirtschaftskompetenz der SPD fördern! OB-Fürth T. Jung..weil den sozialen Themen zuviel Bedeutung zugemessen hat im Vergleich zur Wirtschaft... ...auweia, noch mehr Agenda 2010!</p>	
Zz153	<p>06/02/19/ Erinnert euch an mich. eine Buchbeschreibung</p> <p>Mark Zak: Über Nestor Machno „Ein ukrainischer Guerillero“ Feat-holen</p> <p>„Jede Macht hat Hörner“, sagte er, aber auch: „Erinnert euch an mich!“ Mit diesen Worten appellierte der ukrainische Anarchistenführer Nestor Machno an die Nachwelt. Mehr als 80 Jahre nach seinem Tod wird ihm dieser letzte Befehl nun erfüllt – mit einer Biographie in Zeitzeugnissen.</p> <p>Von Katrin Hillgruber</p> <p>Mit 16 soll Nestor Machno, den Alkohol rasch jähzornig machte, im Wirtshaus mit einem Bierkrug auf den Tisch geschlagen haben. Dazu skandierte er rhythmisch, er sei Anarchist. Diese Anekdote stammt von Machnos Jugendfreund Woldemar Antoni, dessen Eltern aus der Habsburger Monarchie in die Ukraine ausgewandert waren. Antoni und Machno riefen 1906 in der südostukrainischen Kleinstadt Gulajpole den tatkräftigen anarcho-kommunistischen „Bund armer Bauern“ ins Leben. Zwei Jahre später wurde Machno erstmals von der zaristischen Polizei verhaftet.</p> <p>Gulajpole zählt zu den Siedlungen, die nach 1783, als die Krim an Russland fiel, auf Geheiß von Katharina der Großen gegründet und mit Leibeigenen besiedelt wurden. Die Zarin prägte den expansiven Begriff „Neurussland“, auf den sich Russland inzwischen wieder in seinem unerklärten Krieg gegen die Ukraine beruft. Auch der ukrainisch-russische Sprachenstreit, den der halbwüchsige Nestor Machno beim Verteilen illegaler Flugblätter erlebte, hat an Heftigkeit nichts eingebüßt.</p>	07:58
Zz154	<p>07/02/19/jungeWelt- Westen rüstet Mörder aus</p> <p>Amnesty-International-Bericht: Milizen im Jemen begehen Kriegsverbrechen mit Waffen aus dem Westen</p> <p>Von Efthymis Angeloudis</p> <p>Ein am Mittwoch von Amnesty International veröffentlichter Bericht zeigt, wie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) jemenitische Milizen mit moderner Waffentechnologie aus dem Westen ausstatten und damit den Jemen-Krieg weiter verschärfen.</p> <p>Die Autoren des Berichts beschuldigen die VAE, Importwaffen aus westlichen Staaten, darunter auch Deutschland, ohne Genehmigung an verbündete Milizen im Jemen-Krieg weiterzuleiten. Der Amnesty-Bericht dokumentiert, wie über die Emirate Panzerfahrzeuge, Mörsersysteme, Gewehre, Pistolen und Maschinengewehre an Milizen gelangen. Die bewaffneten Milizen werden von den VAE ausgebildet und finanziert. Sie sollen Kriegsverbrechen und andere schwere Menschenrechtsverstöße bei der jüngsten Offensive auf die Hafenstadt Hudaida begangen haben, schreibt Amnesty.</p>	papier
Zz155	<p>07/02/19/TELEPOLIS- Rule, Britannia!</p> <p>Frank Jödicke</p> <p>Politik baut traditionell mehr auf Bilder als auf Tatsachen. Die Brexit-Misere zeigt die unerwünschten Folgen überdeutlich</p> <p>Theresa May wird eine bemerkenswerte Gabe nachgesagt: Sie kann eine feurige Rede halten und mit Aplomb den Saal verlassen, ohne dass das zurückbleibende Publikum nachher weiß, was May überhaupt gesagt hat. Diese Fähigkeit zu einem substanzlosen Wirbel ist der Kern ihrer Brexit-Strategie. Die sachliche Materie ist zu unbefriedigend und kontrovers, als dass sich hier je Einigungen finden ließen, deswegen werden diese schlicht simuliert.</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Das Ziel, das sie dabei verfolgt, zeichnet sich allerdings ab und wird durch die Abstimmungsergebnisse vom 29.1.2019 bestätigt. Der im Vorjahr ausgehandelte und Anfang Januar abgelehnte Deal wird vom Parlament letztlich doch umgesetzt werden müssen, um den Crash des No-Deal-Brexit zu verhindern. Der Deal Mays ist, was die Beziehungen zur EU betrifft sehr vage und wird Großbritannien wohl in einen Art Limbus führen, den Yanis Varoufakis bereits zu Beginn als "Hotel-California-Effekt" beschrieben hat: "You can check out any time you like. But you can never leave!"</p>	
Zz156	<p>07/02/19/g-f-p- Europas Kriegsautonomie BERLIN/PARIS (Eigener Bericht) - Deutschland und Frankreich haben am gestrigen Mittwoch den praktischen Startschuss für Entwicklung und Bau ihres Luftkampfsystems der Zukunft gegeben. Nach der gestrigen Unterzeichnung eines entsprechenden Vorvertrags können Airbus und Dassault die Erstellung einer Grundkonzeption für das "Future Combat Air System" (FCAS) in Angriff nehmen. Bei diesem handelt es sich um einen Luftkampfverbund, der einen Kampffjet der jüngsten Generation mit Aufklärungsflugzeugen, Satelliten, Drohnen und Drohnenschwärmen verbindet und ab den 2040er Jahren für Kriege in aller Welt genutzt werden können soll. Das Finanzvolumen des Projekts wird auf mehr als 100 Milliarden Euro geschätzt. Die am Dienstag bekannt gewordene Bestätigung der Bundesregierung, den deutschen Militäretat in den nächsten fünf Jahren von heute 43,2 Milliarden Euro auf gut 60 Milliarden Euro anzuheben, öffnet den notwendigen Spielraum dafür. Fachleute urteilen, das FCAS schaffe die Grundlage für "europäische Autonomie" gegenüber den USA - in Sachen Rüstung, Militär und Krieg</p>	papier
Zz157	<p>08/02/19/28,3MB/ Streit+Strategie NDR-Info >INF-Kündigung – Spaltpilz für die NATO? >Russische Hyperschallwaffen – Mittel zur Überwindung der US-Raketenabwehr? >60 Jahre Wehrbeauftragter – Kontrollinstrument mit Lücken? Interview mit Winfried >Nachtwei, Mitglied Beirat Innere Führung</p>	28:00
Zz158	<p>08/02/19/48,5MB/ Mit Rechten reden? BR2-ZFG- Warum sich der Musiker Daryl Davis mit Mitgliedern des Ku-Klux-Klans anfreundet. Der Pianist Daryl Davis trifft auf einem seiner Konzerte ein Mitglied des Ku-Klux-Klans. Dieser Tag verändert sein Leben. Seitdem redet Davis mit Rechten. Viele haben wegen Davis den Klan verlassen. Von: Sammy Khamis</p> <p>Daryl Davis ist eigentlich Pianist - Rock und Blues. Er spielt in seiner Karriere mit den ganz Großen seiner Zeit, mit Chuck Berry oder B.B. King. Doch in den 80er Jahren trifft Daryl Davis auf einem seiner Konzerte ein Mitglied des Ku-Klux-Klans. Dieser Tag verändert sein Leben. Angefangen hat alles in Maryland, einige Stunden von Washington D.C. entfernt. Nach einem Auftritt mit einer Band lädt ihn ein Gast auf einen Drink ein. Nach wenigen Sätzen, so erzählt es Daryl Davis im letzten Herbst in Berlin, habe der Mann gesagt, dass er „noch nie mit einem Schwarzen an einem Tisch“ gesessen habe. Daryl hat das zuerst nicht verstanden. Bis der Mann eine Mitgliedskarte aus seiner Geldbörse zieht. Es ist die Mitgliedskarte des Ku-Klux-Klans.</p> <p>Die Mitglieder des Ku-Klux-Klans töteten knapp 2.000 Menschen. Der Klan existiert - mal öffentlich sichtbar, mal versteckt - seit mehr als 150 Jahren. Der KKK ist die gefährlichste rassistische Gruppierung der USA. Daryl Davis weiß das. Er hat, wie er sagt, „alles über den Klan gelesen.“ Nur eine Antwort konnten ihm die Bücher nie geben. Die Antwort auf die Frage: Warum hasst Ihr mich, wenn Ihr mich nicht mal kennt? Warum hasst Ihr mich, wenn Ihr mich nicht mal kennt?</p> <p>Es ist diese Frage, die Daryl sein Leben lang nicht loslässt. Und die ihn dazu bringt sich mit immer mehr Klans-Men zu befreunden - denn: „Wenn einer die Antwort auf die Frage kennt, dann die Männer aus dem Klan.“ In den 30 Jahren seit seinem ersten Treffen mit einem Mitglied des KKK hat Daryl unzählige Männer in Roben getroffen. Er sagt es waren tausende. Und er sagt, dass rund 200 Personen den Klan verlassen hätten - auch weil sie sich lange und intensiv mit Daryl unterhalten haben.</p> <p>Der Zündfunk Generator erzählt die Geschichte eines Mannes, der mit seinen Feinden spricht, weil es aus seiner Sicht das Amerikanischste ist, was man machen kann, nämlich frei zu sprechen: „Sie haben ihre Ideologie durch Worte gelernt. Also braucht es auch Worte, um ihnen diese Ideologie wieder zu</p>	55:00

Tr.	DB_046	Aufn.
	nehmen.“	
Zz159	<p>08/02/19/dlf Coburg und der Nationalsozialismus FEAT Eine Stadt als Experimentier-Kammer für das Dritte Reich mit Manuskript Von Brigitte Baetz</p> <p>Coburg war die erste Stadt in Deutschland, die nationalsozialistisch regiert wurde – und das schon vor 1933. Hier erprobten NSDAP und SA die Strategien, die später im Dritten Reich erfolgreich sein sollten: Herrschaft durch Gewalt, Ausgrenzung der Juden, Übergriffe gegen Andersdenkende. „Mit Coburg habe ich Politik gemacht“, erklärte Reichskanzler Hitler zum 15. Jahrestag seines ersten Besuches in der kleinen Stadt in Oberfranken. „Nach diesem Rezept haben wir im ganzen Reich der nationalsozialistischen Idee die Bahn frei gemacht und damit Deutschland erobert.“ Die Weimarer Republik ließ es geschehen.</p> <p>Warum das rechte Gedankengut gerade in Coburg auf fruchtbaren Boden fiel und wie die Geschichte der Stadt auch heute noch ihre Spuren in der Enkelgeneration hinterlassen hat, erzählt Brigitte Baetz.</p> <p>Bätz Brigitte u. Peter Tannenweg 1, 96271 Grub Tel. 09560 13 28 am 24.03.19 auf AB Nachricht hinterlassen. Opa Bruno Lienau Königsberg</p>	50:00
Zz160	<p>12/02/19/TELEPOLIS- Für diesen Prozess wurden alle geltenden Regeln verändert Ralf Streck</p> <p>"Selbstbestimmung ist ein Recht und kein Verbrechen" - Besetzung der Vertretung der EU-Kommission in Barcelona, Anfang Februar</p> <p>Beginn des Gerichtsverfahrens zum katalanischen Unabhängigkeitsprozess. Auf dem Spiel steht auch: der spanische Nationalismus, die Regierung und die Glaubwürdigkeit Europas.</p> <p>Es wird nicht mit Superlativen geizt, wenn es um den Prozess geht, der am Dienstag in der spanischen Hauptstadt Madrid gegen ehemalige Mitglieder der katalanischen Regierung, Aktivisten der Zivilgesellschaft und der ehemaligen Parlamentspräsidentin beginnen wird.</p>	papier
Zz161	<p>11/02/19/g-f-p- Aufforderung zum Putsch BERLIN/WASHINGTON/CARACAS (Eigener Bericht) - Der von Deutschland unterstützte venezolanische Umstürzler Juan Guaidó kündigt Provokationen an Venezuelas Grenze an und gibt sich offen für einen Einmarsch von US-Truppen in das Land. Im Laufe dieser Woche würden erste nicht näher bezeichnete "Gruppen" versuchen, in den Nachbarländern antransportierte Hilfsgüter ins Land zu bringen, erklärte Guaidó am Wochenende. Gegebenenfalls sei er bereit, auch eine Intervention fremder Streitkräfte zu autorisieren. Wie es in Washington heißt, handelt es sich bei dem Antransport der Hilfsgüter um "keine humanitäre Mission", sondern nur um den Versuch, die Streitkräfte doch noch zum Putsch zu motivieren. Während Vertreter der Vereinten Nationen dringend für Gespräche zwischen den Konfliktparteien plädieren und Vertreter Mexikos, Uruguays und der Karibikstaaten einen Fahrplan dafür ausgearbeitet haben, verlangen die Mächte Europas, darunter Deutschland, weiterhin Neuwahlen und stützen damit die Weigerung der Umstürzler, über eine friedliche Konfliktlösung zu verhandeln.</p>	papier
Zz162	<p>12/02/19/-f-p- Die Macht der Röhren BERLIN/MOSKAU/BEIJING (Eigener Bericht) - Warnungen vor einem Verlust des bislang privilegierten deutsch-europäischen Zugriffs auf russisches Erdgas begleiten den Kampf um die Pipeline Nord Stream 2. Wie es in einer aktuellen, an der University of Oxford erstellten Analyse heißt, haben die 2014 eingeleiteten westlichen Sanktionen Moskau veranlasst, sich verstärkt nach alternativen Abnehmern seiner Ressourcen umzusehen. Vor allem China will in Zukunft große Mengen Erdgas aus Russland beziehen; eine erste Pipeline soll noch dieses Jahr in Betrieb genommen werden. In Planung ist zudem eine zweite Röhre, die sich aus Gasfeldern speisen soll, aus denen zur Zeit noch ausschließlich Europa beliefert wird. Dasselbe trifft auf neue russische Flüssiggasprojekte zu. "Europäische Kunden" müssten in Russland künftig wohl mit "asiatischen Käufern" konkurrieren, heißt es in der Analyse aus Oxford; statt Moskau in die Knie zu zwingen, brächten die Sanktionen Berlin ein Ende des privilegierten Zugriffs auf russisches Erdgas. Ein Scheitern von Nord Stream 2</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	verschlechterte die Position der EU womöglich noch mehr.	
Zz163	<p>12/02/19/jungeWelt- Shows für die Medien »Humanitäre Hilfe« für Venezuela: Wie die USA und Kolumbien Bilder produzieren – und sich beim Lügen erwischen lassen Von Modaira Rubio, Caracas Auf der kolumbianischen Seite der 2016 fertiggestellten, aber nie eröffneten Grenzbrücke Tienditas nach Venezuela wurden Journalisten in- und ausländischer Medien am vergangenen Freitag zu einem Pressetermin eingeladen. Den Berichterstattern wurde ein Lager mit rund 46 Tonnen Waren gezeigt, darunter Lebensmittel, Hygiene- und Gesundheitsprodukte. Diese sollten nach Venezuela geliefert werden, um den dort herrschenden »humanitären Notstand« zu lindern, hieß es.</p>	papier
	Zz164_	
Zz165	<p>12/02/19/TELEPOLIS- KSK im Fadenkreuz Tomasz Konicz Neue Vorfälle scheinen Zeitungsrecherchen zur Ausbildung faschistischer Netzwerke in Bundeswehr und Polizei zu bestätigen Die Front der rechtsextremen Verschwörer scheint zu bröckeln. Ein ehemaliges Mitglied der Bundeswehr-Elitetruppe KSK (Kommando Spezialkräfte) <u>äußerte</u> sich kürzlich gegenüber dem Südwestrundfunk (SWR) und dem Focus zu den Vorwürfen, im Umfeld dieser hochtrainierten Sondereinheit der Bundeswehr seien <u>rechtsextreme Todesschwadronen</u> aufgestellt worden. Der Informant, der anonym bleiben wollte, bestätigte teilweise die diesbezüglichen Recherchen der <u>Tageszeitung</u> und des <u>Focus</u>, die schon im November 2018 publiziert worden seien.</p>	papier
Zz166	<p>13/02/19/jungeWelt- EU-Parlament billigt Fischereiabkommen Aus: Ausgabe vom 13.02.2019, Seite 2 / Ausland nur für Abonnenten! Strasbourg. Das EU-Parlament hat mit 415 Stimmen ein neues Fischereiabkommen mit Marokko auf den Weg gebracht. 189 Abgeordnete stimmten dagegen. Im vergangenen Jahr war eine Übereinkunft mit Rabat zum Fischfang ausgelaufen. Gegen die Neuaufgabe hatten sich Abgeordnete der Grünen, Linken und Sozialdemokraten gestemmt, da das Abkommen auch für Gewässer, die an die von Marokko besetzte Westsahara grenzen, gelten soll und dies gegen Völkerrecht verstoßen würde. Der Europäische Gerichtshof hatte 2016 und erneut im Februar 2018 geurteilt, dass Verträge zwischen der EU und Rabat die Westsahara nicht einschließen dürfen. (dpa/jW)</p>	papier
Zz167	<p>13/02/19/jungeWelt- Was zu tun ist Aus: Ausgabe vom 12.02.2019, Seite 8 / Ansichten Die SPD und ihre Pläne zu Hartz IV. Gastkommentar Von Christoph Butterwegge Etwa 20 Millionen Menschen haben seit 2005 Arbeitslosengeld II, also »Hartz IV«, bezogen und sind in gewisser Weise gedemütigt worden, haben das auch auf die SPD zurückgeführt. Jetzt muss die Sozialdemokratie dafür sorgen, dass sie wieder erkennbar wird. Mit den sogenannten Hartz-Gesetzen wurden zahlreiche Verschlechterungen für Langzeiterwerbslose, Geringverdiener und Arbeitsuchende eingeführt. Folgende neun Regelungen müssten zurückgenommen, abgeschafft bzw. geändert werden, wenn man »Hartz IV hinter sich lassen« möchte, was Andrea Nahles als Vorsitzende der SPD für ihre Partei seit kurzem in Anspruch nimmt. ...</p>	papier
Zz168	<p>13/02/19/jungeWelt- Wettrüsten eskaliert Rund 35 Staats- und Regierungschefs werden bei der Münchner »Sicherheitskonferenz« erwartet. Die Zeichen stehen auf Krieg Von Efthymis Angeloudis Es soll die »wichtigste und größte Sicherheitskonferenz« in der Geschichte des Treffens werden, behauptet Konferenzleiter Wolfgang Ischinger. Es geht in der diesjährigen Konferenz um die »Selbstbehauptung Europas«, sagt Ischinger; allerdings behauptet sich momentan eine ganz andere Region der Welt, vor allem durch Rüstungsausgaben. »Der Nahe Osten befindet sich im Umbruch«, heißt es im »Munich Security Report«, der jedes Jahr</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>vor Beginn der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz herausgegeben wird. Laut dem am Montag erschienenen Bericht liegen sieben der zehn Länder mit den heute weltweit höchsten Militärausgaben im Nahen Osten. Der Iran verfügt laut dem Report über 523.000 aktive Soldaten, 1.531 Kampfpanzer, 21 U-Boote, 312 taktische Kampfflugzeuge und 50 Kampfhubschrauber und bildet somit die truppenstärkste Armee. Doch Saudi-Arabien und die Türkei holen auf. Dieser »große Umbruch« hängt mit der neuen Rolle der USA in der Region zusammen.</p>	
Zz169	<p>13/02/19/jungeWelt- Grüßaugust auf Reisen Leserstimme: »Legitimater des Tages: Steinmeier« Jedesmal, wenn eine Bundespräsidentenwahl ansteht, wird in aller Öffentlichkeit zwischen den Parteiführungen, meist nur zwischen »Union« und SPD, gekungelt; gelegentlich dürfen auch die Grünen oder die FDP mittun. Die Linke ist ausgesperrt. So war es auch bei Frank Walter Steinmeiers Wahl. (...) Dass ausgerechnet ein Präsident aus SPD-Reihen mit »Grüßaugust«-Funktionen, der nicht vom Volk gewählt wurde, dem venezolanischen Staatschef Nicolás Maduro »autokratische Tendenzen« vorwirft, ist schon eine ziemliche Anmaßung. Das darf die Linke keinesfalls mitmachen. (...) Volker Wirth, Berlin</p>	papier
Zz170	<p>14/02/19/TELEPOLIS- Gelbwesten: Der Boxer muss ins Gefängnis Thomas Pany ... aber nur nachts, ein Jahr lang. Der Fall Christophe Dettinger zeigt, wie ambivalent das Problem Gewalt bei den Demonstrationen in Wirklichkeit ist Der Boxer Christophe Dettinger wurde gestern nach einer siebenstündigen Verhandlung von einem Strafgericht in Paris zu einer Freiheitsstrafe von 30 Monaten <u>verurteilt</u>, von denen er 12 Monate lang die Nächte in einem Gefängnis verbringen muss, 18 Monate sind zur Bewährung ausgesetzt. Dettinger muss zudem Gemeindedienst in der Banlieue leisten und 5.000 Euro Entschädigung zahlen. Ein halbes Jahr lang darf er Paris nicht betreten. Das Urteil blieb unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft.</p>	papier
Zz173	<p>14/02/19/TELEPOLIS- Hartz IV für Anfänger Oliver Eberhardt Kommentar: Die Reformvorschläge der SPD gehen an der Lebensrealität vorbei SPD, FDP, Grüne und Linke wollen das Sozialsystem reformieren; die CDU findet indes, dass vor allem Eigenverantwortung gefragt ist. Dabei fällt immer wieder auf, dass diese Überlegungen weit an der Lebensrealität vorbei gehen. Die Zahl der Sozialleistungen ist groß; die Zahl der Bundes- und Landesministerien, die dafür zuständig sind, ist ebenso riesig. Die wichtigsten Leistungen sind: Kindergeld, Wohngeld, Krankengeld, Bafög Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II, volle/halbe Erwerbsminderungsrente, Sozialgeld und Sozialhilfe, Rente, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen</p>	papier
Zz174	<p>14/02/19/TELEPOLIS- Neue Wertegemeinschaft: Mit Donald Trump in die Willkürzone der internationalen Politik Malte Daniljuk Gegen Russland, China und den Rest der Welt. Die aktuellen Entwicklungen lassen befürchten, dass sich die Bundesregierung der destruktiven Außenpolitik der Regierung unter Donald Trump unterordnet In den vergangenen Jahren beklagten sich zahlreiche europäische Politiker darüber, dass die Regierung unter Donald Trump willkürlich Vertragswerke und Abmachungen in den internationalen Beziehungen zerstört. Mit dem versuchten Putsch in Venezuela und dem amerikanischen Austritt aus dem INF-Vertrag hat sich der Tenor allerdings deutlich verschoben. Neuerdings beieilen sich auch zahlreiche deutsche Außenpolitiker, ihre Wertegemeinschaft mit Donald Trump, Mike Pompeo und Gina Haspel unter Beweis zu stellen, indem sie offensichtliche Rechtsbrüche in den internationalen Beziehungen begeistert unterstützen. Stephen Walt, Professor für internationale Politik an der Harvard-Universität, <u>erinnerte</u> mit Blick auf das Verhältnis zwischen USA und EU kürzlich daran, dass gemeinsame Werte eine "fromme Rhetorik" sind. Die "regelbasierte</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Ordnung" und eine "transatlantische Gemeinschaft" bezeichnet er als Schaufensterdekoration:</p> <p>"Der wahre Grund, warum sich die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit intensiv für die europäische Sicherheit eingesetzt haben, liegt darin, dass sie dachten, es läge im Interesse des Landes zu verhindern, dass ein einzelner Staat Europa dominiert und seine reichlich vorhandene industrielle Macht kontrolliert."</p>	
Zz175	<p>15/02/19/50MB/NDR-Feat- Donnerschacht und Frösche in Schnapsgläsern</p> <p>Die Kunst des Geräuschemachens</p> <p>Die Kunst des Geräuschemachens wird nur durch Überlieferung gelehrt und weitergegeben, bis heute. Das Feature lüftet die Geheimnisse eines alten Handwerks. Löwengebrüll durch ein Papprohr, ein Spiegelei mithilfe von Cellophanpapier und Meeresrauschen - erzeugt mit zwei Bürsten auf einem Kissen. Die Geschichte des Geräuschemachers reicht zurück bis in das Theater der Antike. Auch wenn die Meisten beim Begriff "foley artist" an die Anfänge des Tonfilms denken ist der Geräuschemacher extrem wichtig für die heutige Filmindustrie. Ob Game of Thrones, Rogue One: A Star Wars Story oder Inception - keine dieser riesigen Hollywood-Produktionen kommt ohne Geräuschemacher aus.</p>	52:26
Zz176	<p>15/02/19/TELEPOLIS- Giftgasangriff?</p> <p>Was ist in Duma am 7. April 2018 passiert? Florian Rötzer</p> <p>Für die USA waren die Bilder der Weißhelme Beweis genug zur Bombardierung, ein investigativer US-Journalist hat sich bemüht, den Nebel des Krieges und der Propaganda vorurteilslos zu durchdringen</p> <p>Passend zur Münchener Sicherheitskonferenz, wo die Veranstalter wie jedes Jahr einen drohenden Zusammenbruch, dieses Mal der "liberalen Weltordnung", beschwören, ist auf Intercept der Bericht von James Harkin, Direktor des Centre for Investigative Journalism und Mitglied des Shorenstein Center der Harvard University, erschienen, der sich noch einmal den angeblichen Giftgasangriff auf das syrische Duma (Douma) im April 2018 vorgenommen hat (Das lässt aufhorchen: Angeblicher Chemiewaffenangriff in Ost-Ghouta).</p> <p>Er war bereits Anfang Juli 2018 nach Duma gereist, um sich die Lage vor Ort anzusehen. Seine Reportage ist Pflichtlektüre, auch wenn man letztlich zu anderen Schlüssen kommen mag. Klar ist auf jeden Fall, dass viele Menschen umkamen, letztlich ist es egal, ob sie Opfer einer chemischen Waffe oder einer normalen Bombe wurden.</p> <p>Für ihn ist es eine Fallstudie für die Choreografie der neuen Propagandakriege im Zeitalter der Fake News.</p>	papier
Zz177	<p>15/02/19/TELEPOLIS- Lindsey Graham: NATO ist die "beste amerikanische Investition seit dem Zweiten Weltkrieg" von Peter Mühlbauer</p> <p>Verteidigungsminister von Deutschland und Großbritannien eröffnen Münchner Sicherheitskonferenz - BR-Kommentator Hacke vergleicht von der Leyens Rede mit Valium</p> <p>Zu Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 ließ der Veranstaltungsleiter Wolfgang Ischinger auch optisch keinen Zweifel daran, dass er kein neutraler Makler sein will, sondern eine eigene Agenda hat: Er hielt seine Einführungsansprache in einem Kapuzenpullover mit EU-Flagge, den ihm angeblich sein Enkel zu Weihnachten geschenkt hatte.</p> <p>Gleich nach ihm sprach die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die der vom Bayerischen Rundfunk als Kommentator eingeladene Politikwissenschaftler Christian Hacke mit dem Beruhigungsmittel Valium verglich. Vorher hatte die Kamera des BR ein Bild der ehemaligen amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright eingefangen, die zu schlafen schien, während die CDU-Politikerin ihre Rede hielt. ...</p>	papier
Zz178	<p>15/02/19/TELEPOLIS- Weitere Anzeichen für US-Intervention in Venezuela</p> <p>Kubas Außenministerium warnt vor Truppenbewegungen in der Karibik von Harald Neuber</p> <p>Kuba hat in einer Erklärung des Außenministeriums auf eine Verlegung von US-Truppen in die Karibik hingewiesen und vor einem möglichen "militärischen Abenteuer" der USA in Venezuela gewarnt. Ein Angriff auf das südamerikanische Land könnte als humanitäre Intervention getarnt werden, hieß es aus Havanna.</p> <p>Nach Angaben des kubanischen Außenministeriums gab es Bewegungen von US-Spezialeinheiten zu Flughäfen in Puerto Rico, der Dominikanischen Republik und anderen karibischen Inseln, ohne das</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Wissen der dortigen Regierungen. "Die Vorbereitung einer militärischen Aggression gegen Venezuela unter humanitären Vorwänden geht weiter", heißt es in der Erklärung. Kuba forderte die internationale Gemeinschaft auf, einen möglichen Angriff auf Kuba zu verhindern. ...</p>	
Zz179	<p>16/02/19/Spiegel -Regierungsberater- nur als FOTO aus dem Spiegel!</p>	papier
Zz180	<p>16/02/19/jungeWelt- Spiel mit der Apokalypse Auftakt der Münchner Kriegskonferenz: NATO-Strategen beraten über Aufrüstung. Verstärkte Militarisierung der EU Von Jörg Kronauer Mit einem Bekenntnis zur NATO hat Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen am Freitag die diesjährige Münchner »Sicherheitskonferenz« eröffnet. Sie kündigte an, den deutschen Militärhaushalt – wie von Washington verlangt – systematisch weiter aufzustocken, forderte im Gegenzug aber ein Ende der jüngsten US-Alleingänge. »Für unsere Missionen pflegen wir den Grundsatz: Gemeinsam rein, gemeinsam raus«, erklärte die Ministerin mit Blick auf die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, die US-Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Von der Leyen eröffnete die Konferenz gemeinsam mit ihrem britischen Amtskollegen Gavin Williamson und kündigte an, die Militärkooperation mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Austritt aus der EU noch zu vertiefen. Williamson hatte Anfang der Woche mitgeteilt, London wolle in den kommenden Jahren militärisch seine »globale Präsenz stärken«, seine »tödliche Schlagkraft steigern« und damit weltweit sein »Gewicht erhöhen«. ...</p>	papier
Zz181	<p>jungeWelt- Minijobben bis zur Rente Ältere sollen immer länger arbeiten. Doch die meisten halten sich bis zur Pension mit prekären Jobs über Wasser Von Susan Bonath Die Rente mit 65 ist Geschichte. Das Eintrittsalter steigt in den kommenden zwölf Jahren auf 67, aktuell liegt es bei 65 Jahren und acht Monaten. Wer früher aus der Lohnerwerbsmühle aussteigt, bekommt Abzüge. Doch die Bundesregierung bejubelt ihre Kürzungspolitik in ihrem »Dritten Bericht zur Anhebung der Regelaltersgrenze«, den sie Ende 2018 vorlegte: »Die Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer hat sich in den vergangenen Jahren ausgesprochen dynamisch entwickelt«, heißt es. Habe im Jahr 2000 nur jeder fünfte 60- bis 64jährige sozialversicherungspflichtig gearbeitet, sei es 2017 bereits mehr als die Hälfte aus dieser Altersgruppe gewesen: 2,1 Millionen. Doch die Zahlen trügen, wie jetzt eine 68seitige Antwort der Bundesregierung an den Grünen-Abgeordneten im Bundestag, Markus Kurth, ergeben hat, die jW vorliegt. Zuerst berichtete die Süddeutsche Zeitung am Mittwoch darüber. ...</p>	papier
Zz182	<p>16/02/19/TELEPOLIS- Dürfen Wissenschaftler Politiker zum Rücktritt auffordern? Afrikaforscher stehen wegen Kritik an Günther Nooke unter Druck Peter Nowak "Was darf ein Politiker heute eigentlich noch sagen, ohne am Rassismus-Pranger zu landen?" Solche Fragen stellen Rechtspopulisten aller Couleur. Zu solchen Fragestellern gehörte der B.Z-Kolumnist Gunnar Schupelius bereits, als es die AfD noch gar nicht gab. Sein Lieblingsfeindbild sind Linke aller Couleur, Feministinnen und sogenannte abgehobene Geisteswissenschaftler, wenn sie sich noch dazu politisch äußern. Dazu zählt für ihn natürlich auch der Fachverband Afrikanistik, eine Gruppe von Afrikawissenschaftlern, die das Afrikabild des Sonderbeauftragten der Bundesregierung, Günther Nooke, kritisiert und seinen Rücktritt gefordert hatten. Entzündet hatte sich die Kontroverse an einem B.Z.-Interview von Günther Nooke vor einigen Monaten.</p>	
Zz183	<p>16/02/19/jungeWelt- Ton wird schärfer Russland und China stellen sich klar hinter venezolanische Regierung. Putschistenführer Guaidó eskaliert weiter Von Volker Hermsdorf Der von Washington organisierte Putschversuch gegen die Regierung Venezuelas droht sich zu einem globalen Konflikt auszuweiten. Nachdem Kuba über einen Aufmarsch von US-Truppen in der Karibik berichtet hatte, warnten Russland, China und andere Länder die USA vor einer weiteren Eskalation. »Wir sind sehr besorgt darüber, dass einige Länder offenbar eine Militäraktion gegen Venezuela in</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	Betracht ziehen«, erklärte der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja , am Donnerstag. Er teile den Vorwurf des kubanischen Außenministers Bruno Rodríguez , dass die Vereinigten Staaten »humanitäre Hilfsmaßnahmen« lediglich als Vorwand nutzten, um von ihren Putschabsichten abzulenken und eine militärische Aggression gegen Venezuela zu rechtfertigen, sagte der Diplomat vor Journalisten in New York. ...	
Zz184	16/02/19/jungeWelt- Washingtons »humanitäre Maßnahmen« Die USA bereiten sich seit Jahren auf eine Militärintervention in Venezuela vor <i>Volker Hermsdorf</i> <i>Die seit Jahren verhängten Sanktionen gegen Venezuela sollen, wie es im Fall der Blockade gegen Kuba bereits 1960 in einem Memorandum der US-Regierung offen formuliert wurde, »Hunger, Elend und Verzweiflung« erzeugen. In Washingtons Planspielen erfordert die Not der Bevölkerung dann irgendwann »humanitäre Hilfsmaßnahmen«, die notfalls mit einer militärischen Intervention durchgesetzt werden und zum Sturz unbequemer Regierungen führen. In Jugoslawien, dem Irak und Libyen, wo die Einrichtung eines »humanitären Korridors« jeweils einem Krieg vorausging, war die Methode erfolgreich</i> weiter nur für Abonnenten!	papier
Zz185	17/02/19/50MB/BR2-ZFG Der "Warcore"-Trend zeigt, wie Krieg unsere Modekultur beeinflusst Bomberjacken und Cargo-Hosen sind schon längst Modeklassiker. Jetzt legt die Modeindustrie eine Schippe drauf, der Trend der Stunde heißt "Warcore", Männer und Frauen in den westlichen Metropolen sehen jetzt also so aus, als wollten sie in den Krieg ziehen. Maria Fedorova erklärt warum "Warcore" nur eine Zuspitzung ist von dem, was wir ohnehin schon jeden Tag tragen.	52:01
	Zz186-1_frei	
Zz186-2	17/02/19/51MB/swr2-Feat Sonntag die Grassianer eine Völkerkunde Sie waren die einzigen ihrer Art. Sie sind die letzten ihrer Art. Ethnologen aus der DDR. Nie durften sie das Land für Feldforschungen verlassen. Und es gab nur einen einzigen Arbeitsplatz für sie: Das Museum für Völkerkunde zu Leipzig, Teil des im 19. Jahrhundert nach seinem Geldgeber benannten Grassi-Museums. Ein paar "Grassianer" aus Vorwendezeiten arbeiten dort noch immer. Und müssen feststellen, dass sie selbst die seltensten Stücke im Haus geworden sind. Ein Stamm von Ethnologen alter Schule kann sich mit dem neuen Selbstverständnis ihres Fachs schwer abfinden.	53:53
	Zz187_frei	
Zz188	18/02/19/TELEPOLIS- "Assad-Regime" soll für fast alle von 336 angeblichen Chemiewaffenangriffen verantwortlich sein. Florian Rötzer Der vom Auswärtigen Amt geförderte Bericht des Global Public Policy Institute ist deutlich einseitig und kann als Propaganda oder Beeinflussung verstanden werden Eine vom deutschen Außenministerium und von der Robert Bosch Stiftung geförderter Bericht des Global Public Policy Institute (Berlin) über den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien kommt zu dem Ergebnis, dass es im Verlauf des Krieges, den man wegen der Vielzahl der ausländischen Truppen, Milizen und Kämpfer nicht Bürgerkrieg nennen kann, nachweisbar 336 Angriffe mit Chemiewaffen gegeben habe, 162 hätten nicht bestätigt werden können. Davon müsse man fast alle, nämlich 98 Prozent, dem "Assad Regime" zurechnen, nur zwei Prozent seien vom IS ausgeführt worden, die übrigen Dschihadisten- und Rebellengruppen wie HTS oder Ahrar al-Sham werden hingegen von jedem Verdacht freigesprochen. Die Liste am Ende des Berichts ist freilich ein Witz.	papier
Zz189	18/02/19/TELEPOLIS- Debatte um Hartz-IV-Sanktionen Keine Erkenntnisse - kein Handlungsbedarf Auch was die Darstellung der "Spielregeln" betrifft, denen Hartz-IV-Empfänger sich unterwerfen müssen, gleichen Medienberichte oft bis aufs Wort den Verlautbarungen der dafür verantwortlichen Politiker. Die rhetorische Frage "Ist das etwa zu viel verlangt?" schwingt dabei stets mit. So etwa im Tagesspiegel , wo Cordula Eubel schrieb, ein ALG-II-Bezieher verpflichtete sich, "an der Überwindung seiner Hilfebedürftigkeit mitzuwirken. Bewerbungen schreiben, Vorstellungsgespräche führen, als ‚zumutbar‘ eingestufte Arbeit annehmen, Termine mit dem Jobcenter einhalten - all das gehört dazu." Wer seine Informationen über Hartz IV ausschließlich aus Mainstreammedien bezieht, kann leicht übersehen, dass fast jeder Job als "zumutbar" gilt und dass erzwungene Bewerbungen auf, wahllos aus der Jobbörse der Arbeitsagentur herausgefischte, Stellenausschreibungen eher selten die	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>"Hilfebedürftigkeit" zu überwinden helfen. Da zudem "Aktivierungsmaßnahmen" oft nur nützlich für die Arbeitslosenstatistik und die Kursanbieter sind, nicht aber für die Teilnehmer, wie der Tagesspiegel selbst vor gut einem Jahr herausfand, verwundert es nicht, dass wohl die meisten ALG-II-Empfänger einen Termin beim Jobcenter eher als Bedrohung denn als Chance auffassen.</p>	
Zz190	<p>18/02/19/TELEPOLIS- Regierung zögert Rückführung deutscher IS-Terroristen hinaus Elke Dangeleit</p> <p>Wo ist das Problem? US-Präsident Trump twitterte mal wieder. Die USA hielten hunderte IS-Kämpfer in Syrien fest, darunter auch Deutsche. Europa solle seine Dschihadisten zurückholen, sonst müsse man sie freilassen. Und man würde ungern zusehen, wie die IS-Kämpfer nach Europa einsickern.</p> <p>Na ja, festzuhalten ist zunächst, dass nicht die USA die Dschihadisten festhalten, sondern die Syrischen Demokratischen Streitkräfte (SDF) der Demokratischen Föderation Nordost-Syrien. Sie und die Selbstverwaltung der Föderation kümmern sich um die Gefangenen und sind für deren Versorgung zuständig. Allerdings hat Trump mit seiner Forderung der Rücknahme recht. Warum sollte man der Bevölkerung Nordost-Syriens die Verantwortung für diese Terroristen aufbürden?</p> <p>Haben die kurdischen, arabischen, aramäischen und jesidischen Einheiten nicht schon genug Opfer gebracht, als sie sich als Einzige am Boden mit Luftunterstützung der Anti-IS-Koalition dem IS entgegenstellten?</p> <p>Wie Telepolis berichtete, befinden sich mehr als 60 deutsche Dschihadisten mit ihren Kindern in Gewahrsam in Nordsyrien. Zahlreiche Journalisten aus aller Welt reisten in die Föderation, um sich über die Lage vor Ort ein Bild zu machen. Reportern vom NDR und SWR gelang es, die Genehmigung für Interviews mit inhaftierten deutschen IS-Terroristen zu bekommen. Andere Journalisten konnten mit deutschen IS-Frauen sprechen.</p> <p>Anzunehmen ist, dass auch deutsche Behördenvertreter vor Ort sind, schließlich gehört Deutschland auch zur Anti-IS-Koalition. Die Bundesregierung äußerte sich zurückhaltend zu Trumps Forderung. Man habe zwar Kenntnis von deutschen Staatsangehörigen, die sich in Nordsyrien in Gewahrsam befinden sollen, berichtete das Auswärtige Amt. Man habe aber keine eigenen Erkenntnisse. Wirklich nicht? Details "unter Verschluss" ...</p>	papier
Zz191	<p>18/02/19/TELEPOLIS- Sonderfall Amri? Thomas Moser</p> <p>In den Untersuchungsausschüssen von Bundestag und Abgeordnetenhaus stößt man auf Details, die nicht zu einem regulären Umgang mit einem Gefährder passen</p> <p>Ein Terrorist mit Sonderbehandlung? Die Sicherheitsbehörden selber sind es, die den mutmaßlichen Attentäter vom Breitscheidplatz durch die Art und Weise ihres Umgangs zu einer Art Sonderfall machen - sowohl, was die Zeit vor dem Anschlag betrifft als auch durch ihr Verhalten nach seinem Tod. Mehr als zwei Jahre sind vergangen, seit auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin zwölf Menschen starben. Drei parlamentarische Untersuchungsausschüsse mühen sich ab, die Hintergründe aufzuklären - und doch sind viele Fragen zum dem Ereignis bis heute nicht beantwortet.</p>	papier
Zz192	<p>19/02/19/TELEPOLIS- Das Kreuz mit dem Pluralismus Der Niedergang der Volksparteien ist unvermeidlich - Teil 5</p> <p>Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten sich neue Vorstellungen darüber, wie Demokratie funktionieren soll: die Pluralismustheorien. Sie sind wichtig, damit man besser die Rolle versteht, die Interessenvertreter - die Lobbyisten - in der modernen Gesellschaft und in den Volksparteien spielen.</p> <p>Einfach gesagt, geht die klassische Demokratietheorie davon aus, das Gemeinwohl sei jeder Gesellschaft vorgegeben. Wenn Politiker sich ihm verpflichtet fühlen, müssen sie also nur erkennen, was genau und im Detail das Gemeinwohl ist und ihm dann nach Kräften dienen. Eine einfache Sache ... Doch bei Licht betrachtet, ist das eine ebenso ideologische Position wie der "einzig wahre Glaube" in der Religion. Wenn von vornherein feststeht, was das Gemeinwohl ist, dann ist jeder, der eine andere Vorstellung davon hat, der Feind, muss mit Feuer und Schwert bekämpft und in letzter Konsequenz vernichtet werden; denn dann kann immer nur einer Recht haben - eben derjenige, der genau weiß, was das Gemeinwohl ist. Und alle, die das nicht wissen oder andere Vorstellungen darüber haben, sind Feinde des Volkes und gehören weggesperrt oder gar erschossen. So haben das die Ideologien des 20.</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Jahrhunderts ja auch praktiziert.</p> <p>Teil 1: Das Dilemma einer politischen Missgeburt Teil 2: Unter der Herrschaft einer Form der milden Funktionärsdiktatur Teil 3: Volksparteien: Selbsttötung per Fraktionszwang Teil 4: Volksparteien als klassische Regierungsorgane</p>	
Zz193	<p>20/02/19/g-f-p- Politik der verbrannten Erde BERLIN/WASHINGTON/DAMASKUS (Eigener Bericht) - Syrien steht wegen der neuen Sanktionen von EU und USA laut Einschätzung von Experten vor einem offenen Wirtschaftskrieg. Wie es in einer aktuellen Analyse des European Council on Foreign Relations (ECFR) heißt, sind durch die Boykottmaßnahmen vor allem "die verwundbarsten Menschen in der syrischen Bevölkerung" von katastrophalen Folgen bedroht. Die Sanktionen gegen Syrien werden schon seit Jahren international scharf kritisiert. Bereits im Jahr 2016 hieß es bei den Vereinten Nationen, es handle sich um "das komplizierteste und am weitesten reichende Sanktionsregime, das jemals verhängt wurde"; UN-Mitarbeiter urteilten, nicht der Krieg, sondern die Sanktionen des Westens seien "der Hauptgrund" für den Kollaps des syrischen Gesundheitssystems. Nachdem Brüssel jetzt die Maßnahmen sogar noch ausgeweitet hat, ist Washington dabei, Sanktionen zu verhängen, die sich gegen sämtliche Unternehmen und Länder richten, die Staatsprojekte zum Wiederaufbau Syriens unterstützen. Beim ECFR ist von einer "Politik der verbrannten Erde" die Rede. "Das am weitesten reichende Sanktionsregime seit je"</p>	papier
Zz194	<p>20/02/19/g-f-p Tödliches Trauma Es gibt eine deutsche Berufsgruppe, die mehr Aufmerksamkeit verdient hätte, von uns allen, jedenfalls mehr, als der Dienstherr ihr zukommen lässt. Ihr Dienstherr ist Deutschland, genauer gesagt, der deutsche Staat, der diesen Personenkreis sogar symbolisch auf seinem Staatswappen abbildet: dort symbolisieren die Krallen des Adlers, eines stolzen Greif- und Beutetieres, die Bestimmung der deutschen Soldaten – und Soldatinnen.</p> <p>Allerdings: der bildhafte Stolz ist nur eine Projektion. Soldaten werden nicht zu Adlern. Das Archaische der Tierwelt bekommt unserer Art nicht wirklich gut. Der Beweis lässt sich im Bundeswehrkrankenhaus in Berlin führen. Dort werden vermehrt Soldaten behandelt, die unter dem Archaischen zusammengebrochen sind und aus Einsätzen mit inneren Wunden, mit seelischen Wunden zurückkehren.</p> <p>Sie haben im Ausland Menschen getötet oder sind Zeugen unmenschlicher Grausamkeiten geworden, etwa bei der sogenannten Seeraumüberwachung im Mittelmeer, wo das Meer zu einem Meer voller Leichen geworden ist. Im Mittelmeer sind bis heute über 30.0000 Menschen ertrunken (auch unter den Augen von Bundeswehrsoldaten), weil sie in die Europäische Union gelangen wollten.</p>	papier
Zz195	<p>21/02/19/TELEPOLIS- Hartz IV für Anfänger: Politiker, die nackten Menschen in die Taschen greifen Oliver Eberhardt CDU und CSU fordern mehr Eigenverantwortung von Hartz IV-Empfängern. Die kostet aber so viel, dass sie für einen Großteil der Bevölkerung nicht bezahlbar ist Es scheint eine einfache Forderung zu sein: Mehr Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortung müssten die Menschen in diesem Lande an den Tag legen, heißt es von Politikern der CDU und CSU. Oft konzentriert sich die Debatte dabei auf das Arbeitslosengeld II (ALG II), das unter dem Namen Hartz IV - je nachdem, wo man politisch und finanziell steht - entweder zum Synonym für diejenigen geworden ist, die sich "im sozialen Netz ausruhen", oder zum Inbegriff der staatlichen Gängelung von Armen, die in der Fachsprache "Hilfebedürftige" genannt werden.</p> <p>Die Rechnung scheint im Grunde ganz einfach: Man muss diese Hilfebedürftigen fördern und fordern, dann werden sie sich schon qualifizieren, auf Jobsuche begeben und am Ende mit Brieffaschen voller Geld das System verlassen.</p>	papier
Zz196	<p>21/02/19/TELEPOLIS- Steht in Thailand eine Farbenrevolution an? Christoph Jehle Die versprochenen Wahlen wurden immer wieder verschoben und sollen jetzt am 24. März stattfinden. Welche Rolle die USA bei den Wahlen spielen, ist äußerst umstritten</p> <p>Thailand ist immer wieder für eine Überraschung gut. Nach der Machtübernahme durch das Militär hat</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>dieses die politischen Rahmenbedingungen soweit verändert, dass es seine Einflussnahme auf die Politik auch nach den Wahlen sichern kann. Man wollte mit aller Macht verhindern, dass Taksin Shinawatra (Thaksin) wieder an die Macht kommen und wieder nach Thailand zurückkehren kann (Das Land des Lächelns lächelte nicht mehr, Anatomie eines Konflikts).</p> <p>Seit geraumer Zeit lebt er hauptsächlich in Dubai und besitzt einen Diplomatenpass von Nicaragua sowie einen Pass von Montenegro, der ihm die visafreie Einreise nach Deutschland für weniger als 90 Tage ermöglicht. Seine Schwester Yingluck, die vielfach als Marionette ihres Bruders bezeichnet wurde, hatte während ihrer Regierungszeit erfolglos versucht, eine Amnestie zu ermöglichen, die es ihrem Bruder ermöglicht hätte, wieder in die Thailändische Politik zurückzukehren.</p>	
Zz197	<p>21/02/19/TELEPOLIS- Syrien: Der Westen muss mit dem Regime zusammenarbeiten Thomas Pany "Warum soll jemand nach Syrien zurückkehren?": Der Landeskenner Nir Rosen plädiert für einen Kurswechsel der westlichen Regierungen</p> <p>Sämtliche Pläne, die zu Syrien bekannt werden - mit Ausnahme von russischer Seite - zeichnen sich dadurch aus, dass es um Destruktion und Verhindern eines funktionierenden Staates geht. Es ist kein Plan dabei, der auch nur andeutungsweise eine bessere Zukunft für das Land skizziert. Das ist eine unglaubliche Misere. Vor allem, wenn man sich vor Augen hält, dass in Deutschland knapp 700.000 Syrer leben.</p> <p>Aus westlichen Ländern, aus den USA, aus Frankreich, Großbritannien oder Deutschland kommt zu Syrien nur das monotheistische Bekenntnis zum allmächtigen Gedanken, dass alles besser wird in Syrien, wenn nur das Regime und sein Chef Baschar al-Assad verschwinden. Ein Wunderglaube. Erst sehr spät, nachdem Milliarden Dollar, Unmengen an Waffen und zigtausende Kämpfer nach Syrien geschleust worden waren, hat man Zeichen gegeben, dass die dschihadistische Alternative keine ist. Profitiert hat das Kriegsgeschäft.</p> <p>Es gab und gibt keinen anderen politischen Plan als den, mit allen Mitteln die Absetzung von al-Assad und seiner Regierung zu betreiben, ohne irgendein Konzept für eine alternative politische Ordnung, die praktikabel wäre und nicht auf eine Milizenherrschaft hinausläuft.</p>	papier
Zz198	<p>21/02/19/TELEPOLIS- US-Streitkräfte entwickeln gegen Russland und China ein Konzept für heimliches Eindringen Florian Rötzer Das Pentagon setzt offenbar auf Eskalation des Wettrüstens und will mit einer angeblich neuen "penetrating capability" durch Schaffung von Dilemmata die gegnerische Abwehr ausschalten</p> <p>Während der Konflikt mit Venezuela systematisch von der Opposition und den USA mit ihrer Koalition der Willigen, inklusive der Bundesregierung, eskaliert wird, um wahrscheinlich am Wochenende den geplanten Regime Change zu starten, bereitet sich das Weiße Haus auf das nächste Treffen des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un mit US-Präsident Donald Trump in Nordkorea vor. Trumps Ehrgeiz ist, unbedingt den jahrzehntelangen Konflikt durch die Denuklearisierung Nordkoreas zu lösen, um über seine Vorgänger zu triumphieren.</p>	papier
Zz199	<p>21/02/19/g-f-p- Vorbereitungen auf den Handelskrieg BERLIN/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Angesichts zunehmender Konflikte zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bzw. der EU gewinnt die Diskussion über einen möglichen offenen Handelskrieg mit den USA an Dynamik. Washington befindet sich auf "Kollisionskurs", heißt es in Kommentaren nach der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz; EU-Politiker kündigen ihrerseits an, man werde sich "von Trump nicht erpressen lassen". Mit Drohungen und dem Angebot, die Zölle auf Industriegüter zu senken, sucht Brüssel Washington zu einer Einigung zu bewegen. Hintergrund ist, dass die Kfz-Strafzölle, mit denen die Trump-Administration droht, eine ernste Gefahr für die Eurozone wären. Zwar äußern sich Branchenvertreter unterschiedlich über die direkten Folgen neuer Autozölle für die deutsche Industrie. Doch weisen Experten darauf hin, dass neue Handelshürden beim Export in die Vereinigten Staaten die EU zu einem heiklen Zeitpunkt trafen: Die Wirtschaft stagniere, der Brexit drohe Handelsverwerfungen hervorzurufen, Italien stecke in der Rezession; US-Strafzölle könnten das Fass leicht zum Überlaufen bringen.</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
Zz203	<p>22/02/19/22/02/19/11MB/DLF- Interview Oppositionspolitikerin Machado Venezuela Maria Corina Machado mit Manuskript sehr sehr wichtig!</p> <p>„In Venezuela hat sich ein krimineller Staat gebildet“</p> <p>Venezuelas Übergangspräsident Juan Guaidó hat humanitäre Hilfslieferungen angekündigt. Machthaber Nicolás Maduro will diese blockieren. Unklar ist, wie das Militär sich verhält. Oppositionspolitikerin Maria Corina Machado sagte im Dlf, die Generäle seien in kriminelle Aktivitäten des Regimes verstrickt.</p> <p>Christoph Heinemann: Was wird an diesem Wochenende voraussichtlich passieren?</p> <p><i>Maria Corina Machado: Wir werden sehen, ob Nicolas Madura endlich begreift, dass sowohl die Menschen in Venezuela als auch die internationale Gemeinschaft entschlossen sind, die Tragödie, die humanitäre Katastrophe, die sich in Venezuela gerade ereignet, zu beenden. Niemals zuvor gab es eine solch große internationale Koalition von Nationen rund um die Erde, die sich verpflichtet haben, Tod und Verhungern der Gesellschaft zu stoppen. Maduro hat gesagt, er werde die humanitäre Hilfsgüter nicht nach Venezuela hereinlassen. Aber der Druck wächst, von innen und außen.</i></p>	11:43
Zz204	<p>22/02/19/2,3MB/DLF- Nachrichten</p> <p>>Venezuela Streit um Hilfslieferungen. Dazu C. Machado: ...das Militär ist gespalten. Maduro überlegt die Grenze nach Kolumbien komplett zu schließen. Maduro die Hilfslieferungen als Versuch seine Macht zu untergraben und ihn zu Stürzen. Guaido rief die Bevölkerung auf sich morgen an der Grenze zu versammeln und die Hilfsgüter ins Land zu bringen.</p> <p>>Syrien die US-Regierung will nach Truppenabzug noch 200Soldaten im Land lassen. Sie sollen für eine gewisse Zeit der „Friedenssicherung“ dienen. US- Trump rechtfertigt den Abzug mit dem Sieg über den IS. Kritiker sehen den Abzug als erfrüht an, und fordern das die Kämpfer der YPG, die mit den US-Kämpfern verbündet sind vor türkischen Angriffen geschützt werden.</p> <p>>Nord-Korea hat vor einer Hungersnot im eigenen Land gewarnt.</p>	02:24
Zz205	<p>22/02/19/9MB/DLF vor linken Parteitag: Interview mit Gregor Gysi-</p> <p>...Sie kennen die Prognosen, das vor allem die Parteien am „rechten Rand“ bei den nächsten EU-Parlamentswahlen gestärkt werden, warum? ...das hat viele Gründe auch mit der Schwächung der Linken, der Unübersichtlichkeit der Welt, Warum ist die Linke gegenwärtig keine Alternative für Europa? ...viel Gründe ...das Scheitern des Staatssozialismus, eine Alternative zum Kapitalismus ist ihr nicht gelungen. Gute Sozialpolitik aber zu wenig Wirtschaftspolitik.</p>	09:22
Zz206	<p>22/02/19/TELEPOLIS-Wurden bei den chinesischen CRISPR-Kindern auch die Gehirne optimiert? Florian Rötzer</p> <p>Der in Ungnade gefallene Wissenschaftler He Jiankui wollte mit der Ausschaltung eines Gens Kinder auf die Welt bringen, die immun gegen HIV sind, aber vielleicht ging es darum gar nicht primär</p> <p>Als der chinesische Wissenschaftler He Jiankui von der Southern University of Science and Technology in Shenzhen im November 2018 bekannt gab, dass die zwei ersten Kinder geboren wurden, deren Gene durch Gene Editing verändert wurden, war die Reaktion weltweit so aufgeregt und entsetzt wie seinerzeit, als erstmals das Schaf Dolly als erstes Säugetier vorgestellt wurde, das geklont worden war. He und sein Team hatten erstmals an Menschen die Genschere CRISPR/Cas-9 benutzt, um bei künstlich befruchteten menschlichen Embryonen von mehreren Paaren, das Gen CCR5 auszuschalten. Zwei der Kinder seien nun gesund geboren worden, verkündete er (China: Erste Kinder angeblich geboren, die mit Gene Editing behandelt wurden). ...</p>	papier
Zz207	<p>22/02/19/TELEPOLIS- Staat im Staate</p> <p>Die Bitnation Pangea Fenris Reschke</p> <p>Die Ökonomisierung des Altruismus oder: Wie sich Informatiker dazu aufmachten, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu zerschlagen.</p> <p>Die Idee der "Bitnation" wirkt auf den ersten Blick wie ein wagemutiges gesellschaftliches Experiment, das den Zusammenhalt der Gemeinschaft weltweit verbessern könnte. Aus dem World Wide Web wird die World Wide Community. Eine Gesellschaft mit einer eigenen Währung, die durch gute Taten erworben und von den Mitgliedern gehandelt und getauscht wird.</p> <p>Des Weiteren soll es nicht nur um diese neue Währung gehen, nein, vielmehr ist dies das Mittel, um</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>eine globale Gemeinschaft ohne staatliche Institution zu erschaffen. Missverständnisse und Streitigkeiten werden zwischen den Mitgliedern direkt ausgehandelt und beigelegt, gutes Verhalten wird belohnt, anstatt schlechtes bestraft, um den Mitgliedern einen Anreiz zu geben, sich um ihre Mitmenschen zu kümmern. Die Bitnation stellt sogar diplomatische Pässe, Geburtsurkunden, Heiratsurkunden und weitere offizielle Dokumente aus - natürlich gegen Gebühr in ihrer eigenen Währung.</p>	
Zz208	<p>22/02/19/TELEPOLIS- Schulstreik: Immer wieder Freitags Wolfgang Pomrehn Greta Thunberg liest in Brüssel den EU-Größen die Leviten Auch am heutigen Freitag haben deutschlandweit wieder viele Tausend Schüler für wirksamen und schnellen Klimaschutz demonstriert. Eine Übersicht im Internet listet die Daten von 54 Städten auf – von Lörrach bis Flensburg und von Saarlouis bis Greifswald, wobei der Osten deutlich unterrepräsentiert ist –, in denen am Vormittag oder um die Mittagszeit gestreikt und demonstriert wurde. ...</p>	papier
Zz209	<p>22/02/19/g-f-p- Fünf Jahre Kollaps BERLIN/KIEW (Eigener Bericht) - Fünf Jahre nach dem von Berlin forcierten prowestlichen Umsturz in Kiew ("Maidan-Revolution") am 22. Februar 2014 schreitet der ökonomische und soziale Zusammenbruch der Ukraine immer weiter voran. Die Wirtschaft des Landes ist kollabiert; Export und Import stürzten von 2013 bis 2017 um rund ein Drittel ab. Die Industrie liegt am Boden; die Deindustrialisierung des Landes verfestigt sich. Erstmals in der Geschichte der unabhängigen Ukraine sind landwirtschaftliche Produkte zum Hauptexportgut des Landes geworden, das damit seinen Status als peripheres Land am Rand der EU - und in Abhängigkeit von ihr - dokumentiert. Darüber hinaus ist die Ukraine mittlerweile zum ärmsten Land Europas abgestiegen; auch das Gesundheitswesen ist kollabiert. Aufschwung hat lediglich die extreme Rechte. Den Einfluss ultrarechter Milizen vergleichen Experten inzwischen mit ähnlichen Phänomenen in Lateinamerika und in Afrika. Wie selbst offizielle Stellen in der Ukraine einräumen müssen, verlassen inzwischen jährlich eine Million Menschen wegen der katastrophalen Entwicklung das Land</p>	papier
Zz210	<p>23/02/19/jungeWelt- Enormes Vertrauen in die Zukunft Kuba vor dem Referendum Gespräch mit Abel Prieto über Kubas neue Verfassung, die Idee des Kommunismus und den Einfluss von Promis und sozialen Netzwerken Interview: André Scheer In Kuba ist in den vergangenen Monaten über eine neue Verfassung diskutiert worden, die an diesem Sonntag, den 24. Februar, in einem Volksentscheid verabschiedet werden soll. Sie waren lange Jahre Kulturminister Ihres Landes. Wie schätzen Sie den Verlauf dieser Debatte ein, die man ja durchaus als Ausdruck der Kultur Kubas betrachten kann? Zu Beginn der Debatte wurde eine Kommission unter dem Vorsitz von Raúl Castro, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Kubas, gebildet, die einen ersten Entwurf für die Verfassungsreform erarbeitete. Ihr gehörten Staatspräsident Miguel Díaz-Canel und eine Gruppe von Abgeordneten an. Der von ihnen erarbeitete erste Entwurf wurde in der Nationalversammlung ausführlich diskutiert und verabschiedet. Damit begann eine einzigartige Bewegung, ich kann mich jedenfalls an nichts Vergleichbares irgendwo auf der Welt erinnern. Der Entwurf wurde in alle Teile des Landes gebracht, in alle Betriebe, und Millionen Kubaner haben den Text gelesen und sich Gedanken über Änderungsvorschläge gemacht. Viele brachten ihre Ideen gleich schriftlich zu den Versammlungen mit und reichten sie ein. Es gab eine riesige Menge an Vorschlägen, was geändert werden müsste, was genauer formuliert oder aus dem Text gestrichen werden sollte. ...</p>	papier
Zz212	<p>23/02/19/TELEPOLIS- Kommentar: Helikoptergeld, um die Inflation anzuheben?- Matthias Weik und Marc Friedrich Das Ende der Eurozone droht, die Maßnahmen werden skurril Zehn Jahre ist es her, dass sich die Welt in einer ernsthaften Wirtschaftskrise befand. Gelernt haben wir aus dieser Krise offensichtlich äußert wenig. Mittlerweile ist es aber einem jeden klar, dass man sich eben doch nicht mit ultraviel billigem Geld aus der Krise drucken kann. Die Probleme der letzten Finanzkrise wurden keinesfalls gelöst, sondern lediglich in die Zukunft</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>gedruckt. Jetzt sind die Probleme wieder da. Die Anzeichen in der Eurozone stehen auf Rezession. Jedoch nicht nur in Südeuropa, das sich seit 2008 nicht mehr richtig erholt hat, sondern eben auch beim Exportweltmeister Deutschland. Nach einem historisch einmaligen, künstlichen Boom, ausgelöst durch niedrige Zinsen und billiges Geld, geht der Zyklus dem Ende entgegen und stürmische Zeiten sind zu erwarten.</p> <p>Die Konjunktur verschlechtert sich zusehends. Jetzt stellt sich die Frage, was die Geldmagier der Europäischen Zentralbank rund um EZB-Boss Draghi nun aushecken werden, um das System noch länger am Laufen zu halten. Im Gegensatz zur FED konnte man durch das Zwangskorsett des Euros die Zinsen nicht erhöhen, um sich einen Puffer aufzubauen für die nächste Krise.</p>	
Zz213	<p>23/02/19/jungeWelt- Mimmi Kiddi jW-Wochenendgeschichte Von Ludwig Lugmeier</p> <p>Nun bin ich in das Haus meiner Tante gezogen. Ein sehr schönes Haus. Geradezu ein Palast. Dicke Teppiche, Gardinen aus Samt, stuckverzierte Plafonds, blitzende Lüster. Das Badezimmer mit Marmor gefliest und im Keller edelste Weine. Ich habe gleich eine Flasche geöffnet. Château Lafite. Ein ausgezeichnete Tropfen! Im Flur schlägt die Standuhr. Ihr bronzenener Klang tut mir wohl. Das wird jetzt ein Leben!</p> <p>Gegen Mitternacht stellte sich eine Mitbewohnerin ein. Eine Maus. Ein winziges Mäuschen. Es sauste über den Teppich und kletterte am Polsterstuhl hoch. Nun sitzt es bei mir auf dem Schoß und sieht mich mit Knopfüglein an. »Na«, sage ich, »was machst du denn hier? Möchtest du einen Keks?« Es knabbert ganz wild. Als wäre es am Verhungern. Dann beißt es mich kurz. »Mäuschen«, sage ich, »du brauchst unbedingt einen Namen. Wie wär's mit Mimmi?« »Wunderbar«, piepst es da. ...</p>	papier
Zz214	<p>23/02/19/jungeWelt- Steuerschlußfloch BRD Bundesfinanzminister wehrt sich vehement gegen Veröffentlichungspflicht von Gewinnen multinationaler Unternehmen in der EU Von Gerrit Hoekman Aus: Ausgabe vom 23.02.2019, Seite 9 / Kapital & Arbeit Konzerneuropa In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 versprach die SPD mehr Steuertransparenz in der EU. Doch davon will Finanzminister Olaf Scholz inzwischen nichts mehr wissen: Seit dem vergangenen Sommer wartet die EU-Kommission darauf, dass Deutschland einem Vorschlag zustimmt, der multinationale Konzerne zwingen würde, ihre Gewinne offenzulegen.</p> <p>»Konkret geht es um die Frage, welche Haltung die Mitgliedsstaaten zum Vorhaben der EU-Kommission haben, das sogenannte Country-by-Country-Reporting öffentlich zu machen«, berichtete die <i>Süddeutsche Zeitung (SZ)</i> am Freitag. Multinationale Konzerne sollen verpflichtet werden, Umsatz, Gewinn und Steuerzahlungen nach Ländern aufgeschlüsselt zu veröffentlichen. Das würde die nationalen Finanzämter in die Lage versetzen, die Unternehmen dort zu besteuern, wo sie Gewinn erwirtschaften. Firmen könnten dann nicht mehr dorthin ausweichen, wo die Steuerlast am geringsten ist. ...</p>	papier
Zz215	<p>23/02/19/TELEPOLIS- Geheime Pläne des MIT gegen Kurden veröffentlicht Elke Dangeleit</p> <p>Aus dem Dokument geht hervor, dass die Ermordung von PKK-Führungskadern sowie von Sympathisanten und Anhängern geplant war Der ägyptische Fernsehkanal TEN TV veröffentlichte kürzlich Dokumente des türkischen Geheimdienstes MIT zu den Plänen gegen die HDP, die PKK, die gewählten HDP-Stadtverwaltungen und die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien.</p> <p>Aus dem vertraulichen Dokument für die strategische Abteilung des türkischen Generalstabs geht hervor, dass die Ermordung von PKK-Führungskadern sowie von Sympathisanten und Anhängern geplant war. Weiter steht laut Dokument die Ermordung von HDP-Aktivisten und die vollständige Kontrolle der kurdischen Städte im Osten der Türkei auf der Agenda. Aber auch für das Gebiet der demokratischen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien hat der MIT spezielle Pläne. ...</p>	papier
Zz216	<p>23/02/19/TELEPOLIS- Sozialdemokratie: Eine "ansehnliche Minorität"? Paul Sailer-Wlasits</p> <p>Zum Aufstieg der neuen Rechten in Europa und zu linken Versäumnissen. Eine Bestandsaufnahme politischer Mitschuld und Mitverantwortung Der österreichische Dramatiker Arthur Schnitzler notierte in seinem Tagebuch vom 16. Februar 1919,</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>jenem ersten Wahltag nach Ende der Habsburger Monarchie, an dem Männer und Frauen gleichberechtigt teilnehmen durften, er habe nur deshalb sozialdemokratisch gewählt, um "so weit von rechts wegzurücken als möglich" und um "der sozialdemokratischen Partei eine ansehnliche Minorität zu verschaffen".</p> <p>Einhundert Jahre später ist die Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich auf dem besten Weg, trotz kurzfristiger Umfrage-Strohfeuer, auch diese aufs Spiel zu setzen. In Österreich durch allmähliches Verblässen und, was viel schwerer wiegt, in Deutschland durch das Vorbeigehenlassen einer historischen Chance: Sie hat im Bundestag die in einer Demokratie wichtige und keinesfalls ehrenrührige Rolle, nämlich die stärkste Oppositionskraft im Parlament zu sein, zugunsten einer zweifelhaften Anteilhabe an der Macht aufgegeben und diesen Wirkungsbereich rechten Kräften überlassen. ...</p>	
Zz217	<p>24/02/19/4MB/DLF- Nachrichten</p> <p>>Venezuela ...nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen an der Kolumbianischen Grenze, hat US.Auß.Min. Pompejo „Maßnahmen zur Unterstützung der Demokratie in Venezuela“ angekündigt. Nun sei die Zeit zum Handeln gekommen um dem verzweifelten Volk zu helfen. Und verurteilte das gewaltsame Vorgehen der venezulanischen Sicherheitskräfte an Grenzübergängen. Es wurden min. 2Personen getötet und hunderte verletzt. Kolumbien kündigte die Rückkehr der Lastwagen an. Kolumbianische Auß.Min. Trochilio... der „friedliche und humanitäre Einsatz“ sei durch die Regierung Maduros gewaltsam gestört worden. Maduro verkündete den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kolumbien.</p> <p>>Ende des Parteitag der Linken zur EU-Wahl. Schirmann und Demirell nominiert. Zur EU bekannt aber grundlegende Reformen gefordert.</p> <p>>30% der BRD-Bevölkerung möchte bereits mit 60Jahren in Rente gehen. 26% mit 63J, 15% 65J</p> <p>>EU und Arabische Liga, ein erstes Gipfel-Treffen in Scham-el-Schech. ...engere Zusammenarbeit in politischen und wirtschaftl. Fragen. Und Bekämpfung des Terrorismus gehen ...na, was fürn Wunder! Des weiteren Syrienkrieg, Lybien und Jemen, Palästina/Israel-Konflikt. Eindämmung illegaler Migration. Für die BRD kommt Merkel.</p> <p>>Vatikan ende der Konferenz über Missbrauch in der katholischen Kirche. Der BRD-Kardinal Marx fordert ein klares Signal von Papst Franziskus. Und prangerte Geheimniskrämerei und Macht missbrauch in der kath. Kirche an.</p>	04:11
Zz218	<p>24/02/19/TELEPOLIS- Venezuela: Juan Guaidó setzt auf Hilfe von außen</p> <p>Thomas Pany</p> <p>Die angekündigten Hilfsmittellieferungen kamen bis auf wenige Ausnahmen nicht nach Venezuela. Die Grenzen blieben nach Anweisungen des Präsidenten Maduro geschlossen</p> <p>Der gestrige Tag war als Showdown proklamiert worden zwischen dem amtlich inaugurierten Präsidenten Venezuelas und dem selbsterklärten Interimspräsidenten. Mit Hilfslieferungen, die via Lastwagen oder Schiff von außen nach Venezuela transportiert werden sollten, um Versorgungsengpässe zu kompensieren, wollte sich Oppositionsführer Juan Guaidó als Staatsführer zeigen, der das Gute für das Land im Sinn hat und - vor allem - die größere Unterstützung hinter sich.</p> <p>Dies zu zeigen, ist ihm nicht gelungen. Das kann man als Zwischenfazit nach einem Tag der Auseinandersetzungen, die angeblich mehrere Tote und angeblich 285 Verletzte forderte, festhalten. Zentral für den Machtwechsel, den Juan Guaidó verfolgt, ist, ob er das Militär in Venezuela hinter sich bringen kann.</p> <p>Der Verweis auf die Unterstützung der Armee stand dann auch hinter seinem Auftritt im Nachbarland Kolumbien, wo Guaidó signalisierte, dass er nur mithilfe von Armeemitgliedern auf die andere Seite, ins Nachbarland, gelangen konnte. Dem folgte aber am gestrigen Samstag kein Signal, wonach ihm aus Militärkreisen eine entscheidende Unterstützung zukommt. Laut Angaben der Zeitung El Universal wurden von der kolumbianischen Regierung lediglich 60 Überläufer gezählt.</p>	papier
Zz219	<p>24/02/19/TELEPOLIS- Amri und Ben Ammar:</p> <p>Terror-Zwillinge mit Geheimdienstkontakt? Thomas Moser</p> <p>Enthüllungen zum Weihnachtsmarkt-Anschlag: War ein Komplize Amris bei der Tat dabei? War er zugleich Agent Marokkos? Und wussten deutsche Behörden davon?</p> <p>Die Nachricht schlug bei den Opfern und Angehörigen des Anschlages vom Breitscheidplatz ein wie eine Bombe: Bilel Ben Ammar soll, wenn der Bericht des Magazins <i>Focus</i> stimmt, nicht nur bei der Tat</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>am 19. Dezember 2016 dabei gewesen sein, sondern obendrein für einen marokkanischen Geheimdienst gearbeitet haben.</p> <p>Ben Ammar und Anis Amri gehören zusammen wie Zwillinge. Damit wird nicht nur der Vorgang brisanter, dass Ben Ammar wenige Wochen nach dem Anschlag ohne Not aus der Untersuchungshaft abgeschoben wurde. Zugleich rückt auch die Frage näher, ob selbst der mutmaßliche Haupttäter Amri ebenfalls im Dienst eines Geheimdienstes stand. ...</p>	
Zz220	<p>25/02/19/TELEPOLIS- Migration: Die Befürchtung der Afrikanischen Union- Thomas Pany Das Gipfeltreffen zwischen der EU und der Arabischen Liga in Ägypten bringt das Thema "regionale Ausschiffungszentren" auf afrikanischem Boden neu ins Spiel. Den Staaten der Afrikanischen Union ist das Gipfeltreffen zwischen der EU und der Arabischen Liga (League of Arab States - LAS) offensichtlich nicht geheuer. Bei dem Treffen der Staatschefs, das am gestrigen Sonntag im ägyptischen Scharm el Scheich begonnen hat und für zwei Tage angesetzt ist, geht es um die Kooperation in Fragen der Migration. Das steht weit oben auf der Themenliste des Treffens mit der Überschrift "Investing in Stability", wie auch die Tagesschau berichtete. Wie sehr das Thema Migration die Gemeinschaft strapaziert, ist weit über die EU hinaus bekannt. Die Ablehnung des UN-Migrationspaktes durch Ungarn hatte bereits bei den Vorbereitungen zum Gipfeltreffen zwischen der EU und der Arabischen Liga zu einem "Eklat geführt" (Tagesspiegel). Eine einheitliche Linie der EU gab es nicht, was noch einmal verdeutlichte, wie die Spielräume in der Europäischen Union aussehen.</p>	papier
Zz221	<p>25/02/19/TELEPOLIS- Socialist States of America? Tomasz Konicz Die sozialistische Linke in den Vereinigten Staaten befindet sich im Aufwind - kann sie Donald Trump 2020 herausfordern und besiegen? Sechs Millionen Dollar binnen 24 Stunden, gespendet von rund 225.000 Kleinspendern, die im Schnitt 27 Dollar überwiesen - begleitet von diesem historischen Spendenrekord hat der linke US-Senator Bernie Sanders kürzlich seine abermalige Kandidatur für das US-Präsidentenamt öffentlich gemacht. Der sozialistische Politiker gilt als Hoffnungsträger der amerikanischen Linken, nachdem er bei den demokratischen Vorwahlen 2016 nur knapp gegen die Kandidatin des neoliberalen Parteiestablishments, Hillary Clinton, unterlag.</p>	papier
Zz222	<p>25/02/19/TELEPOLIS- Nord Stream 2 und die Energiedominanz der Trump-Regierung Florian Rötzer US-Regierung setzt darauf, dass die USA durch Frackinggas-Exporte vom Kohleausstieg Deutschlands profitieren und die Abhängigkeit von Russland durch die von den USA ersetzen. Die Bundesregierung hat bislang an dem Plan festgehalten, Nord Stream 2 trotz Widerstand vonseiten der USA, der Ukraine, Polen und anderer EU-Staaten weiter zu bauen. Nach dem Kompromiss mit Frankreich dürfte auch das Nachbarland nicht mehr das Gaspipelineprojekt blockieren. In Kauf genommen hat die Bundesregierung, um die USA zu versöhnen, nachdem US-Präsident Donald Trump scharfe Kritik äußerte und die Pipeline mit den Rüstungsausgaben verband, unsinnige Terminals für teures Flüssiggas aus den USA zu bauen. Mindestens zwei LNG-Terminals sollen an der norddeutschen Küste gebaut werden.</p>	papier
Zz223	<p>25/02/19/6,6MB/DLF- Nachrichten >Oscar Verleihung in L.A. ...Greenbook Hauptpreis >Handelsstreit US-Regierung und China US-Trump will Frist für Strafzölle verlängern. US beklagt den hohen Handelsüberschuss Chinas und wirft China den Diebstahl „geistigen Eigentum“ vor. Trump droht die Zölle zu erhöhen, wenn kein Vertrag zustande kommt. >SPD- Müntzenich fordert BRD-Merkel auf beim Gipfeltreffen der Arabischen Liga die Menschenrechtsfrage und die ägyptische Wirtschaftspolitik anzusprechen. Und nicht wieder den Fehler sich mit diesen Potentaten „gemein“ zu machen. Themen des Gipfeltreffen: illegale Migration, Kampf gegen Terrorismus, sowie Konflikte in Syrien, Libyen, Jemen. >Venezuela, nach der jüngsten Gewalt haben sich BRD-Politiker zu Sanktionen gegen Maduro ausgesprochen. CSU-Weber: BRD dürfe nicht zusehen, wie sich die Situation eskaliere. EU- McAlister: den Druck auf Venezuela erhöhen durch personen bezogene Strafmaßnahmen. UN-GenSek. Guterisch verurteilte die Gewalt im Streit um Hilfsgüter.</p>	06:54

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>>Präs. der BRD-Katholiken Sternberg zum Missbrauch in der Kirche. >Bü/90 Grüne haben neuen Rekord an Parteimitgliedern verzeichnet. >Flächendeckende Warnstreiks zur 3. Tarifrunde des Öffentl. Dienst der Länder. >Bangladesch „mutmaßlichen“ Flugzeugentführer erschossen.</p>	
Zz224	<p>25/02/19/1,3MB/DLF- Venezuela Ivo Maruszyk: ...die Hilfslieferungen sind gescheitert. Die Nachbarstaaten beraten über die nächsten Schritte. Treffen der „Lima-Gruppe“ (14 lat.amerk. Staaten und Kanada) mit dem Ziel in Venezuele wieder demokratische Verhältnisse herzustellen. Mit Ausnahme von Mexiko haben die Limastaaten J. Guaido als legitimen Übergangspräsidenten anerkannt. Auch Guaido und US-MikePence sitzen am Verhandlungstisch. Bei der behinderten Hilfslieferung wahrscheinlich 4Tote (...nicht zwei“?) und 300 Verletzte. ...darauf hat US-Auß.Min. Pompejo Maduro als „kranken Tyrannen“ bezeichnet. Seinen Unterstützern drohte er Konsequenzen an! Führende Politiker hatten selbst eine Militärische Intervention zuletzt nicht ausgeschlossen. In Südamerika kommt diese „Säbelrasseln“ nicht gut an.</p>	01:19
Zz225	<p>25/02/19/TELEPOLIS- Verträge der Bundeswehr- verbieten ihr das Reparieren von Waffen ... Peter Mühlbauer ... und teilweise sogar das Zuschauen dabei.</p> <p>Einer Antwort des deutschen Bundesverteidigungsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zufolge hat sich die Bundeswehr auf Selbstreparaturverzichtserklärungen eingelassen, die inzwischen über ein Drittel ihrer insgesamt 53 Hauptwaffensysteme betreffen. Unter den 20 Waffensystemen, die die Soldaten und Bundeswehrangeestellten nicht mehr selbst reparieren dürfen, sind neben dem umstrittenen Eurofighter und der Fregatte F125 auch Hubschrauber und Panzer.</p> <p>Bei 13 dieser Waffensysteme konnten die Hersteller sogar durchsetzen, dass Bundeswehr-Mechaniker bei der Reparatur nicht einmal zuschauen dürfen. Damit soll ausgeschlossen werden, dass sie Kenntnisse erwerben, mit denen sie Fehler später einmal selbst beheben können. Dass so etwas bemerkenswert schnell und kostengünstig gehen kann, wissen manche Verbraucher nach der Reparatur neuerer Waschmaschinen: Startet die Waschmaschine nicht mehr regulär, reicht oft ein kompletter Neustart mittels einer Kombination der Einstellungen in einer bestimmten Reihenfolge, den ein Verbraucher auch selbst vornehmen könnte, wenn diese richtige Reihenfolge in der Betriebsanleitung enthalten wäre.</p>	papier
Zz226	<p>25/02/19/TELEPOLIS- Arbeit muss sich lohnen? Wer's glaubt, wird selig! Stephan Schleim und Justine Kenzler Eine Abrechnung mit der Ausbeutung von Praktikantinnen und Praktikanten</p> <p>"Arbeit muss sich lohnen!" Diesem Mantra begegnet man in der Arbeits- und Sozialpolitik. Dabei geht es insbesondere um den Unterschied zwischen Menschen, die Sozialleistungen beziehen, und denen, die die am schlechtesten bezahlten Tätigkeiten ausüben, Stichwort: Lohnabstandsgebot (Debatte um Hartz-IV-Sanktionen). Dass Arbeit sich lohnen muss, kann man dann aber in zwei Richtungen interpretieren: Entweder die Bezüge der Leistungsempfänger weiter kürzen oder die Arbeitenden besser bezahlen, Stichwort Mindestlohn.</p> <p>Wenn das Mantra von Politikern gesungen wird, gibt es einige Gruppen, die wahrscheinlich nur zynisch schmunzeln können: Ich denke an die (Schein-)Selbstständigen, die sich den Bären von der Ich-AG aufbinden ließen und sich faktisch für einen Stundenlohn im einstelligen Euro-Bereich abarbeiten, an die Nomaden in der Wissenschaft, die von Zeitvertrag zu Zeitvertrag ziehen und oft nur einen Bruchteil ihrer Arbeitsstunden vergütet bekommen, und schließlich an die Berufsanfängerinnen und Anfänger, die sich mit häufig unbezahlten Praktika Berufserfahrung aneignen wollen oder müssen.</p>	papier
Zz227	<p>26/02/19/g-f-p- Freunde des Völkerrechts BERLIN/SHARM EL SHEIKH (Eigener Bericht) - Die EU und die Arabische Liga vertiefen ihre Strategische Partnerschaft und weiten nicht zuletzt ihre Kooperation in der Flüchtlingsabwehr aus. Dies ist das Ergebnis des gestern zu Ende gegangenen Gipfeltreffens der beiden Staatenbünde, das erstmals abgehalten wurde und künftig regelmäßig stattfinden soll. Hintergrund sind strategische Pläne Berlins, im "Krisenbogen" südlich und südöstlich Europas eine führende Position einzunehmen und sich dort</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>gegen Einflussarbeit nicht nur Russlands und Chinas, sondern auch der Vereinigten Staaten durchzusetzen. Entsprechend laufen Beschlüsse des aktuellen Gipfels der US-Nah- und Mittelostpolitik zuwider; insbesondere haben sich die teilnehmenden Staaten gegen mutmaßliche Inhalte des angeblichen Friedensplans für Nahost positioniert, den Washington in Kürze vorlegen will. Originell mutet an, dass beide Seiten in ihrer Gipfelerklärung das Völkerrecht zum Maßstab erklären - während die EU in Venezuela einen Putsch forciert und Mitglieder der Arabischen Liga staatlicher Morde und Massaker bezichtigt werden.</p>	
Zz228	<p>26/02/19/TELEPOLIS- "Das Schlachtfeld, auf dem eine atomare Auseinandersetzung zwischen den Blöcken stattfindet" Marcus Klöckner "Putinverstehers" Mathias Bröckers über das Spannungsverhältnis zwischen dem Westen und Russland</p> <p>Mit "Wir sind die Guten - Ansichten eines Putinverstehers", haben Mathias Bröckers und Paul Schreyer 2014 einen Bestseller gelandet. Nun haben die Autoren nachgelegt, ihr Buch überarbeitet und die Entwicklung der vergangenen Jahre in "<u>Wir sind immer die Guten - Ansichten eines Putinverstehers oder wie der Kalte Krieg neu entfacht wird</u>" aufgenommen. Telepolis hat bei Mathias Bröckers nachgefragt, was ihm in den letzten Jahren im Umgang mit Russland besonders aufgefallen ist.</p> <p>Herr Bröckers, Ihr Buch kam 2014 auf den Markt. Wenn Sie nun zurückblicken: Sehen Sie sich in Ihrer Arbeit bestätigt? ...</p>	papier
Zz229	<p>26/02/19/g-f-p- "Den Zusammenbruch beschleunigen" BERLIN/WASHINGTON/CARACAS (Eigener Bericht) - Nach dem Scheitern der ersten Durchbruchversuche mit vorgeblichen Hilfstransporten an der venezolanischen Grenze erhöhen Washington, Berlin und Brüssel den Druck auf Caracas. Das "Maduro-Regime" müsse "seine Blockade aufgeben", verlangt Bundesaußenminister Heiko Maas, während sein US-Amtskollege offen mit einem US-Überfall auf Venezuela droht. Auch eine Verschärfung der Sanktionen gegen das Land ist in Washington und in Brüssel im Gespräch. Um den gewünschten Umsturz in Caracas zu erreichen, sei es "vielleicht die beste Lösung, den Zusammenbruch zu beschleunigen", äußert ein einstiger US-Botschafter in Venezuela: Dazu müsse man bereit sein, die Notlage der Bevölkerung mit Sanktionen drastisch zu verschlimmern. Bereits das jetzige westliche Vorgehen bricht - unter anderem mit Aufrufen zum Putsch in Caracas - internationales Recht sowie eherne Grundsätze humanitärer Hilfe. Debatten venezolanischer Umstürzler, wie "Lösungen für Venezuelas Drama" erreicht werden könnten, werden auch von der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) organisiert.</p> <p>Rechtsbrüche ...</p>	papier
Zz230	<p>26/02/19/TELEPOLIS- Kommentar: Jörg Gastmann</p> <p>Unser Steuersystem ist hochkompliziert, ungerecht, kontraproduktiv und defizitär. Höchste Zeit, über ein alternatives Steuersystem nachzudenken.</p> <p>Einen aktuellen Anlass für Handlungsbedarf demonstrierte die neueste Ausgabe des ZDF Magazins Frontal21. Demnach setzt das Finanzamt München nun Planungen des Bundesfinanzministeriums um, nach denen Kunden die Digitalsteuer für Konzerne vorstrecken und eintreiben sollen. Frontal21 berichtet über Google AdWords Kunden, die Googles 15 Prozent Quellensteuer zahlen sollen, die Google eigentlich selbst auf seine Werbeumsätze zahlen müsste. Die Kunden sollen sogar rückwirkend für 7 Jahre zahlen. Anschließend sollen AdWords Kunden das versuchen, was der Bundesfinanzminister selbst könnte, aber nicht will: Die Steuer bei Google, Facebook & Co eintreiben.</p> <p>Hartnäckig weigern sich Deutschlands Regierungsparteien, die Digitalkonzerne nennenswert zu besteuern. Bundesfinanzminister Olaf Scholz verhindert auf EU-Ebene die Digitalsteuer von ohnehin nur symbolischen 3 Prozent und agiert wie ein Anwalt für Google, Amazon und Facebook. Aufschlussreich ist sein lobbyistenhaftes Vokabular: Die Kritik an der Steuervermeidung der Digitalkonzerne nannte er "Dämonisierung". Apple hielt seit 2014 den Steuervermeidungs-Rekord und zahlte auf seine Auslandsprofite durch einen Deal mit Irland 0,005 Prozent Steuern.</p>	papier
Zz233	<p>26/02/19/TELEPOLIS- Bundesfinanzhof entzieht Attac die Gemeinnützigkeit Andreas Krebs Sven Giegold: "Ein schwarzer Tag für die Demokratie" Der Bundesfinanzhof (BFH) hat heute entschieden, die Gemeinnützigkeit der</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Nichtregierungsorganisation Attac aufzuheben. In seiner Begründung stellt das Gericht fest, dass die "Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung [...] keinen gemeinnützigen Zweck erfüllt". Damit hob das BFH das Urteil der ersten Instanz über die Gemeinnützigkeit von Attac auf.</p> <p>Die Nichtregierungsorganisation setzte sich vor allem für die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen und eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte ein. Attac kritisiert dabei die neoliberale Globalisierung und versucht mit Demonstrationen und Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Armut und Ausbeutung zu kämpfen. Als gemeinnützige Organisation genoss Attac wie etwa wie etwa Greenpeace oder Amnesty International Steuervorteile, hatte leichteren Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und konnte Spendenbescheinigungen ausstellen. ...</p>	
Zz234	<p>26/02/19/TELEPOLIS- Bald so heiß wie vor 56 Millionen Jahren? Jutta Blume Die Energie- und Klimawochenschau: Von uneinigen Koalitionspartnern, einem wachsenden Solarmarkt und plötzlichen globalen Temperatursprüngen</p> <p>Der Inhalt des von Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) vorgelegten Entwurfs für ein Klimaschutzgesetz wird nun doch öffentlich und in allen Medien diskutiert. Das Portal Klimareporter hat den Entwurf im Wortlaut veröffentlicht. Darin sind die nationalen CO2-Reduktionsziele festgelegt, wie auch aus dem Klimaschutzplan 2050 bekannt. Beim Ziel für 2050 greift das Umweltministerium jedoch die Maximalforderung einer Reduktion um 95 Prozent auf, statt einer recht vagen Spanne zwischen 80 bis 95 Prozent. Auch das eigentlich nicht mehr erreichbare Reduktionsziel von 40 Prozent bis 2020 ist in dem Entwurf enthalten.</p> <p>Wie bereits berichtet weist Schulze den einzelnen Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und Sonstiges) feste Jahresemissionsmengen zu, die über die Jahre sinken. Die jeweils zuständigen Ministerien wären für die Einhaltung verantwortlich. Sollte der Rahmen überschritten werden und auf dem europäischen Markt Emissionsrechte gekauft werden müssen, müssten die einzelnen Ministerien dies aus ihren Budgets bestreiten.</p>	papier
Zz235	<p>26/02/19/42MB/DLF Landwirtschaft Die dünne Haut der Erde Warum Bauern den Boden unter ihren Füßen verlieren Von Nora Bauer <i>Manuskript</i> 2011 und 2018: extreme Trockenheit in Mecklenburg Vorpommern. 2017: extreme Niederschläge in Schleswig-Holstein. Im ersten Fall wurde die Ackerkrume einfach weggeblasen, im zweiten Fall stand das Wasser wochenlang kniehoch auf den Feldern. Die Ernten waren jeweils schlecht. Und schuld daran war nicht das Wetter.</p> <p>So gegensätzlich die beiden Naturereignisse auch scheinen mögen, bilden sie nach Meinung von Naturschützern dieselbe Problemlage ab: Humusschwund als Folge industrieller Bearbeitung: Monokulturen, zu schweres Gerät, fehlende Fruchtfolgen, chemische Dünger, großzügiger Einsatz von Herbiziden und Insektiziden.</p> <p>Die Böden sind den Wetterkapriolen nicht mehr gewachsen. Viele Bauern müssen Ackerboden nachkaufen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner will bis Herbst 2019 eine umfassende Ackerbastrategie vorstellen.</p> <p>Die Autorin besichtigt die Lage vor Ort und fragt, warum Landwirte mit der kostbaren Humusschicht sorglos umgehen.</p> <p>Regie: die Autorin, Es sprachen: Ulrike Schwab und Robert Dölle, Ton und Technik: Michael Morawietz und Katrin Fidorra, Redaktion: Ulrike Bajohr, Produktion: Dlf/SR 2019</p>	43:53
Zz237	<p>27/02/19/3,7MB/DLF- Nachrichten</p> <ul style="list-style-type: none"> >USA die Mexiko-Mauer und zur Beendigung des Haushaltsnotstand. Trump wollte dadurch die Gelder für die Mauer erzwingen, Begründung: Invasion von Migranten, kriminellen Banden sowie mit Drogenschmuggel. >US-Trump trifft vietnam. Präs. danach Nord-Korea Kim -Jong Un. Am Rande des Gipfels bestellten vietnames. Unternehmen 100 Flugzeuge bei BOING. >Rückforderungen von Kleinbeträgen an die Job-Center lohnt sich nicht: Ausgaben ca. 60Mill€ Einnahmen ca. 18Mill€. BA-Chef Scheele man wünsche sich die Einführung einer Bagatellgrenze. >Verdacht auf Ausbeutung in der Paketzustellung startet Niedersachsen eine Initiative im Bundesrat. Massive Verstöße! 	03:52

Tr.	DB_046	Aufn.
	>Präsidenten-Wahlen in Nigeria >Wetter	
Zz238	27/02/19/g-f-p- Die vietnamesische Blaupause BERLIN/PJÖNGJANG/HANOI (Eigener Bericht) - Aktuelle Versuche der Trump-Administration, Nordkorea mit Hilfe Vietnams gegen China zu positionieren, sind schon vor Jahren von deutschen Experten mit vorbereitet worden. Dabei handelt es sich um Bemühungen, Pjônggang eine wirtschaftliche Öffnung nach vietnamesischem Modell nahezubringen, wie sie deutsche Fachleute bereits 2012 und 2013 unternommen haben. Hintergrund ist das systematisch verfolgte Ziel von Staatschef Kim Jong-un , eine innere wirtschaftliche Liberalisierung Nordkoreas mit einer äußeren ökonomischen Öffnung zu verbinden; 2013 scheiterte dies allerdings an einer Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea. Der Versuch steht im Hintergrund auch des heute beginnenden Treffens mit US-Präsident Donald Trump . Dabei wird eine Öffnung nach vietnamesischem Modell in Gegensatz zu einer Öffnung nach chinesischem Modell gesehen. Vietnam kooperiert immer enger mit den USA, auch im Machtkampf gegen China. Gelänge es, Pjônggang enger an Hanoi zu binden, dann stiegen die Chancen, es ebenfalls gegen Beijing in Stellung bringen zu können.	papier
Zz239	27/02/19/TELEPOLIS- Der US-Putschversuch in Venezuela ist vorerst gescheitert. Florian Rötzer Die Lima-Gruppe widersetzt sich einer militärischen Intervention, jetzt versucht Washington verzweifelt, über den UN-Sicherheitsrat die moralische Karte auszuspielen US-Außenminister Mike Pompeo war extra zum Treffen der Lima-Gruppe nach dem Scheitern des Putschplans in Venezuela am Wochenende gereist, um die Stimmung wieder scharf zu machen. Der von der US-Regierung - ähnlich wie Jazenjuk in der Ukraine - instrumentalisierte Guaidó als Nachfolger von Maduro konnte die Massen nicht mobilisieren, die sogenannte humanitäre Hilfe für die angeblich verhungernde Bevölkerung gegen die Sicherheitskräfte ins Land zu bringen. Unklar bleibt, von wem die Gewalt ausging. Die 2017 von 12 lateinamerikanischen Regierungen gegründete Lima-Gruppe, die Druck auf Venezuela zur Lösung der Krise machen will, stellte sich allerdings am Montag den von der US-Regierung mit John Bolton und Elliott Abrams, den alten Haudegen aus dem Kalten Krieg (Sicherheitsberater Bolton verkündet indirekt: "5,000 troops to Colombia"), geplanten Putschbemühungen in ihrer Erklärung entgegen. Gut möglich, dass sich auch einige der rechtskonservativen Regierungen daran erinnerten, wie die USA früher in ihrem lateinamerikanischen Hinterhof Putsche und brutal agierende Militärregierungen unterstützt hat, die großes Leid über die Länder brachten, aber nichts für die Armen brachten, sondern nur dafür sorgte, dass die Mächtigen und Reichen sowie die US-Konzerne ihren Reibach machten.	papier
Zz240	27/02/19/TELEPOLIS- EuGH: Betäubungsloses Halal Schlachten mit Bio-Fleischkennzeichnung unvereinbar Peter Mühlbauer Bei Bewußtsein ausbluten lassen "erfüllt nicht die höchsten Tierschutzstandards" Gestern entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg unter dem Aktenzeichen C-497/17, dass Fleisch von betäubungslos halal-geschlachteten Tieren nicht gleichzeitig als Bio-Fleisch gekennzeichnet werden darf, weil so eine Tötung "nicht die höchsten Tierschutzstandards" erfüllt. Anlass der Entscheidung war eine Vorlage des Cour administrative d'appel de Versailles, der über die Berufungsklage der französischen Tierschutzorganisation Oeuvre d'assistance aux bêtes d'abattoirs (OABA) zu entscheiden hatte. Die Organisation war in die zweite Instanz gegangen, nachdem es die Zertifizierungsstelle Ecocert, der französische Minister für Landwirtschaft und Ernährung und ein Verwaltungsgericht vorher abgelehnt hatten, die Kennzeichnung von Hacksteaks mit dem Werbesiegel "ökologischer/biologischer Landbau" zu verbieten, wenn diese von Tieren stammen, die man in einer Halal-Schlachtung ohne vorherige Betäubung ausbluten ließ.	papier
Zz243	27/02/19/TELEPOLIS- Mit Kamikazedrohn oder gelenkter Munition werden sich Kriegsführung und Terror verändern Florian Rötzer Kalaschnikow stellt auch eine billige und einfach zu bedienende Kamikazedrohne vor. Mit weiterem	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Schrumpfen der Drohnen wird es bald wirklich ungemütlich werden Auch wenn der IS in Syrien und im Irak bereits kleine Drohnen mit Sprengstoff eingesetzt hat, um Menschen oder Fahrzeuge anzugreifen, sind bislang gefährliche Terroranschläge oder kriminelle Einsätze von bewaffneten Mini-Drohnen ausgeblieben. Die umfunktionierten IS-Drohnen haben allerdings das Gefahrenpotenzial deutlich gemacht und die Suche nach Sicherheitsvorkehrungen und Drohnenabwehrsystemen verstärkt, um Personen, Veranstaltungen, Gebäude oder Infrastruktur zu schützen.</p> <p>Ärger gab es etwa im Dezember 2018 mit Drohnen am Flughafen Gatwick, der für zwei Tage geschlossen wurde. Davor war der venezolanische Präsident Maduro Anfang August 2018 während einer Militärparade zum Ziel von mit Sprengstoff beladenen Drohnen geworden, der Angriff ist allerdings gescheitert (Drohnen-Anschlag auf Maduro).</p> <p>Mörderische Einsatzmöglichkeiten für bewaffnete oder mit Sprengstoff aufgerüstete Drohnen, möglicherweise auch mit biologischen, chemischen oder nuklearen Panikwaffen, gibt es reichlich (Minidrohnen: Ideale Waffen für Anschläge und Morde). Am einfachsten und wirkungsvollsten wären Drohnen, die menschliche Selbstmordattentäter ablösen könnten und sich mit hoher Geschwindigkeit auf ein Ziel stürzen.</p>	
Zz244	<p>28/02/19/g-f-p- Bayer vor Gericht- LEVERKUSEN (Eigener Bericht) - Die Zahl der Glyphosat-Klagen gegen den deutschen Bayer-Konzern in den USA nimmt weiter zu und ist jetzt auf 11.200 gestiegen. Das ist kurz nach dem Beginn eines wichtigen Prozesses am Montag vor einem Bundesgericht in Kalifornien bekannt geworden, den ein an Lymphdrüsenkrebs erkrankter Mann gegen Bayer angestrengt hat. Bayer hatte zuvor den ursprünglichen Glyphosat-Hersteller, den US-Konzern Monsanto, gekauft - in der größten Auslandsübernahme der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Monsanto sollte als weltgrößter Saatguthersteller dazu beitragen, die Führungsstellung von Bayer auf dem Agrarchemiemarkt zu zementieren. Zunächst hat er dem deutschen Unternehmen allerdings eine Prozesswelle eingebracht, die bedrohliche Ausmaße annimmt: In einem ersten Verfahren war der Konzern zur Zahlung von 79 Millionen US-Dollar verurteilt worden. Bayer-Chef Werner Baumann verweigert sich einem etwaigen außergerichtlichen Vergleich. In der Wirtschaftspressen heißt es, Monsanto-Vertreter hätten Glyphosat zum Beweis von dessen Ungefährlichkeit einst sogar getrunken. 11.200 Klagen</p>	papier
Zz245	<p>03/03/19/DLF-Essay+Diskurs Bildende Kunst Über eine Kunst des guten Gewissens in Zeiten der Gier <i>Manuskript</i> Während superreiche Sammler bestimmen, was wertvolle Kunst ist und die Museen unter Druck setzen, betreiben Kuratoren eine Kunst des guten Gewissens, am liebsten als Kritik am eigenen Apparat. Wie geht das zusammen? Von Ulf Erdmann Ziegler</p> <p>Eine linke Kunst, global, transparent, transgener und hochmoralisch, feiert international sich selbst, ein juste milieu, das immer Recht hat. Die Kunstkritik als Korrektiv hat so gut wie ausgedient. Wie kommt es, dass eine Kunst des guten Gewissens triumphiert, während der Zynismus des Marktes keine Grenzen kennt?</p>	29:24
Zz247	<p>07/03/19/g-f-p- Begleitprogramm zur Weltpolitik BERLIN (Eigener Bericht) - Nichtregierungsorganisationen warnen vor der Ausschaltung von Kritik an der Berliner Politik mit Hilfe finanziellen Drucks auf regierungskritische Organisationen. Der vom Bundesfinanzhof exemplarisch gegen die Organisation Attac verhängte Entzug der Gemeinnützigkeit, den Teile der Regierungsparteien auch für andere Vereinigungen fordern, könne zu einer ersten "Einschränkung" des Meinungsspektrums führen, warnt etwa die deutsche Sektion von Transparency International. Zugleich beginnt die Bundesregierung, Proteste - Schülerproteste für besseren Klimaschutz - dem Verdacht einer Steuerung durch fremde Mächte auszusetzen. Frankreichs Präsident fordert eine EU-"Agentur für den Schutz der Demokratie", um angebliche auswärtige "Manipulationen" zu unterbinden. Der Druck auf Regierungskritiker wird in einer Zeit intensiviert, in der Berlin und die EU ihren Kampf um eine führende Stellung in der Weltpolitik massiv verstärken. Dass in solchen Phasen Kritik im Innern nach Möglichkeit unterdrückt wird, ist historisch nicht neu.</p>	papier
Zz248	<p>08/03/19/TELEPOLIS- Ackerland im Ausverkauf Susanne Aigner</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>In Ostdeutschland kaufen Investoren große landwirtschaftliche Flächen. Wie kann eine gerechte Verteilung von Ackerböden aussehen?</p> <p>Rund 70 Prozent aller landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland gehören nicht mehr den Bauern, die sie bewirtschaften. Wie weit der Ausverkauf bereits fortgeschritten ist, zeigt eine im November 2017 veröffentlichte Studie am Thünen-Forschungsinstitut.</p> <p>Der Wissenschaftler Andreas Tietz untersuchte 853 Unternehmen in fünf ostdeutschen Bundesländern daraufhin, wie sich deren Eigentümer-Struktur seit 2007 verändert hat. So waren Anfang 2017 bei jedem dritten Agrarbetrieb ortsfremde, überregional aktive Investoren die Mehrheitseigentümer.</p> <p>Am höchsten war die Quote mit 41 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern, am zweithöchsten in Brandenburg mit 36 Prozent. Im betrachteten Zeitraum sind in 155 Fällen die Kapitalmehrheiten auf neue Eigentümer übergegangen, wobei zu knapp drei Viertel aller Fälle die Käufer überregional aktive Investoren waren. Jeweils die Hälfte der Fläche entfiel auf landwirtschaftsnahe Investoren, die andere Hälfte auf Investoren aus anderen Wirtschaftsbereichen.</p>	
Zz249	<p>09/03/19/NDR-info- Streit+Strategie</p> <p>>Ausgemusterte Fregatte als Versuchsobjekt – Streit um Sprengversuche in der Ostsee >Abschied von der restriktiven Rüstungsexportpolitik? Bundesregierung will Richtlinien überarbeiten >Flugzeugträger vor allem als Statussymbol? Das Dilemma der französischen Marine</p>	29:00
Zz250	<p>10/03/19/BR2- ZFG- Wenn Frau es will steht alles still mit Manuskript-</p> <p>Über den Versuch den Frauen-Streik nach Deutschland zu bringen von Fedorova, Maria Es ist der 8. März 2019, Zehntausende Menschen demonstrieren in ganz Deutschland anlässlich des Internationalen Weltfrauentages. Auch in München gehen über Tausend Aktivistinnen auf die Straße. Am Nachmittag beginnt die Demonstration. Rednerinnen stellen sich auf die kleine Bühne vor dem Rathaus, Frauen stimmen gemeinsam Lieder an. Weitere Demonstranten schließen sich dem Protestzug an, der durch die Münchner Innenstadt zieht.</p> <p>Doch beim bloßen Kampftag wollen es Frauen nicht belassen. Heute wollen sie auch gemeinsam streiken – ihre Lohn- und Hausarbeit niederlegen und in der Zukunft die Möglichkeit haben, das ganze Land auf diese Weise lahmzulegen.</p>	53:02
Zz253	<p>10/03/19/WDR5-Dok 5- Rechtspop und Dschihad sehr sehr wichtig!</p> <p>mit Zusatzinfo! Von Marc Thörner</p> <p>Der Islamismus hätte ohne die Thesen europäischer Denker nicht werden können, was er heute ist. Zwischen rechten Populisten und radikalen Islamisten lassen sich zahlreiche Gemeinsamkeiten nachweisen. // Von Marc Thörner / WDR 2017 / www.radiofeature.wdr.de</p> <p>Rechtspopulisten und Islamisten - so der Eindruck - sind geschworene Feinde, bekämpfen sich, haben nichts miteinander zu tun und ihre Weltbilder scheinen unvereinbar. Betrachtet man jedoch die Schriften und Autoren, auf die sich beide Bewegungen berufen, entdeckt man, dass sie sich auf dieselben Denker und deren Werte beziehen: auf Ernst Jünger, Martin Heidegger, Alexis Carrel. Alle drei sind Idole sowohl der Neuen Rechten, als auch der Vordenker des radikalen Islam, als da sind: Sayed Qutb, Ali Schariati, Jalal Al-e-Ahmad. Auf sie und ihre Adaptionen berufen sich heute Salafisten, Fundamentalisten und Dschihadisten der gesamten islamischen Welt.</p> <p>Der Autor Marc Thörner, geboren 1964, berichtet seit den 1990er Jahren aus der islamischen Welt, vor allem aus dem Irak, Afghanistan und den Golfstaaten.</p> <p>Über seine Recherche zum Feature "Rechtspop und Dschihad" schreibt er:</p> <p>Der Islam ist mit den liberalen Werten des Westens nicht vereinbar – so lautet europaweit das Credo der neuen Rechten. Bei der Lektüre von Idolen der Rechtsbewegung und Theoretikern des Dschihadismus fallen mir allerdings merkwürdige Gleichklänge auf: Beide, die Erzkonservativen des Islam und der neuen Rechten verurteilen den Verlust an "Spiritualität" im Westen – kritisieren Homosexualität, Gender-Politik und Frauenemanzipation, sowie den entseelten Rationalismus der Französische Revolution. Ein Zufall?</p> <p>Diese Frage steht am Anfang einer spannenden Recherche, die mich zunächst an die dänische Universität Aarhus führt. Ein introvertierter Arabist und Religionswissenschaftler weist mir dort mit akribischen Textvergleichen nach, dass alle wesentlichen Vordenker des modernen Dschihadismus ihre</p>	53:45

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Ideen weniger aus dem Koran bezogen haben, sondern sie zum großen Teil bei europäischen Schriftstellern des 19. und 20. Jahrhunderts abkupfernten. Und zwar bei denen, die ausgerechnet auch die Neue Rechte als ihre geistigen Väter betrachten.</p> <p>Auf den Spuren einiger dieser Autoren reise ich weiter nach Paris. Während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg hatte eine Gruppe deutscher und französischer Intellektueller dort versucht, eine Antimoderne zu begründen. Islamische Sorbonne-Studenten haben das Projekt in der Nachkriegszeit wieder aufgegriffen und islamisiert. Der heutige Iran ehrt insbesondere die rechten Denker Martin Heidegger und Ernst Jünger – aus Sicht der Ayatollahs sind sie die Wegbereiter der islamischen Revolution.</p>	
Zz255	<p>10/03/19/DLF- Essay+Diskurs Museen und Kunstinstitutionen Kuratoren – die neuen Sündenböcke?</p> <p>Kuratorinnen und Kuratoren haben einen schweren Stand. Die öffentliche Debatte über sogenannte Kuratorenkunst nimmt an Schärfe zu. Zu Recht oder zu Unrecht, fragt Jörg Heiser. Was verraten diese Diskussionen über die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung?</p> <p>Von Jörg Heiser</p> <p>2017 gewann der schwedische Film „The Square“ die Goldene Palme in Cannes – eine Satire über den Direktor eines Museum für zeitgenössische Kunst. Im gleichen Jahr verloren, nach erbitterten Debatten, die Kuratorin Beatrix Ruf ihren Job als Direktorin am Stedelijk Museum Amsterdam ebenso wie Chris Dercon an der Volksbühne in Berlin.</p> <p>2018 ging es munter weiter mit den Demissionen: Okwui Enwezor musste beim Haus der Kunst in München gehen, Ralf Beil beim Kunstmuseum Wolfsburg. Und jedesmal entstand der Eindruck, dass die Gefeuerten oder Gegangenen all die Sünden der Institution auf sich zu nehmen hatten. Aber warum sind Kuratoren nicht nur Sündenbock kriselnder Kunstinstitutionen, sondern auch oft Gegenstand von Hass und Häme in der Öffentlichkeit? Was verrät das über die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung?</p>	29:28
Zz256	<p>10/03/19/TELEPOLIS- "Die Bundesregierung steht bei den Leuten in der Schuld" Manuel Schumann</p> <p>Der Linken-Politiker Matthias Höhn spricht im Interview über das Ostprogramm der SPD, die anstehenden Landtagswahlen im Osten und die Fehler seiner Partei</p> <p>Matthias Höhn ist Sicherheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag. Er ist zudem Beauftragter seiner Partei für Ostdeutschland, Mitglied im Verteidigungsausschuss und Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung.</p> <p>Herr Höhn, Ihre Partei wirft der Großen Koalition seit Jahren vor, sie vernachlässige Ostdeutschland. Immer wieder fällt der Satz, CDU und SPD hätten den Osten im Stich gelassen. Jetzt haben beide Parteien spezielle Strategiepapiere erstellt - wie zufrieden sind Sie damit?</p> <p>Matthias Höhn: Ich begrüße jeden Schritt in die richtige Richtung. Dass allerdings CDU und SPD gerade jetzt den Osten für sich entdecken, in einem Jahr mit drei ostdeutschen Landtagswahlen, halte ich für ein durchschaubares Manöver. Versprochen haben die Damen und Herren in den letzten Jahren viel, nun bin ich neugierig, ob den Worten endlich Taten folgen. Bislang haben beide Parteien nur Placebos verteilt.</p> <p>Welche Vorschläge der SPD gefallen Ihnen besonders gut? ...</p>	papier
Zz257	<p>11/03/19/3,9MB/DLF- Nachrichten</p> <p>>Venezuela ...Guaido macht die Korruption der Regierung für den Stromausfall verantwortlich. Guaido sagte dem DLF, es sei ein Witz das ein US-Cyberangriff verantwortlich sei. Guaido werde den Notstand ausrufen und auf Humane Hilfe pochen! ...das hätte aber nur symbolischen Charakter weil...</p> <p>>Äthiopien Flugzeugabsturz 157 Tote. China erliess Flugverbot für Boing 737-Max 8</p> <p>>USA hat seine Position als weltweit größter Waffenexporteur in den vergangenen 5Jahren ausgebaut.</p>	04:01

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Mehr als die Hälfte der Waffen gingen in den Nahen-Osten. Dann Russland Frankreich BRD und China. Größter Importeur Saudi-Arabien vor Indien und Ägypten. >BRD-Bahnverkehr nach Sturmschäden weitgehend Normalbetrieb. >Wetter</p>	
Zz258	<p>11/03/19/TELEPOLIS- Terroranschläge in Madrid 2004: Lügen wie gedruckt Nun kommen neue Details darüber ans Licht, wie die rechte Volkspartei PP die schwersten Anschläge in Europa mit Fake-News anderen Tätern zuschreiben wollte Am heutigen Montag ist in der spanischen Hauptstadt den Opfern des bisher schwersten Anschlags in Europa gedacht worden, der vor 15 Jahren Madrid, Spanien und ganz Europa erschüttert hat. Viele Opfer empfinden es so, als wären die islamistischen Anschläge erst "heute" passiert, so genau haben sie die Geschehnisse noch vor Augen, als in der morgendlichen Stoßzeit Bomben in vier Vorortzügen explodierten.</p> <p>193 Menschen wurden dabei getötet und mehr als 1.000 verletzt. Die Anschläge in New York am 11. September waren nicht einmal drei Jahre her, als Madrid zum Ziel von radikalen Islamisten wurde und die Stadt beim schwersten Anschlag in Europa in ein Inferno verwandelt wurde.</p> <p>Die damals regierende ultrakonservative Volkspartei (PP) unter José María Aznar hatte sofort versucht, das Massaker der baskischen Untergrundorganisation ETA in die Schuhe zu schieben. Sie wollte von einem Zusammenhang zum völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak ablenken, in den Aznar Spanien an der Seite der USA und Großbritannien geführt hat, obwohl sich 90% der Bevölkerung im Land gegen diese Beteiligung massiv ausgesprochen hatte.</p>	papier
Zz259	<p>12/03/19/TELEPOLIS- Vereint im Hass Birgit Gärtner Am 3. Oktober 1990 gab es die Deutsche Demokratische Republik nicht mehr. Das Experiment "Sozialismus auf deutschem Boden" war endgültig gescheitert. Mit drastischen Folgen, nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger der DDR, sondern für die gesamte deutsche Gesellschaft. Drastische Folgen, die bis in die Gegenwart reichen. Eine Folge davon ist die Gründung der AfD, deren Popularität vor allem in Ostdeutschland, mit der die extreme Rechte nun einen parlamentarischen Arm hat, beträchtlich ist. Was nicht heißen soll, dass alle AfD-Mitglieder, -Wähler, -Sympathisantinnen oder gar alle Abgeordneten Nazis wären. Aber es wurden zahlreiche Verbindungen von der AfD zur extremen Rechten nachgewiesen.</p> <p>Erst kürzlich ging aus einem veröffentlichten Verfassungsschutzbericht (unter Punkt 7.1.1 Björn Höcke) hervor, dass der langjährige thüringische Landesvorsitzende der Partei, Björn Höcke, "mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" identisch ist mit dem rechtsextremen Publizisten Langolf Ladig, der über beste Kontakte in die rechtsradikale Szene verfügt (vgl. Das tut man nicht, Herr Broder).</p>	papier
Zz260	<p>13/03/19/g-f-p- Fusion der Leichtgewichte FRANKFURT AM MAIN (Eigener Bericht) - Die Deutsche Bank und die Commerzbank befinden sich in Sondierungsgesprächen über eine Fusion, um ihren weiteren internationalen Einflussverlust zu verhindern. Berichten zufolge dringt insbesondere Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) auf einen Zusammenschluss und erwartet eine Entscheidung in den nächsten Wochen. Es handle sich um die letzte Chance, den deutschen Großbankensektor zu konsolidieren, heißt es; scheitere er, dann könne die Commerzbank von einem auswärtigen Käufer übernommen werden. Außerdem drohten die beiden Geldhäuser bei einer etwaigen neuen Kriseneskalation in eine dramatische Schieflage zu geraten, urteilen Beobachter. Tatsächlich haben sich beide Banken von den Schocks der Weltfinanzkrise nie so recht erholt. Ihnen fehlt das notwendige Kapital, um wichtige Reformen sowie die erforderlichen Maßnahmen zur Digitalisierung einzuleiten. Die Deutsche Bank hat sich zuletzt aus einer Reihe von Auslandsmärkten zurückgezogen, etwa aus Polen und aus Portugal. Wegen undurchsichtiger Geschäfte in Estland gerät sie nun auch in den USA unter Druck. ...</p>	papier
Zz261	<p>12/03/19/TELEPOLIS- Maduro informiert Oppositionsführer Guaidó versucht hingegen, Sabotage und Cyberangriffe als Ursachen zurückzuweisen, Regierung hat erste Verhaftungen wegen Informationsdelikten durchgeführt</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Der amtierende venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat wegen des schweren Stromausfalls und der langsamen Wiederherstellung noch einmal heute und morgen schul- und arbeitsfrei gegeben. Der Stromausfall hat die sowieso schwierige Lage noch massiv verschärft. Es fehlt oft Trinkwasser, Nahrungsmittel oder Benzin, Lebensmittel und Medikamente können nicht mehr gekühlt werden, U-Bahnen fahren nicht mehr, in Krankenhäusern gibt es Schwierigkeiten, es sollen bereits Patienten gestorben sein, oft gab es kein Internet, keinen Informationsfluss und keine Telekommunikation. Vielen Menschen dürfte letztlich egal sein, ob Regierung oder Opposition, die sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben, verantwortlich sind, sie wollen einfach wieder in die Normalität zurück.</p> <p>Venezuela zeigt damit, wie gefährdet moderne Gesellschaften sind, wenn die Stromversorgung durch Pannen aufgrund des schlechten Zustands der Infrastruktur, Anschläge oder Cyberangriffe ausfällt. Da Venezuela noch dazu weitgehend einem Wasserkraftwerk bei der Stromversorgung abhängt und es kein dezentrales Netz gibt, ist die Folge besonders schlimm, zumal nicht klar ist, warum die Wiederherstellung der Stromversorgung so lange benötigt.</p> <p>Ein Grund ist auch, dass nach dem ersten Blackout ein Umspannwerk explodierte und danach noch ein Transformatorwerk in Brand geriet. Schwer vorstellbar, dass da nicht eine Hand im Spiel war. Der Notstand, den die machtlose Nationalversammlung verkündet hat, könnte natürlich dazu gedient haben, die Situation in Venezuela noch drastischer zu machen, um einen Sturz der Regierung und eine Intervention aus dem Ausland zu bewirken. Das war schon die Idee, das Land mit den hauptsächlich von den USA bereitgestellten Hilfslieferungen zu entern.</p>	
Zz263	<p style="text-align: center;">Währungsunion</p> <p>Bis zur nächsten Krise Europäische Zentralbank weitet Kreditvergabe aus. Nullzinsphase verlängert. Strafzinsen für Privatkunden und Insolvenzrecht für Staaten drohen <i>Von Simon Zeise</i> Die Europäische Zentralbank (EZB) stellt sich auf weitere Krisen ein. Präsident Mario Draghi teilte auf der Ratssitzung am vergangenen Donnerstag mit, die Lage in der Euro-Zone sei gekennzeichnet von »anhaltender Schwäche und allgegenwärtiger Unsicherheit«.</p> <p>Um der Rezession gegenzusteuern, hat die EZB Maßnahmen verabschiedet. So wird der Leitzins bis Anfang 2020 bei null Prozent bleiben. Ursprünglich sollte er bis mindestens über den Sommer 2019 hinaus unverändert bleiben. Des weiteren bietet die EZB Geschäftsbanken »Gezielte langfristige Refinanzierungsgeschäfte« (GLRG, englisch: Targeted longer-term refinancing operations, TLTRO) zu günstigen Konditionen an. Diese sollen ab September 2019 bis März 2021 zur Verfügung gestellt werden und eine Laufzeit von jeweils zwei Jahren haben. Geldhäuser können Kredite in Höhe von bis zu 30 Prozent des Bestands an anrechenbaren Krediten aufnehmen. Die Kredite würden »Anreize enthalten, die dafür sorgen, dass die Kreditbedingungen günstig bleiben«, teilte die Notenbank am Donnerstag mit.</p>	papier
Zz264	<p style="text-align: center;">Geheim gehaltener Haftbefehl</p> <p>13/03/19/TELEPOLIS- gegen Amri-Komplizen Ben Ammar? Thomas Moser Weihnachtsmarkt-Anschlag: Die Ermittlungsbehörden wissen mehr, als sie einräumen - Ein Bundesinnenminister mit fragwürdigen Auskünften. Wenn Bilel Ben Ammar, der Komplize von Anis Amri, nach Deutschland kommen würde, um vor den Abgeordneten des Untersuchungsausschusses als Zeuge auszusagen, würde er noch bei der Einreise verhaftet werden. Das soll ein Vertreter des Bundeskriminalamtes (BKA) gegenüber Opfern des Anschlages vom Breitscheidplatz erklärt haben. Eine bemerkenswerte Aussage, die nicht nur die Sicherheitsbehörden Lügen strafen würde, sondern Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU) gleich mit. Deren öffentliche Auskünfte zur Causa Ben Ammar sind allem Anschein nach zweifelhaft.</p> <p>"Kein Tatverdacht" ...</p>	papier
Zz265	<p style="text-align: center;">Kommentar: Bankenfusion</p> <p>VON Matthias Weik und Marc Friedrich ... auf Kosten des Steuerzahlers? Mit dem Geld der Aktionäre kann die Deutsche Bank offensichtlich nicht umgehen</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Banken sollten eigentlich mit Geld umgehen können. Mit dem Geld der Aktionäre kann die Deutsche Bank das offensichtlich nicht. Allein in den letzten fünf Jahren ist der Aktienkurs um 85 Prozent auf 7,54 Euro in den Keller gerauscht. Obendrein hat die Deutsche Bank über 15 Milliarden Dollar für "Verfehlungen" zahlen müssen.</p> <p>Heute ist Deutschlands einstige Vorzeigebank längst kein Big Player mehr. Dieser beispiellose Absturz bringt die Bank immer mehr in die Bredouille (Steht die Deutsche Bank vor der Pleite?). Warum sich die Aktionäre all dies bieten lassen und warum sie den seit 2012 herrschenden Aufsichtsratsvorsitzenden Paul Achleitner nicht längst in die Pampa geschickt haben, ist uns ein Rätsel.</p> <p>Anstatt sich vollkommen auf die Deutsche Bank und deren massive Probleme zu fokussieren, ist der ehemalige Deutschland-Chef von Goldman Sachs und langjähriger Finanzvorstand der Allianz äußerst umtriebig. Er ist auch noch Mitglied der Aufsichtsräte von Bayer und Daimler sowie des Gesellschafterausschusses von Henkel. Achleitners Ehefrau Ann-Kristins steht ihm in nichts nach und ist ebenfalls ein Tausendsassa.</p> <p>Auch ihr Tag hat offensichtlich ebenfalls mehr als 24 Stunden. Sie hat Professuren an der TU München und in St. Gallen inne und sitzt in den Aufsichtsräten der Deutschen Börse, Linde, Münchener Rück sowie des französischen Energiekonzerns Engie.</p> <p>Für uns grenzt es an Wunder, dass es die Deutsche Bank überhaupt noch gibt. Die Frage stellt sich, wie lange noch und insbesondere in welcher Form wird es sie in Zukunft geben? So wie bisher wird es wohl nicht weitergehen können. ...</p>	
<p>Zz266-01</p> <p>Zz266-02</p> <p>Zz266-03</p> <p>Zz266-04</p>	<p>14/03/19/dasErste MONITOR Georg Restle</p> <p>MONITOR- Übersicht</p> <p>Attac Gemeinnützigkeit entzogen.pdf von Herbert Kordes, Palina Milling</p> <p>Georg Restle: „Nicht einschüchtern lassen! Das haben sich jetzt auch die Mitglieder der Organisation „Attac“ auf die Fahne geschrieben, die sich seit vielen Jahren kritisch mit den Folgen der Globalisierung auseinandersetzen, gegen Ausbeutung kämpfen oder für gerechte Steuern. „Nicht gemeinnützig!“ urteilte jetzt der Bundesfinanzhof, weil dieses Engagement offenbar nichts mit dem selbstlosen Einsatz fürs Allgemeinwohl zu tun habe. Stellt sich die Frage, wer oder was gilt in diesem Land überhaupt als gemeinnützig und warum gilt es für eine Lobbyplattform der Rüstungsindustrie, nicht aber für eine NGO wie „Attac“? Palina Milling und Herbert Kordes.“</p> <p>Stephanie Handtmann, Attac, Rudolf Mellinghoff, Präsident Bundesfinanzhof, Stefan Diefenbach-Trommer, Ulf Buermeyer, Jurist, Gesellschaft für Freiheitsrechte e. V</p> <p>Käufliche-EU-Politik? von Palina Milling, Julia Regis</p> <p>Georg Restle: „Ein solches Bild würde in Deutschland vermutlich einen Aufschrei verursachen: Die Bundesregierung gesponsert von Mercedes Benz oder VW. Eine Kabinettsitzung mit freundlicher Unterstützung von Microsoft oder der Deutschen Bank. Und als Getränkeponsor Coca Cola. Klingt absurd bis verwegen, aber genauso läuft das. Nein, nicht im Kanzleramt, aber bei der Europäischen Union. Das Logo von Coca Cola prangt da direkt neben dem der rumänischen Ratspräsidentschaft. Und das ist keine Ausnahme, sondern die Regel. Politik, die sich offen sponsern lässt - und damit zumindest den Anschein erweckt, käuflich zu sein. Julia Regis und Palina Milling.</p> <p>Olivier Hoedemann, Corporate Europe Observatory, Prof. Joachim Wieland Rechtswissenschaftler, Universität Speyer, Sven Giegold (B'90/Die Grünen), Mitglied im Europaparlament,</p> <p>Sieg über den IS? Die verschwiegenen Opfer der US-Koalition von Stephan Stuchlik, Julia Regis, Tobias Baum</p> <p>Georg Restle: „Dieses Bild hier wurde vor wenigen Tagen in Baghuz aufgenommen, eine kleine Stadt im Osten Syriens - und so etwas wie der Ort des letzten Gefechts im Krieg gegen den sogenannten „Islamischen Staat. Die von den USA angeführte Anti-IS-Koalition feiert Baghuz schon als das Ende eines langen, blutigen Krieges. Und seit vorgestern tagt in Brüssel auch die sogenannte Geberkonferenz zum Wiederaufbau von Syrien. Dabei geht es allerdings nicht um die Entschädigungen für die vielen getöteten und verletzten Zivilisten, dabei wäre genau das dringend nötig. Mittlerweile gibt es nämlich genügend Hinweise auf vielfach völkerrechtswidrige Angriffe und</p>	<p>papier</p>

Tr.	DB_046	Aufn.
Zz266-05	<p>Bombardierungen oder sogar Kriegsverbrechen, und das von fast allen Kriegsparteien. Seien es die US-geführte Anti-IS-Koalition oder die syrische Armee und ihre russischen Verbündeten, die oft keinerlei Rücksicht auf Zivilisten nahmen. Im September 2018 zum Beispiel flogen Syrer und Russen zahlreiche Luftangriffe auf Dörfer südlich von Idlib. Den wahllosen Angriff, besonders auf Wohngebiete, wertet die UN-Untersuchungskommission zu Syrien als „mögliches Kriegsverbrechen“. Es gab zahllose Verletzte, Dutzende Zivilisten starben. Am 13. November 2017 bombardierten russische Flugzeuge ein Wohnviertel in Atarib, trafen den Markt und eine Polizeistation. Mindestens 84 Menschen, auch Frauen und Kinder kamen dabei ums Leben, auch hier spricht die UN-Kommission von einem „möglichen Kriegsverbrechen“. Aber auch die US-geführte Anti-IS-Koalition wird für zahlreiche Angriffe auf zivile Ziele verantwortlich gemacht. Und auch hier gibt es Hinweise auf mögliche Kriegsverbrechen. Wir haben bei MONITOR immer wieder darüber berichtet. Stephan Stuchlik, Julia Regis und Tobias Baum mit einer ersten vorsichtigen Bilanz eines Krieges, an dem auch die deutsche Bundeswehr beteiligt ist.“</p> <p>Ammar Al-Khalaf (Übersetzung Monitor), Oberst Thomas Veale, Operation “Inherent Resolve”, 5. Juni 2018, Maike Awater, Transparenz-Projekt Airwars (Übersetzung Monitor), Hanny Megally, UN-Untersuchungskommission zu Syrien (Übersetzung Monitor), Majid al Hassan al Ali, (Übersetzung Monitor), Asylpolitik Naima El Moussaoui, Ralph Hötte, Thomas Monzel, Rahmat Khan, Horst Seehofer, Peter Driessen, IHK München und Oberbayern, Doris Koller, Klassenlehrerin, Stefan Frey, Bayerisches Innenministerium, Dominik Weber, Geschäftsführer Autohaus Bauer,</p> <p style="text-align: center;">Erst integrieren, dann abschieben: Deutschlands absurde Asylpolitik von Naima El Moussaoui, Ralph Hötte 16.02.2017</p> <p>Georg Restle: „Und jetzt zur Geschichte von Atiqullah Akbari. Der 24-jährige Flüchtling wurde im Januar nach Afghanistan abgeschoben, ins angeblich so sichere Kabul. Letzte Woche wurde er dort bei einem Selbstmordattentat verletzt. Seine Geschichte zeigt beispielhaft die Absurdität deutscher Flüchtlingspolitik. Denn der junge Afghane galt als hervorragend integriert, hatte innerhalb kürzester Zeit Deutsch gelernt und sogar einen Job als Altenpfleger. Half alles nichts, Bayern schob ihn ab. Und das, obwohl es da mal ein großes Versprechen gab - Integrationspakt nannte sich das - und wurde von Horst Seehofer als beispielhaftes Projekt für die Integration junger Flüchtlinge gefeiert. Naima El Moussaoui und Ralph Hötte waren für uns in Bayern unterwegs und berichten von gebrochenen Versprechen und gebrochenen Herzen.“</p> <p>Thomas Monzel, Rahmat Khan, Horst Seehofer, Peter Driessen, IHK München und Oberbayern, Doris Koller, Klassenlehrerin, Stefan Frey, Bayerisches Innenministerium, Dominik Weber, Geschäftsführer Autohaus Bauer.</p> <p>Georg Restle: „Die Geschichten aus Bayern. Sie passen so gar nicht ins Bild von gewalttätigen jungen Flüchtlingen, die immer wieder die Schlagzeilen beherrschen. Zum Beispiel diese Schlagzeile der BILD-Zeitung. Von 900 betrunkenen und gewalttätigen Flüchtlingen war da die Rede, von einem Sex-Mob in der Frankfurter Innenstadt. Das Problem daran, nichts davon stimmt. Die Geschichte war frei erfunden. Die BILD hat sich mittlerweile entschuldigt. Zu spät. Im Internet hat das Horrormärchen längst die Runde gemacht. Glauben Sie also nicht immer alles, was Sie da hören oder lesen.“</p>	
Zz267	<p>14/03/19/g-f-p- Kampf um den Weltmachtstatus BERLIN/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Die Vereinigten Staaten bereiten Sanktionen gegen europäische Unternehmen vor, die sich am Bau der Pipeline Nord Stream 2 beteiligen. Dies bestätigen teils hochrangige US-Regierungsmitarbeiter. Deutsche Regierungsbeamte wiederum kündigen an, eine Verhängung von US-Sanktionen werde zu einer Konfrontation mit der gesamten EU führen: "Wir werden alles tun, was notwendig ist, um die Pipeline fertigzustellen." Gleichzeitig eskaliert der Machtkampf um die Beteiligung des chinesischen Konzerns Huawei am Aufbau der 5G-Netze in Deutschland und der EU. Nach Äußerungen aus der Bundesregierung, man wolle Huawei nicht von vornherein ausschließen, droht der US-Botschafter in Berlin mit Einschränkungen bei der Geheimdienstkooperation. US-Präsident Donald Trump zieht zudem in Betracht, von Ländern, in denen US-Truppen stationiert sind, das Eineinhalbfache der Stationierungskosten zu fordern. Regierungsberater in Berlin plädieren für "eine Politik 'sanfter' oder 'robuster' ... Gegenmachtbildung":</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>In dem Machtkampf gehe es um Europas "strategische Autonomie".</p> <p>"Strategische Autonomie" ...</p>	
Zz269	<p>15/03/19/g-f-p- Der siebzehnjährige Krieg KABUL/BERLIN (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung dringt auf die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan durch den Bundestag in der nächsten Woche. Verliessen die westlichen Truppen das Land, dann werde dort "all das, was mühsam, sehr mühsam aufgebaut wurde, zusammenbrechen", erklärt Außenminister Heiko Maas anlässlich seines jüngsten Besuchs bei dem Kontingent der Bundeswehr am Hindukusch. Tatsächlich ist die Lage im Land längst dramatisch und hat sich in Anwesenheit der westlichen Streitkräfte stets weiter verschlechtert. So übt die Regierung in Kabul nur noch über 53,8 Prozent der afghanischen Distrikte die Kontrolle oder zumindest maßgeblichen Einfluss aus, mit deutlich sinkender Tendenz. Die Zahl der Todesopfer steigt kontinuierlich. So sind im vergangenen Jahr laut Angaben der UNO 3.804 Zivilisten ums Leben gekommen, mehr als je zuvor. Auch die Zahl der getöteten afghanischen Soldaten und Polizisten steigt rapide und lag zuletzt bei mindestens 175 pro Woche, mutmaßlich sogar höher. Die Bundeswehr ist weitestgehend mit ihrem eigenen Schutz befasst.</p> <p>Weniger Kontrolle</p>	papier
	Zz270_frei	
Zz271	<p>17/03/19/TELEPOLIS- Linkspartei: Nicht Wagenknecht war das Problem Peter Nowak Aber die Zwänge der Realpolitik ... Zum Rücktritt der Fraktionsvorsitzenden "Insbesondere antifaschistisches Engagement, Klima- und Umweltschutzaktivismus umfasst mitunter Aktionsformen des friedlichen zivilen Ungehorsams wie Blockaden oder Besetzungen. Diese sind legitim und eine LINKE darf niemals zu ihrer weiteren Kriminalisierung beitragen." Das ist ein Passus aus einem Offenen Brief, den zahlreiche Mitglieder, Mandatsträger, aber auch Sympathisanten der Linkspartei geschrieben haben. Er rief die Mitglieder der Linksparteifraktion im Brandenburger Landtag dazu auf, dem neuen Polizei- und Verfassungsschutzgesetz des Landes die Zustimmung selbst dann zu verweigern, wenn die Folge ein Koalitionsbruch gewesen wäre.</p> <p>Dies fordern wir im Wissen, dass ein Koalitionsbruch möglich wäre und manche im Falle einer Neuwahl eine Stärkung der rechten Parteien vermuten. Wir tun dies nicht leichtfertig. Jedoch spielt langfristig den Rechten nichts mehr in die Hände, als wenn sich ihre entschiedenste Gegnerin, DIE LINKE, in Regierungsverantwortung bis zur Unkenntlichkeit verbiegt und überflüssig macht. ...</p>	papier
Zz272	<p>18/03/19/TELEPOLIS- Des Kaisers neue Kleider- Lars Jaeger Wehret den Lügen in der Klimadebatte Das politische und wirtschaftliche Establishment ist besorgt. Was Klimaforscher, Umweltpolitiker und engagierte Bürger bisher nicht vermocht haben, schaffen jetzt ausgerechnet unsere Kinder: Die Gefahr der globalen Erwärmung drängt sich in den Vordergrund der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Liberal-konservative Politiker, Wirtschaftsverbände und Rechtsintellektuelle zeigen daraufhin ihre altbekannten Reaktionsmuster: Ableugnen, Schimpfen gegen Wissenschaftler, Beharren auf der Alternativlosigkeit unseres heutigen Wirtschaftens, stures Proklamieren einer eigenen Wahrheit bis hin zu schamlosen Lügen.</p> <p>So entgegnet der deutsche FDP-Vorsitzende Christian Lindner, die Schüler sollen doch die Klimadebatte den Profis überlassen: "Von Kindern und Jugendlichen kann man nicht erwarten, dass sie bereits alle globalen Zusammenhänge, das technisch Sinnvolle und das ökonomisch Machbare sehen." Prompt reagierte ein Klimaprofi. Stefan Rahmstorf, einer der weltweit führenden Ozeanographen und Leitautoren des Sachstandsberichtes des Weltklimarates (IPCC) schreibt: "Die Klima-Profis sind klar auf Seiten der Schüler! Die Schüler gehen auf die Straße, weil die Politiker trotz schöner Worte die Klimaziele verfehlen. Greta Thunberg versteht mehr vom knappen Emissionsbudget und den</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Kipppunkten des Klimas als Herr Lindner."</p> <p>Das ist peinlich für den Politiker Lindner, dessen Ausbildung (Politikwissenschaften und Staatsrecht) tatsächlich kaum eine differenzierte Sichtweise auf die komplexen, nichtlinearen Dynamiken innerhalb der globalen Klimaentwicklung vermuten lässt. ...</p>	
Zz275	<p>18/03/19/TELEPOLIS- Bundespolizei goes Amazon Johannes Bröckers Eine neue Form von Public-Private-Partnership: Die Bundespolizei speichert Bodycam-Aufnahmen auf Servern von Amazon Eine ganz neue Form von Public-Private-Partnership ist offensichtlich die deutsche Bundespolizei eingegangen. Kürzlich wurde bekannt, dass die Strafverfolgungsbehörde die Aufnahmen ihrer mit Bodycams ausgestatteten Einsatzkräfte nun auf den Servern von Amazon speichert.</p> <p>Diese Körperkameras, die bereits seit 2014 verstärkt zum Einsatz kommen, sollen Polizisten im Einsatz vor aggressiven Angriffen schützen und darüber hinaus dabei helfen, Straftäter zu identifizieren. Es handelt sich also um sensibles Datenmaterial, das da auf den Servern eines amerikanischen Privatunternehmens gespeichert wird. Das zuständige Ministerium begründete diesen Schritt damit, dass der amerikanische Internetgigant in Deutschland derzeit der einzige Anbieter sei, der eine vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zertifizierte Cloudlösung anbieten kann. Die Daten seien selbstverständlich verschlüsselt und ausschließlich auf Servern gespeichert, die in Deutschland stehen.</p> <p>Deutsche Behörden wie die Bundespolizei verfügen also offensichtlich nicht über die nötigen Rechenzentren und Speicherkapazitäten, um das Datenmaterial, das ihre eigenen Mitarbeiter im Einsatz sammeln, unter eigener Regie und Kontrolle zu speichern. Denn wer weiß schon, ob nicht auch amerikanische Sicherheitsbehörden Zugriff auf die hier abgelegten Daten haben. Immerhin ist auch die CIA mit einer "Secret Cloud" auf den Servern der Amazon Web Services (AWS) Zuhause, was bei Bedarf doch kurze Wege für NSA & Co. garantiert. ...</p>	papier
Zz276	<p>19/03/19/4MB/DLF- 07:30 Nachrichten</p> <p>>Streit um Anlanden von Flüchtlingsbooten. das Schiff „Marejonio“ hat vor der Lybischen Küste 49 Menschen aus einem Schlauchboot aufgenommen. Italiens Regierung lehnte ab, auf diese Weise hat ital. Regierung schon öfters die Verteilung auf andere EU-Staaten erzwungen. Hilfsbündnis „Meritiranea“ erklärte ...die lybische Küstenwache soll präsent gewesen sein. Die ital. Regierung unterstell das Hilfsorganisationen mit Schleppern zusammen zu arbeiten.</p> <p>>Venezuela Gesandte von Guido haben in den USA 3 Vertretungen (2 Gebäude des venezl. Militärs und 1 Konsulat in N.Y. übernommen, die Botschaft soll in den nächsten Tagen folgen. Die US-Regierung unterstützt diese „Schritte“. Venezualinsche Regierung forderte die US-Regierung auf die illegale Besetzung zu unterbinden.</p> <p>>Gedenken der Attentats-Toten Muslimen in Christ-Church durch einen Rassisten.</p> <p>>Bundesamt für Strahlenschutz hat Untersuchung angemahnt, welche Folgen der Aufbau des neuen Mobilfunk 5-G Netzes haben könnte. Heute beginnt die Versteigerung der ersten 5-G Frequenzen. Könnte dem Staat bis zu 5Mill.€ einbringen.</p> <p>>BRD-Regierung plant „Renten-Check“ für Bürger.</p> <p>>Wetter</p>	04:09
Zz277	<p>19/03/19/TELEPOLIS- Keine Gnade für Klimaschänder? Tomasz Konicz Soll den verantwortlichen Konzernbossen, Politikern und Meinungsmachern angesichts der drohenden Klimakatastrophe der Prozess gemacht werden? Die Diskussion darüber, wer die Verantwortung trägt für die Verheerungen und das Leiden, die der an Wucht gewinnende Klimawandel anrichten wird, gewinnt inzwischen an Breite - vor allem hinsichtlich der Frage einer juristischen Aufarbeitung dieses kolossalen Scheiterns der Klimapolitik.</p> <p>Die erfolgreiche Torpedierung adäquater klimapolitischer Maßnahmen und Programme durch einflussreiche Kräfte in Wirtschaft, Politik und Medien nimmt ja angesichts des rasch <u>außer Kontrolle geratenden</u> Klimawandels die <u>Dimensionen</u> eines <u>Menschheitsverbrechens</u> an.</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>In den vergangenen Jahren und Monaten wurden bereits etliche Initiativen gestartet, die Verantwortlichen für den drohenden Klimakollaps zur Verantwortung zu ziehen, wobei zumeist Konzerne oder Regierungen in den Fokus der zunehmenden juristischen Auseinandersetzungen geraten.</p> <p>Anklagen ...</p>	
Zz278	<p>20/03/19/g-f-p- Drohnenmorde vor Gericht RAMSTEIN (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung muss US-Drohnenangriffe im Jemen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht überprüfen und Washington gegebenenfalls zur Ordnung rufen. Das schreibt ein gestern verkündetes Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vor, das einer Klage dreier Angehöriger jemenitischer Drohnenopfer teilweise stattgegeben hat. Demnach hat die Bundesregierung womöglich ihre "Schutzpflicht" gegenüber den zivilen Opfern - drei Al Qaida-Gegnern - verletzt, weil die US-Drohnenangriffe über die US-Luftwaffenbasis Ramstein abgewickelt wurden. Ramstein, Hauptquartier der United States Air Force in Europa, ist nicht nur Hauptumschlagplatz für US-Militärtransporte nach Mittelost, sondern auch Standort einer Relaisstation, über die Signale zur Steuerung der Drohnen aus den USA in die Operationsgebiete weitergeleitet werden. Zu den Mordoperationen, die US-Drohnenkrieger via Ramstein durchführten - auf der Basis gilt deutsches Recht -, gehörten auch tödliche Angriffe auf deutsche Staatsbürger, die ohne die Zuarbeit deutscher Behörden nicht durchführbar gewesen wären.</p> <p>Zivilisten umgebracht ...</p>	papier
Zz279	<p>20/03/19/jungeWelt- Venezuela und USA Feindliche Übernahme Oppositionelle okkupieren diplomatische Einrichtungen in Washington und New York. Caracas droht mit Gegenmaßnahmen. Bolsonaro auf Staatsbesuch Von André Scheer Nach der Besetzung von Botschafts- und Konsulatsgebäuden Venezuelas in den USA hat die Regierung in Caracas mit entsprechenden Aktionen gegenüber Einrichtungen Washingtons in dem südamerikanischen Land gedroht. Die »gewaltsame Besetzung« der diplomatischen Einrichtungen sei eine grobe Verletzung der Wiener Konvention, kritisierte Venezuelas Außenminister Jorge Arreaza am Montag (Ortszeit). Die US-amerikanischen Behörden müssten sofort Maßnahmen ergreifen, um die Okkupation zu beenden. Ansonsten behalte sich Caracas »entsprechend der Reziprozität« – also der in der internationalen Diplomatie üblichen Gegenseitigkeit – vergleichbare Maßnahmen vor. Stunden zuvor hatten Anhänger des venezolanischen Oppositionspolitikers Juan Guaidó zwei Niederlassungen des venezolanischen Militärattachés in Washington sowie das Konsulatsgebäude in New York besetzt. Das sei »Teil unserer Kampagne zum Schutz der Vermögenswerte der Republik«, begründete der von Guaidó zum »Botschafter Venezuelas in den USA« ernannte Carlos Vecchio die Aktion. Venezuelas Militärattaché in Washington, Oberst José Luis Silva, hatte sich bereits nach der Selbsternennung Guaidós zum »Übergangspräsidenten« auf dessen Seite gestellt. ...</p>	papier
Zz280	<p>20/03/19/jungeWelt- Vier zu eins fürs Kapital Gewerkschafter sind unter den »Wirtschaftsweisen« in der Minderheit. Neoliberale Ökonomen wollen sie das spüren lassen Von Simon Zeise Am Dienstag war es soweit: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – die sogenannten Wirtschaftsweisen – stellten ihre Konjunkturprognose für 2019 vor. Zugleich nahm der für die Gewerkschaften ins Gremium entsandte Ökonom Achim Truger seine Arbeit auf.</p> <p>Truger hat keinen leichten Stand. Im Vorfeld hatte es sich die <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> nicht nehmen lassen, gegen ihn eine Kampagne vom Zaun zu brechen. Das Blatt ließ in regelmäßigen Abständen Ökonomen zu Wort kommen, die den Gewerkschafter mit schlichten Argumenten durch den Kakao zogen.</p> <p>Justus Haucap, Direktor des »Duesseldorf Institute for Competition Economics« (DICE) an der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf, zog im September vom Leder: »Die Gewerkschaften entsenden ein wissenschaftliches Leichtgewicht, der kaum auf Augenhöhe mit den anderen vier Mitgliedern diskutieren kann.« Im Grunde gestehe sich der Deutsche Gewerkschaftsbund damit ein, »dass es für gewerkschaftsnahe Positionen keinen Rückhalt durch irgendeinen wissenschaftlich halbwegs ausgewiesenen Ökonomen gibt«. Weil Truger es nicht unter die ersten hundert Plätze des »FAZ-Ökonomenrankings« geschafft habe, sei seine Berufung in den Sachverständigenrat vergleichbar damit,</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>wenn »der Fußballbundestrainer den Kapitän des zweitklassigen MSV Duisburg in die Nationalmannschaft berufe«. Auch Ratsmitglied Isabel Schnabel fand keine warmen Worte für ihren künftigen Mitstreiter: Die wissenschaftliche Qualifikation müsse für die Berufung an oberster Stelle stehen, ansonsten könne der Rat seinem Qualitätsanspruch nicht gerecht werden. »Veröffentlichungen in angesehenen internationalen Fachzeitschriften können diese Qualifikation am besten belegen«, berichtete die FAZ. ...</p>	
Zz283	<p>20/03/19/TELEPOLIS- Was bedeutet eigentlich Verschwörungstheorie?- Gedanken zu Begriff und Verwendung und ein Vorschlag Alexander Unzicker Verschwörungstheoretiker und deren Gegner werden vielleicht gleichermaßen enttäuscht sein: Hier geht es nicht um die Bewertung einzelner Ereignisse der letzten Jahre, sondern um methodische Fragen zum Begriff "Verschwörungstheorie", der immer häufiger Verwendung findet. Dazu lohnt aber doch ein Blick auf ein Beispiel in der Vergangenheit.</p> <p>In ganz Westeuropa gibt es Geheimarmeen, die über riesige versteckte Waffenlager verfügen? Ohne jegliche demokratische Kontrolle? Sie veranstalten konspirative Treffen und sind an Terroranschlägen beteiligt? Dies klingt sicherlich nach einer Verschwörungstheorie. Allerdings hat sie sich in diesem Fall als zutreffend herausgestellt.</p> <p>Der ehemalige italienische Ministerpräsident Andreotti räumte 1990 die Existenz dieses sogenannten Gladio-Netzwerkes ausdrücklich ein. Der Schweizer Historiker Daniele Ganser hatte in seiner Doktorarbeit die Existenz dieser sogenannten Stay-behind-Armeen der NATO in praktisch allen westeuropäischen Ländern nachgewiesen. Seine Ergebnisse sind deswegen besonders brisant, weil sie die Verstrickung dieser Netzwerke an terroristischen Anschlägen belegen. ...</p>	papier
Zz284	<p>20/03/19/TELEPOLIS- USA und Russland verhandeln über Venezuela Harald Neuber Hauptstreitpunkte sind Umgang mit Hilfslieferungen und offenbar weiterhin drohende US-Intervention.</p> <p>Der US-Sonderbeauftragte für Venezuela, Elliott Abrams, und der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow sind am Dienstag in Rom zusammengekommen, um die Situation in Venezuela zu beraten. Eine Einigung bei diesen Gesprächen hinter verschlossenen Türen ist unwahrscheinlich: Russland unterstützt die Regierung von Präsident Nicolás Maduro, während die USA und verbündete westliche Staaten auf einen Sturz des linksgerichteten Politikers hinwirken.</p> <p>Die USA und vier Dutzend Regierungen erkennen zugleich den selbsternannten Gegenpräsidenten Juan Guaidó an. Russland steht hingegen auf dem Standpunkt, Präsident Maduro sei nach den letzten Wahlen vom 20. Mai 2018 das legitime Staatsoberhaupt des Landes.</p> <p>Gegenüber der russischen Nachrichtenagentur Interfax sagte Ryabkov am Sonntag, er werde mit Abrams in erster Linie darüber sprechen, wie Verhandlungen zwischen der venezolanischen Regierung und der Opposition gefördert werden können. "Die Positionen von Moskau und Washington zu dieser Frage sind diametral entgegengesetzt", sagte der Diplomat. Dies sei aber kein Grund, nicht miteinander zu reden.</p> <p>Moskau drängt die USA zugleich, von einer militärischen Intervention in Venezuela Abstand zu nehmen. "Wir werden der US-Seite nachdrücklich unsere Position darlegen, nach der eine militärische Intervention unzulässig ist", sagte der russische Diplomat.</p>	papier
Zz287	<p>21/03/19/3,9MB/DLF- -07:00 Nachrichten</p> <ul style="list-style-type: none"> >GB- Brexit Präm.Min. T. May bedauert Antrag auf Verzögerung stellen zu müssen. >Ungarn und die vorläufige Suspendierung der EU-FIDES ...ist als unzureichend kritisiert worden. Dazu Stellungnahme versch. EU-Staaten. >Regional Wahlen in Niederland Mitte-Rechtskoalition schwere Verluste. >Neuseeland nach dem Attentat in Christ-Church durch „rechten Rassisten“ (50Tote Muslime), verbietet Regierung: Sturmgewehre leistungsstarke Magazine und halbautomatische Waffen. >BRD BU-Innen-Ministerim will Geheimdiensten mehr Befugnisse bei der Überwachung geben (Whats-App und Telegram) ebenso soll die Altersgrenze gesenkt werden. Die SPD lehnt den 	04:02

Tr.	DB_046	Aufn.
	Gesetzentwurf ab ...heißt es in dem Bericht. >Wetter	
Zz288	<p>21/03/19/g-f-p- Treu bis in den Tod BERLIN (Eigener Bericht) - Das belgische Parlament fordert die Einstellung der deutschen Kriegsrentenzahlungen an in Belgien ansässige NS-Kollaborateure, darunter Ex-Mitglieder der Waffen-SS. Ergänzend soll Berlin Angaben über die Leistungen, die es seinen einstigen Parteigängern gewährt, an die zuständigen belgischen Stellen übermitteln, heißt es in Brüssel. Damit erhielt Belgien endlich Kenntnis darüber, welche seiner Bürger vom deutschen Staat bis heute für die Beteiligung an den deutschen Aggressionen der NS-Zeit bezahlt werden. Berlin verweigert dies trotz wiederkehrender Proteste seit Jahren. Eine Gesetzesänderung aus dem Jahr 1998, der zufolge keine Kriegsofferrenten mehr erhalten soll, wer an Verbrechen teilgenommen hat, ist praktisch nicht umgesetzt worden: Trotz solider Hinweise auf 76.000 mutmaßliche NS-Verbrecher unter den Rentenempfängern wurden lediglich 99 von ihnen die Bezüge gestrichen. In den Massenmord an 23.000 Jüdinnen und Juden involviert gewesen zu sein, reicht nach dem Urteil der deutschen Justiz als Begründung für den Entzug staatlicher Leistungen nicht aus. Eine Dreiviertelmillion pro Monat</p>	papier
Zz289	<p>22/03/19/g-f-p- Dammbrüche BERLIN (Eigener Bericht) - Dammbrüche, die der am Sonntag vor 20 Jahren gestartete Überfall auf Jugoslawien bewirkt hat, prägen die Außen- und Militärpolitik Deutschlands und weiterer westlicher Mächte bis heute. Der Überfall war der erste große Krieg seit 1990, der ohne die völkerrechtlich erforderliche Zustimmung des UN-Sicherheitsrats begonnen wurde. Dass dies weitgehend folgenlos möglich war, hat späteren völkerrechtswidrigen Kriegen den Weg gebahnt, unter anderem dem Krieg gegen den Irak (2003). Der Überfall auf Jugoslawien hat zudem eine Gewöhnung an deutsche Kriegseinsätze mit sich gebracht; er habe "den relativ breit akzeptierten Auftakt" zu einer "fast schon routinierten" deutschen Teilnahme an zahlreichen internationalen Militäreinsätzen gebildet, hieß es bereits 2005 in einer Analyse. Ein 1999 mit dem Kosovo befasster deutscher Brigadegeneral hat darauf hingewiesen, dass kriegsvorbereitende Berichte deutscher Leitmedien internen Lageanalysen diametral widersprachen. Nicht zuletzt trug der Krieg gegen Jugoslawien dazu bei, die EU auf zentrale außenpolitische Konzepte Berlins festzulegen. Völkerrechtswidrige Kriege ...</p>	papier
Zz290	<p>23/03/19/ jungeWelt- 20 Jahre NATO-Krieg Der Krieg beginnt Von Rüdiger Göbel Chronik eines Überfalls (Teil 6), 23./24.3.1999: Letzte Sondersitzung in Berlin. Die NATO startet mit Angriffen auf Jugoslawien Die als »humanitäre Intervention« verbrämte Aggression der NATO gegen Jugoslawien vor 20 Jahren legte auch das Völkerrecht in Trümmer. Es waren SPD und Grüne, die deutsche Soldaten in den ersten Angriffskrieg seit 1945 schickten. Die <i>junge Welt</i> erinnert in einem Tagebuch an Folgen und Verantwortliche, Fake News und Hetze, vor allem aber an die Kriegsgegner in jener Zeitenwende. (jW) Die Vorbereitungen zum Angriff laufen auf Hochtouren. In Berlin kommt am Abend des 23. März, rund 24 Stunden bevor die ersten Bomben auf Belgrad fallen, unter Leitung von Kanzler Gerhard Schröder das SPD-Grünen-Kabinettt zum Kriegsrat zusammen. Außenminister Joseph »Joschka« Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping berichten, der Kanzler selbst sagt, die Lage sei »sehr ernst«.</p>	papier
Zz291	<p>23/03/19/28,4MB/ndr-info Streit+Strategie >70 Jahre NATO – Bündnis ohne Zukunft wegen Donald Trump? >Der Traum der Ukraine von der NATO-Mitgliedschaft – ausgeträumt? >Brexit – mit Folgen für die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik?</p>	29:33
Zz293	<p>23/03/19/jungeWelt- Beistand für Netanjahu Trump will Israels Annektion der Golanhöhen anerkennen. Empörte Reaktionen weltweit Von Knut Mellenthin Der US-Präsident liebt überraschende Alleingänge. Am Donnerstag verkündete er der Welt per Twitter, dass es »nach 52 Jahren an der Zeit« sei, »Israels Souveränität über die Golanhöhen anzuerkennen, die</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>von entscheidender strategischer und sicherheitspolitischer Bedeutung für Israel und die regionale Stabilität sind«.</p> <p>Der zionistische Staat hält das zu Syrien gehörende Gebiet seit dem Junikrieg 1967 besetzt. Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung hat Israel die Golanhöhen bisher nicht offiziell, sondern nur faktisch annektiert, indem es 1981 seine Gesetzgebung dorthin ausdehnte. Das Vorgehen verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen und wurde damals vom gesamten UN-Sicherheitsrat einschließlich der USA verurteilt. Diese Resolution, die eindeutig die Souveränität Syriens über das Gebiet feststellte, bleibt weiter gültig. ...</p>	
Zz294	<p>23/03/19/jungeWelt- Deutscher Imperialismus »Serbien muss wirtschaftliche Vorgaben von EU und IWF befolgen« Gespräch mit Nebojša Katic. Über die Folgen des NATO-Überfalls auf Jugoslawien und die koloniale Abhängigkeit des Balkans Interview: Simon Zeise Vor zwanzig Jahren bombardierte die NATO Belgrad. Zu welchen wirtschaftlichen Konsequenzen führte die Zerstörung des Landes?</p> <p>Da der Krieg gegen Serbien als humanitäre Intervention gerechtfertigt wurde, kann ich nicht widerstehen, aus Carl Schmitts 1932 erschienenem Buch »Der Begriff des Politischen« zu zitieren: »Der Begriff der Menschlichkeit ist ein besonders nützliches ideologisches Instrument der imperialistischen Expansion, und in seiner ethisch-humanitären Form ist es ein spezifisches Vehikel des wirtschaftlichen Imperialismus.« Der Bombenkrieg der NATO im Jahr 1999 folgte auf die wirtschaftlichen Sanktionen, die gegen Serbien und Montenegro in den neunziger Jahren verhängt worden waren. Die Folgen dieser Maßnahmen waren für die serbische Wirtschaft wahrscheinlich verheerender als die 77tägigen Bombardements. In der Zeit von 1992 bis 1996 lebte Serbien unter einem Sanktionsregime, wie man es in Europa nie zuvor gesehen hatte. Es gab ein vollständiges Verbot von Exporten und Importen, mit Ausnahme von humanitären Gütern, ein vollständiges Verbot aller Finanzgeschäfte, sogar privater Transaktionen, Vermögenswerte wurden eingefroren, es gab ein kommerzielles Luftverkehrsverbot usw. Ein besonderes Kontrollsystem wurde an den Grenzen von Serbien und Montenegro eingeführt, einschließlich der Überwachung der Donau und der hohen See. Die wirtschaftlichen Folgen waren verheerend.</p> <p>Welche Auswirkungen hatten die Sanktionen auf die Gesellschaft?</p>	papier
Zz295	<p>23/03/19/jungeWelt- Eine Autobahn zur Hölle 20 Jahre NATO-Krieg Comeback der Barbarei: junge Welt hat Stimmen internationaler Friedensaktivistinnen und -aktivisten zum Nordatlantikpakt eingeholt Mairead Corrigan-Maguire ist Mitbegründerin der bisher einflussreichsten Friedensbewegung Nordirlands, der Community of Peace People. Hierfür erhielt sie gemeinsam mit Betty Williams 1977 rückwirkend den Friedensnobelpreis für das Jahr 1976. Seither ist sie international für die Friedensbewegung aktiv. 2003 wurde sie bei einer Demonstration gegen den Irak-Krieg in Washington festgenommen, 2007 bei einer Protestaktion gegen die israelische Mauer zu den besetzten palästinensischen Gebieten durch ein Gummigeschoss des israelischen Militärs verletzt. 2010 beteiligte sie sich an der Aktion »Ein Schiff nach Gaza«. 2012 setzte sie sich zusammen mit anderen Friedensnobelpreisträgern für den US-Whistleblower Bradley (Chelsea) Manning ein. ...</p>	papier
Zz296	<p>23/03/19/jungeWelt- Es war Teil des Programms 20 Jahre NATO-Krieg Die NATO hatte die Zerstörung von Chemieanlagen und Umwelt in Serbien geplant. Ein Gespräch mit Ursula Stephan Sie waren 1999 Vorsitzende der deutschen Störfallkommission, die seit 2005 Kommission für Anlagensicherheit, KAS, heißt und die Bundesregierung berät. Wie setzt sich das Gremium zusammen?</p> <p>Das sind Wissenschaftler von Universitäten, vor allem Leute, die etwas von Brand- und Explosionsschutz verstehen, von Wärmeübertragung und ähnlichen Dingen. Vertreten sind aber auch die Gewerkschaften, die chemische Industrie, Umweltverbände, Nachbarschaftsgruppen und die Oberbehörden, also das Umweltbundesamt und auch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.</p> <p>Sie haben mal im Scherz gesagt, die deutschen Störfallgesetze seien so gut, dass schon reagiert</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>werde, wenn irgendwo eine Farbbüchse umkippt. Und dann 1999 die Angriffe auf die serbische Chemieindustrie?</p> <p>Ich kann das damalige Verhalten des Bundestages und der Abgeordneten nicht verstehen, das hätte man nicht machen dürfen. Wenn ich Chemikalien freisetze, muss ich immer wissen, was ich tue. Die Eigenschaften der Chemikalien sind bekannt, und es gibt ja auch Störfälle und das Handbuch dazu. Auch die USA haben phantastische Publikationen darüber. Es war nicht so, dass die Abgeordneten nichts hatten, abgesehen davon, dass sie sich nochmal hätten erkundigen können. Es sind auch ethische Fragen, die da eine Rolle spielen. ...</p>	
Zz297	<p>23/03/19/jungeWelt- Schon wieder VS deckt Neonazis Kommentar Von Ulla Jelpke</p> <p>Der Reihe nach: Der Berliner Verfassungsschutz (VS) und die Polizei überwachen über Monate hinweg zwei Neonazis, die sich verabreden, den Wohnort eines Bezirkspolitikers der Partei Die Linke zu ermitteln. Die Behörden erfahren, dass dies den Rechten schließlich gelingt. Das alles geschieht im Umfeld einer militanten Neonaziszene im Bezirk Neukölln, aus der heraus schon mindestens ein Dutzend Gewaltverbrechen gegen Antifaschisten, Gewerkschafter und andere begangen wurden. Selbst Andreas Geisel, der sozialdemokratische Innensenator Berlins, sieht – im Nachhinein – die Grenze zum Terrorismus als überschritten an. Dennoch wurde Ferat Kocak, das ausgespähte Opfer, nicht gewarnt. Keine Behörde fühlte sich bemüht, die Neonazis davon abzuhalten, sein Auto anzuzünden. In der Nacht zum 1. Februar 2018 konnte Kocak nur um Haaresbreite verhindern, dass das Feuer auf sein Haus übersprang.</p> <p>Laut der Recherche des ARD-Magazins »Kontraste« wusste der Verfassungsschutz schon seit Januar 2017, dass die beiden Neonazis Kocak hinterherschneiften. Seit September 2017 wusste das auch das Landeskriminalamt (LKA). Nur gemacht hat keiner was. Außer den Neonazis, die unter den Augen der Behörden ihren Anschlag vorbereiteten. Was für ein Zufall, dass VS und LKA ausgerechnet im Moment des Anschlags gerade woanders hinschauten. Nach wie vor ist das Duo auf freiem Fuß. Denn so dumm, die Brandstiftung am Telefon zu bereden, waren sie dann doch nicht. ...</p>	papier
Zz298	<p>23/03/19/TELEPOLIS- Worum geht es eigentlich den Gelbwesten? Die Protestbewegung, wie sie sich selbst darstellt. Christian Schmeiser</p> <p>Seit vier Monaten gibt es die Protest-Bewegung der Gelbwesten. Das nehme ich jetzt zum Anlass, eine Standortbestimmung zu versuchen, auch wenn sich natürlich die Gegenposition anführen lässt, dass der Zeitpunkt für eine quellenkritisch fundierte, unabhängige historische Position noch nicht gekommen ist.</p> <p>Die Gelbwesten unter Beschuss</p> <p>Natürlich lesen wir alle seit Monaten geballt Negativ-Meldungen über die <i>Gilets jaunes</i> in den reichweitestarken Medien. Nach der erneuten Eskalation am 16. März 2019 (Acte 18), die Vergleiche mit der frühen "Sturm- und Drang"-Phase (Acte 1-4) herausfordert, beziehen die Gelbwesten erneut gehörig Prügel: Sie werden als gewalttätig, rechtsradikal und natürlich antisemitisch dargestellt, zudem - so ist zu lesen - rezipiert ein Großteil der Demonstranten regelmäßig fragwürdige "fake news".</p> <p>Darüber hinaus wird auch unablässig auf den permanenten Rückgang der Demo-Teilnehmer verwiesen, der angeblich mit der rückläufigen Unterstützung in der französischen Bevölkerung korrespondieren soll. Viele Kommentare stellen jetzt nach Acte 18 am 16. März die "bösen" Gelbwesten-Demonstrationszüge der "guten" Klimawandel-Demo am gleichen Tag gegenüber. Telepolis-Redakteur Thomas Pany differenziert diese antithetische Polarisierung so :</p>	papier
Zz299	<p>24/03/19/TELEPOLIS- Achtbeinige Genies Konrad Lehmann</p> <p>Oktopoden und Spinnen faszinieren mit hoher Intelligenz, die aus völlig andersartigen Gehirnen entsteht</p> <p>Ob es an den Beinen liegt? Vermutlich nicht. Aber ein unbefangener Beobachter - etwa von einem fremden Planeten -, der ergründen wollte, welche Tiere besonders intelligent sind und warum, könnte allerlei Korrelationen aufstellen und zum Ergebnis kommen, dass, sobald man das Reich der Wirbeltiere verlässt, die Intelligenz ihr Maximum bei acht Beinen erreicht: Oktopoden und Spinnen.</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
Zz300	<p>24/03/19/47,8MB/BR2-ZFG Viel Spirit wenig Kohle</p> <p>Filme machen auf eigene Faust Von: Markus Metz</p> <p>Filme machen ohne Filmförderung und großes Geld: Dass so fantastische und neuartige Filme entstehen können, zeigen die Regisseurinnen Katharina Wackernagel und Lucia Chiarla. Ein Streifzug durch unabhängige Filmproduktionen.</p> <p>Die deutsche Filmförderung ist eine Mixtur aus staatlicher, regionaler und institutioneller Kulturförderung, dazu kommen direkte und indirekte Wirtschaftsförderung sowie der Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender. Das Förderungssystem, um das uns andere Filmländer durchaus beneiden, sollte ursprünglich einen künstlerischen Ansatz gegen den kommerziellen Wettbewerb mit dem In- und Ausland schützen. Es hat aber auch zu einer Form der kulturbürokratischen Beeinflussung geführt, die Filmemacherinnen und Filmemachern als Hemmschuh, wenn nicht gar als indirekte Zensur erscheint. Schon bei der Stoffentwicklung und beim Drehbuch gibt es viele Stimmen, die mitreden, bremsen und „gleichschalten“ können – und den deutschen Film konventioneller und mutloser machen, als er eigentlich ist. So mehren sich Versuche von Filmemacherinnen und Filmemachern, ihre Arbeiten jenseits von Filmförderung und Fernsehfinanzierung zu realisieren, um Selbständigkeit, Spontanität und Experimentierlust zu erhalten. „Ohne Produktionsförderung und ohne Senderbeteiligung“ entstehen Filme wie „Reise nach Jerusalem“ von Lucia Chiarla – die Geschichte einer Frau, die in die Mühlen von Jobcenter und Bewerbungsvorschriften gerät – oder „Wenn Fliegen träumen“ – das Regie-Debüt der Schauspielerin Katharina Wackernagel, ein Road Movie zwischen Deutschland und Norwegen. Der Generator fragt nach Bedingungen und Preis einer solchen Unabhängigkeit.</p> <p>14:40 die Vorgaben der Filmförderung und das Unbehagen: es soll Kultur als auch Wirtschaft und Standort Förderung sein! den Filmstandort Deutschland stärken. Ressourcen und Arbeitsplätze stärken! ...was bleibt da noch übrig Vorstand Peter Dinges? Begründet werden die Entscheidungen nie!</p> <p>40:44 Forderungen zur bestehenden Filmförderung. Filmtipp: „der Nachtmar“, die Reise nach Jerusalem, Katarina Wackernagel: „wenn Fliegen Träumen“ der Queere Phantasie Horror „der Samurei-2014“, „Haga Susa der Hexenfloh-2017“, die Aktionkomödie „Schneeflöckchen-2017“ ...weit weg vom „Poppkorn-Kino“.</p>	49:24
Zz301	<p>25/03/19/3,9MB/dlf- 07:30 Nachrichten</p> <p>>Trump der Maller-Bericht und geheime Absprachen mit Trumps-Wahlkampfteam und Russland. Die Justizbehinderung Trumps ist noch fraglich. Amtsenthebungsverfahren hat sich erstmal erledigt.</p> <p>>Israel/Tel Aviv 5Verletzte bei Raketenangriff. Netanjahu: ...Regierung werde „mit Nachdruck“ auf diesen Angriff reagieren. Auf Raketenangriff vor 2Wochen, aus Gaza hat israel. Luftwaffe rund 100 Ziele im Gaza angegriffen.</p> <p>>DGB fordert schärfere Sanktionen bei Verstößen gegen den Mindestlohn.</p> <p>>Neuseeland Angriff auf 2Moscheen 50Tote.Präsidentin hat Untersuchung angekündigt. Mutmaßliche Täter ein 28 J Rechtsextrmist aus Australien.</p> <p>>Thailand Wahlergebnis</p> <p>>Wetter</p>	04:06
Zz303	<p>27/03/19/g-f-p- Der Hauptverdächtige und sein Kumpan</p> <p>BERLIN/RIO DE JANEIRO (Eigener Bericht) - Der Skandal um den Mord an der populären linken Politikerin Marielle Franco aus Rio de Janeiro wirft ein Schlaglicht auf eine vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Geschäftsanbahnungsreise in der nächsten Woche. Die Reise soll interessierten deutschen Unternehmern Geschäfte auf dem Feld der "zivilen Sicherheitstechnologie" in Rio eröffnen. Unterlagen des Ministeriums stellen wachsende Ausgaben für die innere Repression in Rio in Aussicht, unter anderem für die Polizei. Diese ist, wie die Aufklärung des Mordes an Marielle Franco einmal mehr belegt, in schwerste Verbrechen involviert; Spuren weisen ins direkte familiäre Umfeld des Präsidenten, dessen Sohn Flávio Bolsonaro - als Senator für Rio in Brasília tätig - gute Beziehungen zu einem der Mordverdächtigen unterhielt. Der neue Gouverneur von Rio, Wilson Witzel, rechtfertigt Polizeimassaker; im ersten Monat seiner Amtszeit wurden fast doppelt so viele Menschen von der Polizei umgebracht wie im Vormonat. Witzel arbeitet eng mit der deutschen Industrie zusammen.</p> <p>"Innovationspotenziale" ...</p>	papier

Tr.	DB_046	Aufn.
Zz304	27/03/19/1,9MB/1,9MB/DLF- Volksparteien nicht mehr zeitgemäss	01:59
Zz305	29/03/19/4,2MB/DLF- Nachrichten >die weltweiten Schülerdemos Friday for Futuer . Berlin Rede von gründerin Greta Thunberg. > Handelskrieg China + US-Regierung . Gegenseitige Strafzölle. US-Vorwürfe: unfaire Praktiken und geistigen Diebstahl von China zurückweisung > Venezuela Regierung hat Guido für 15Jahre von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen. > Neuseeland /Christchurch Anschläge auf 2Moscheen von austr. Rechtsextremist, 50Tote 22 Verletzte. > Mozambique Überschwemmungen 3Mill. Menschen betroffen und steigende Choleraerkrankungen. >Wetter	04:09
Zz306	29/03/19/11,5MB/DLF- Frontex + Sofia > Prozess gegen ital. Abwehr von Flüchtlingen. Flüchtlings-Seenotretter dürfen nicht in ital. Hafen anlegen. Kriminelle Banden misshandeln Flüchtlinge. Rückführungen von Flüchtlingen nach Lybien ist völkerrechtswidrig. SOFIA hat Schiffe abgezogen und jetzt das Mandat der völkerrechtswidrigen Praxis angepasst! D.h. mit Flugzeugen aufspühren und durch lyb. Küstenwache oder Handelsschiffe nach Lybien zurückzubringen. Dazu Sea-Watch Rügen Neugebauer . > Mozambique verherende Überschwemmungen durch Zyklon Cholera Ausbruch. Dazu Jana Genz . >Forderung Kinderrechte ins Grundgesetz!	11:55
Zz307	30/03/19/TELEPOLIS- Medienberichte: Kim Jong Un will nicht wie Gaddafi enden Peter Mühlbauer US-Delegation soll beim Gipfel in Hanoi die komplette Herausgabe aller Atomwaffen gefordert haben Am <u>19. Dezember 2003</u> erklärte sich der damalige libysche Staatschef Muammar al-Gaddafi nach einem guten Jahrzehnt Sanktionen und kurz vor Beginn des Irakkrieges in Verhandlungen mit den damals noch von George Bush junior angeführten Amerikanern dazu bereit, mehrere Tonnen Uran aus dem Niger, zahlreiche Zentrifugenkomponenten und alle anderen Materialien aus seinen Programmen zur Entwicklung von ABC-Waffen und ballistischen Waffen herauszunehmen und zu vernichten. Sieben Jahre später trugen Bushs Nachfolger Barack Obama und dessen Außenminister Hillary Clinton durch ihr militärisches Eingreifen in Libyen maßgeblich dazu bei, dass Gaddafi auf noch etwas grausligere Weise als Saddam Hussein endete: Er wurde von seinen grinsenden Feinden vor laufenden Kameras anal gepfählt (vgl. <u>Die Ver Lindenstraßeung der Weltpolitik</u>). Danach versank Libyen in ein noch größeres Chaos als der Irak, das indirekt auch Europa destabilisierte. Dieses Beispiel soll die nordkoreanische Gipfeldelegation neuen Medienberichten nach angeführt haben, nachdem ihr die amerikanische Delegation am 28. Februar in der Vietnamesischen Hauptstadt Hanoi ein Dokument überreichte, in dem angeblich gefordert wurde, alle Atomwaffen und Atomwaffenteile den Amerikanern auszuhändigen, alle Nuklearanlagen zu schließen, alle am Atomprogramm beteiligten Wissenschaftler anderweitig zu beschäftigen und das alles von amerikanischen Inspektoren, um das Land überprüfen zu lassen.	papier
Zz308	30/03/19/jungeWelt- Sozial sichtbar bestrafen Hartz IV: Vor dem erwarteten Urteil in Karlsruhe werben Forscher der Arbeitsagentur und das Bundessozialgericht für Sanktionen Susan Bonath Vor gut zwei Monaten verhandelte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe über die Hartz-IV-Sanktionen. Noch immer steht die Entscheidung aus. »Ein Verkündungstermin ist noch nicht absehbar«, blieb BverfG-Sprecher Max Schoenthal auf Anfrage von jW vage. Prozessbeobachter gehen davon aus, dass die obersten Richter die Sanktionspraxis mindestens in Teilen für verfassungswidrig erklären könnten. Das hat nicht nur Debatten innerhalb der Bundesregierung und der Parteien zum Thema befeuert. Auch die Denkfabrik der Bundesagentur für Arbeit (BA), das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), sowie das Bundessozialgericht (BSG) warnten in der zurückliegenden Woche davor, die Bestrafungspraxis gegen erwerbslose und aufstockende Hartz-IV-Bezieher einzustellen. mehr wieder nur für Abonenten!	papier
Zz309	31/03/19/50MB/BR2-Zuendfunk-Generator- Diffamierung im Netz ZFG	52:23

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Wie Diffamierung und Verleumdung im Netz funktionieren Von: Caroline von Lowtzow Der Hass entlädt sich. Verleumdungen und Diffamierungen nehmen zu. Vor allem im Netz und durch das Netz. Wie funktioniert Diffamierung im Netz? Gibt es Muster, die immer wiederkehren? Für die einen ist Greta Thunberg eine Heilsbringerin, die nichts Geringeres als die Welt retten soll, für die anderen eine verhaltensgestörte Baby-Jeanne D’Arc mit BDM-Frisur, die sich von Aktivisten, NGOs und Unternehmen vor den Karren spannen lässt: „Sowas kommt dabei heraus, wenn die Eltern keine Gute-Nacht-Geschichte vorlesen“ schreiben sie über die junge Frau, oder auch: „Öko-Pippi sagt den Mächtigen den Kampf an.“</p> <p>Verehrung und Vernichtung Totale Überhöhung oder brutaler Hass, dazwischen ist wenig möglich. Die aufgeheizte Debatte um Greta Thunberg ist nur eine von vielen Auseinandersetzungen, die mit mehr als zweifelhaften Mitteln geführt wird. Beim Streit um Uploadfilter und den „Artikel 13“ ging es ähnlich überdreht zu. Beide Diskussionen zeigen exemplarisch, wie heute in Zeiten der „großen Gereiztheit“ zwischen den verschiedenen Lagern um die Meinungsmacht im Netz gekämpft wird. „Wir haben es mit einem ein Kulturkampf zu tun, der gerade ausgefochten wird oder mit einem Informationskrieg, den wir gerade erleben“, erzählt Richard Gutjahr, BR-Kollege und Rundschau-Moderator, in einem Vortrag auf dem Zündfunk Nettzkongress im November 2018.</p> <p>Seit mittlerweile fast drei Jahren werden er und seine Familie im Netz mit Hass und Verleumdungen überschüttet, weil Gutjahr im Sommer 2016 sowohl beim Anschlag in Nizza als auch bei der Schießerei am Münchner Olympiaeinkaufszentrum vor Ort war und spontan berichtet hat. Es war Zufall, er hatte das so nicht geplant. Aber so viel Zufall, das ist für Verschwörungstheoretiker ein gefundenes Fressen. Und weil seine Frau Israelin ist, muss Richard Gutjahr, aus Sicht der Verschwörungstheoretiker, ein Agent des israelischen Geheimdienstes Mossad sein.</p> <p>Im Netz der Verschwörungstheoretiker „Ganz offensichtlich geht es bei vielen dieser Behauptungen, dieser Gerüchte darum, jemanden fertig zu machen und häufig ist es auf eine politischen Ebene angelegt“, sagt die österreichische Journalistin und Publizistin Ingrid Brodnig. Sie beschäftigt sich seit Jahren mit dem Hass im Internet und hat zwei Bücher darüber geschrieben: „Lügen im Netz“ und „Hass im Netz“. Da wird dann zum Beispiel unterstellt, jemand sei Islamistin oder unterstütze nationalistische oder radikale Ideologien. So ähnlich erging es auch dem NDR-Journalisten Sebastian Friedrich, der zeitgleich in mehreren rechtspopulistischen Onlinemedien als linksextrem bezeichnet wurde. Oder dem Publizisten Eren Güvercin, dem eine Nähe zu Islamisten und Grauen Wölfen attestiert wurde. Genau wie der muslimischen CDU-Politikerin Cemile Giousouf, der just in dem Moment eine Nähe zu den rechtsextremen Grauen Wölfen und anderen türkischen-nationalistischen Gruppierungen unterstellt wurde, als ihre Kandidatur für das Amt als Vizepräsidentin der Bundeszentrale für politische Bildung bekannt wurde.</p> <p>Blinde Wut statt Debatten „Verleumdung ist ein politisches Kampfinstrument geworden“, sagt Ingrid Brodnig. „Wahrscheinlich war das auch schon immer so, dass zum Beispiel Parteien Gerüchte gestreut haben, nur können sich diese im Netz umso besser verbreiten, weil Parteien Communities haben. Also Wähler, die total aufgebracht, engagiert aber auch überhitzt sind und die tragen das dann sofort weiter.“ Und das große Problem dabei ist, dass der Einzelne, über den etwas Falsches behauptet wird, auf Twitter, auf Facebook, in Blogs und von Usern immer wieder damit konfrontiert wird. Darüber hinaus können so auch die Ergebnisse der Google-Suche verändert werden, so dass der Vorwurf sofort mit auftaucht. Durch diese Gerüchte, so Ingrid Brodnig, werde versucht, einzelne Personen aus dem Diskurs wegzudrängen beziehungsweise so verächtlich zu machen, dass ein Teil der Bürger sagt: Dem glaub ich nichts, weil der ist ja xyz. „Das ist eine besonders fiese Methode, jemandem im öffentlich Diskurs zu schaden. Ich würde es so zusammenfassen“, erklärt Ingrid Brodnig. „Gerade dort, wo Menschen sehr brutal miteinander streiten, da scheint die Verleumdung ein adäquates Instrument.“</p> <p>In ihrem Buch „Lügen im Netz. Wie Fake News, Populisten und unkontrollierte Technik uns manipulieren“ hat Ingrid Brodnig eine Typologie der Irreführungen im Netz erstellt und beschreibt die Mechanismen von Verleumdung. Sie hat vor allem drei Typen von Irreführungen und Verleumdungen gefunden, die ihr im Netz immer wieder begegnet sind:</p> <p>Typ 1: Irreführende Inhalte. Ein Teil der Aussage oder ein Detail stimmt, aber die Schlussfolgerung daraus nicht. Es stimmt, dass Richard Gutjahr in Nizza und München vor Ort war, aber deswegen ist er nicht Agent.</p> <p>Typ 2: gefälschte Zitate. Einer Person wird eine Aussage in den Mund gelegt, die Menschen auf die Palme bringt, die diese Person aber nie gesagt hat. So wurde der ehemaligen Chefin der</p>	

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>österreichischen Grünen, Eva Glawischnig, unterstellt, sie solle gesagt haben, Flüchtlinge dürften Mädchen vergewaltigen. Oder der deutschen Grünen-Politikerin Renate Künast, sie fordere Verständnis für den Flüchtling, der in Freiburg eine junge Frau ermordet habe. In beiden Fällen waren die Zitate gefälscht, wurden aber tausende Male geteilt und haben Hasskampagnen gegen die Politikerinnen zur Folge gehabt.</p> <p>Typ 3: Bilder.</p> <p>Da Bilder nach wie vor eine sehr hohe Glaubwürdigkeit besitzen, lassen sich über sie sehr gut Verleumdungen kommunizieren. Oft sind es gefälschte Bilder oder Bilder, die in einen anderen Kontext gesetzt werden, als der ursprüngliche, in dem sie entstanden sind.</p> <p>Wut, sagt Ingrid Brodnig, Wut habe schon immer Menschen mobilisiert, weshalb es aus politischer Sicht interessant sei, Wut zu schüren. Nur dann werde man aktiv. Und ganz ähnlich funktionieren die Mechanismen auf social media, denn die Software ist so programmiert, dass sie Wut belohnt. „Ich bin großer Freund von Aufklärung, weil wir sehen durchaus, dass Aufklärung den Infostand verbessert, das zeigen unterschiedliche Auswertungen. Was Aufklärung nicht kann, ist, bereits komplett überzeugte Lager umstimmen, aber für die breite Masse ist die Korrektur von Falschmeldungen und Diffamierungen wichtig und hilfreich.“</p>	
Zz310	<p>31/03/19/TELEPOLIS-Kommentar:- Selbstbeweihräuchernde Partei Deutschlands Alexander und Bettina Hammer Die SPD bejubelt ihren Neuanfang und die Abkehr von HartzIV. Warum eigentlich?</p> <p>Vor etwas mehr als zwei Jahren, am 1. März 2017 trat Hannelore Kraft am politischen Aschermittwoch in Schwerte auf. Sie war nicht allein, an ihrer Seite war der Mann, der der SPD zu neuem Glanz verhelfen sollte, der den "kleinen Mann" als den Menschen wiederentdeckte, der der SPD am Herzen liegen sollte, und zu dessen Ehren "When the Saints are Marching in" gespielt wurde: Martin Schulz.</p> <p>Die SPD befand sich zu jener Zeit in einer Art Rausch. Martin Schulz, der EU-Abgeordnete, war nach Deutschland gekommen und lieferte den Medien wie auch der SPD markige Sprüche und Gefühlvolles im Wechsel. "Wir treten an, um die stärkste Partei in Deutschland zu werden. Ich trete an, um Bundeskanzler zu werden", rief er selbstbewusst und seine Partei fühlte, wie es in der FAZ hieß, wieder Euphorie.</p> <p>Martin Schulz wurde als der große HartzIV-Reformator gefeiert, als Hoffnung für SPD und Deutschland, doch allzu schnell war der Schulz-Zug wieder auf ein Abstellgleis gefahren, Martin Schulz geriet zum größten Teil in Vergessenheit, die SPD, die anfangs eine Große Koalition ausgeschlossen und verkündet hatte, sie würde in die Opposition gehen, entschloss sich anders.</p> <p>Déjà Vu ...</p>	papier
Zz313	<p>31/03/19/TELEPOLIS- Steuersystem grundsätzlich neu denken Jörg Gastmann</p> <p>Vor dem Loslassen gewohnter Fehlkonstruktionen steht die Desillusionierung. Neben der aktuellen Debatte um die Grundsteuer drängt die Mehrwertsteuer ein neues Denken auf. "Unsichtbar wird der Wahnsinn, wenn er genügend große Ausmaße angenommen hat." (Bertolt Brecht)</p> <p>Der erste Teil dieser Serie über ein alternatives Wirtschaftssystem stellte fest, dass das heutige Steuersystem (zumindest langfristig) gar nicht funktionieren kann. Es erfüllt seine Hauptaufgabe nicht, die öffentlichen Haushalte zu finanzieren, und es besteuert die falschen Dinge. Arbeit wird besteuert, was im globalen Lohnstückkosten-Wettbewerb die Arbeit zu sehr verteuert und zudem die Kaufkraft reduziert, auf der die gesamte Volkswirtschaft basiert. Gewinne werden besteuert, obwohl sie von Konzernen leicht ins Ausland verlagert werden können. Wohnen, Nahrung, Kleidung und andere Dinge des Grundbedarfs zu besteuern, ist gesellschaftlich zumindest fragwürdig.</p> <p>Beispiel Grundsteuer: Nicht grundsätzlich gedacht</p>	papier
	<p>DB_016-S143_10/07/12/64MB/ DLF Afghan Leaks- Vom Verschwinden der Threat Reports sehr sehr wichtig! mit Zusatzinfo! Von Marc Thörner</p>	44:28

Tr.	DB_046	Aufn.
	<p>Tausende geheimer US-Armeeberichte, die so genannten Afghanistan-Warlogs stellte Wikileaks im Juli 2010 ins Netz. Ihr Herzstück: rund 15.000 Threat Reports afghanischer Agenten und Doppelagenten. Für die US-Regierung war es Verrat, für Wikileaks ein Akt der Transparenz, um der Weltöffentlichkeit ungefiltert Informationen über die Situation in Afghanistan zugänglich zu machen.</p> <p>Nur wenige Medien erhielten diese Reports, damit sie zeitgleich als Coup ihre Auswertungen veröffentlichen. So auch Marc Thörner.</p> <p>Doch wer heute im Internet nach den Threat Reports sucht, wird sie nicht finden. Was ist mit den 15.000 Quellen geschehen? Und was steht in den Dokumenten? 38:10 Die Veröffentlichung wurde aus Zeitdruck zum Schutz der Informanten nicht geliefert!</p> <p>Co-Produktion: WDR/DLF 2012</p> <p>zu den Afghanistan War locks</p> <p>36:25 die wichtigen Pasagen! über das Doppelspiel von Politikern und Parteien zu finden im Tagesspiegel/Berlin (Harald Schuhmann) vom 27.07 2010!!! aber nicht in den vom Spiegel veröffentlichten Passagen des Threat Reports! ...warum greifen die Politiker nicht ein? Wieso setzen die betroffenen Regierungen der rein militärischen Logik nicht politische Konzepte entgegen? 36:25 ein Uni-Seminar stellt sich genau diese Frage. Franziska Kreische und Katarina Ochsendorf werten die Medien vom 26.+27.07.2010 aus. Eine politisch gewichtete Analyse findet sich allein im Tagesspiegel vom 27.07.2010! nur hier die Doppelspiele afghanischer Politiker und Parteien gefunden. Hintergründe zum Putschversuch gegen Karsei und die ethnisch motivierten Auseinandersetzungen. Gerade dieser wichtige Teil ist im Netz nicht zu finden! 38:10 ..der wichtigste Teil wurde nicht veröffentlicht!</p> <p>zum Thema Threat Report Afghanistan</p> <p>Peter Struck 2002-2005 Dezember 2002 am Beispiel des Afghanistan-Einsatzes erläutert: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“schwierige Entscheidungen: Außenminister Joschka Fischer, Verteidigungsminister Peter Struck, Kanzler Gerhard Schröder.</p> <p>Karl-Theodor zu Guttenberg von 28. Oktober 2009 bis 03.03.2011 Mr. Guttenberg: sie können einige Menschen manchmal täuschen aber nicht alle Menschen immer! Sie haben um das "Doppelte Spiel" gewusst. Und nicht auf politische Lösung gedrängt!</p>	